Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Amtsgericht Velbert
10 C 234/24
Klage gegen
Bundesrepublik Deutschland

Nedderstraße 40
42549 Velbert

Velbert, 10.März.2025

Hier: Verzögerungsrüge unter Ausnahmebedingungen wegen Verzögerung der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens nach Art.34 GG
mit Eskalation von 2. Güteverfahren zu 4 Hassverfahren,
mit massiver Wahlbeeinflussung und Fortsetzung verfassungswidriger Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes,
nach erneuter Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 wegen judikativem Boykott am Landgericht,
an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin:
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24, 10 C 286 / 24 und
Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
Einspruch mit
Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 (AR 7589/24) und
Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24)

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 01)

Begründung

AGV-13.
Aus aktuellem Anlass:
Prof. Dr. Horst Köhler * Dr. Johannes Rau * Dr. Bernhard Vogel
> Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten Köhler mit sofortiger Wirkung nach Eingang der Bitte des Klägers um Unterstützung zu Petitionen in 2010 an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag
> Ministerpräsident und später Bundespräsident Rau als Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf den Europäischen Congressmessen des Klägers mit mehrtägigen Congressen für Künstliche Intelligenz
> Ministerpräsident Vogel, erster Ministerpräsident als Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten auf den Europäischen Congressmessen des Klägers
Politisch motivierte Zerschlagungen des Klägers seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?
> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:
Kläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West:

Dr. Johannes Rau, verstorben am 27.Januar 2006
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der KOMMTECH **1988**, der 5.Europäischen Kongressmesse des Berufungsklägers für technische Automation (1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88) in der Messe Essen in 500 m Entfernung vom Landessozialgericht,
mit 25 ganztägigen Symposien, 25 Innovationsschwerpunkten, thematisch geordnet in 6 Kongressen mit professionellem Wissens-Management in 6 ISBN-nummerierten Kongressbänden mit hoher Auflage, so aktuell wie heute (z.B. Expertensysteme, Wissens-basierte Systeme, Künstliche Intelligenz in Kongress III mit den ganztägigen Symposien/Innovationsschwerpunkten 10,11,12,13 in 1988)

> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Aus traurigem Anlass in besonderem Gedenken an

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01.Februar 2025,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010),
mit besonderer Beziehung zu den Petitionen von 2010 an den
Deutschen Bundestag und zeitgleich an den Bayerischen Landtag:
Erster Rücktritt eines Bundespräsidenten in Deutschland:
Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang der vom Kläger mit Schreiben vom 25.Mai 2010 vorgetragenen Bitte um Unterstützung seiner Petition am Deutschen Bundestag, die anschließend unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin niedergeschlagen wurde:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
unter Hinweis auf ein sorgfältig ausgearbeitetes Schreiben an die amtierende **Bundeskanzlerin Angela Merkel** und weitere Entscheidungsträger gemäß Anlage in diesem Schreiben vom 22.02.2010 an
Dr. Guido Westerwelle, Vizekanzler der Bundesregierung in 2010,
Prof. Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung und
Rainer Brüderle, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf
Sieh **auch Kapitel LSG-60**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf
Scroll down after link (page 97 und 98).
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Herausragender Einsatz eines Bundespräsidenten, um auf **enormes Staatsversagen** warnend aufmerksam zu machen: Sieh **früheren Präsident des Bundesverfassungsgericht Hans-Jürgen Papier** mit öffentlichen Ausführungen über „Enormes Staatsversagen“, über Schuldenbeschlüsse und Ihre Ursachen (WAZ, 07.März 2025).

Dr. Bernhard Vogel, verstorben am 02.März 2025,
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten,
Festredner auf der ONLINE'85
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.
Anlässlich seiner Festrede auf der ONLINE'85 in Düsseldorf hat der heutige Kläger das Jugendorchester seines Wohnortes aufspielen lassen, mit der
Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel im Mittelpunkt.
Mitgespielt im Jugendorchester des Velberter Gymnasiums hat auch der Sohn des heutigen Klägers, dessen Kinder das Familienunternehmen weiterführen sollten, wenn nicht irre Spitzenpolitiker mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgen **die digitale Innovationselite in Deutschland** eliminiert hätten,
ohne Verstand, bis heute ohne Aufarbeitung.

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Klägers: > > >

Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,*

Bundespräsident a.D.*, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin*
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, *verstorben am 27.Januar 2006*

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland *(1999-2004) Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH* ***1988****, der 5.Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen*
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Dr. Bernhard Vogel, *verstorben am 02.März 2025,*

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985, ***Festredner auf der ONLINE'85*** *in Düsseldorf*
> > > https://www.euro-online.de/1984.htm
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat. Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der ***Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel*** *als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.*

AGV-14. Erzwingung von Verzögerungsrügen mit Ausnahmebedingungen nach
Fortsetzung der Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter judikativer Verantwortung des Amtsgerichtes Velbert, Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2013:
> > > Verfassungswidrige Kontopfändungen
> für judikativem Boykott der 1. und 3.Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinziehungsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau (Anlage VE-14)
nach judikativem Boykott der 2.Klage am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15, 2 O 163/16)
nach judikativem Boykott der 1.Klage an den Verwaltungsgerichten Köln / Berlin
> für verfassungswidrige Sozialversicherungen.
> > > Rechtsmittel der Verzögerungsrüge gegen Amtsgericht Velbert gemäß §198 GVG nach ständigen Justizversagen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes und mit ständigem Richterboykott gegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG
wegen Verhinderung eines rechtsstaatlichen Mehrrichter-Verfahrens mit einem Richter, der per Gesetz von der Verfahrensdurchführung ausgeschlossen ist.
> > > Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit enormen Staatsversagen nach
über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.
Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit Weltklasseleistungen, von Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive,
mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und wegen Rüge fortgesetzter und verfassungswidriger Rentenplünderungen auf Pfändungsschutzkonto, zeitgleich zu Klageverfahren mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage,
mit verfassungswidrigem Shitstorm einer Hassgemeinschaft.
Staatsanwaltliche Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit ausgewiesenen Weltklasseleistungen nach Art.34 GG gemäß Kapitel LGW-12
Klageverfahren seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010)

mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovations-Spitzenwachstum der Digitalisierung auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa

bis 2001 (staatliche UMTS-Auktion 2000)
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen
zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011
Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz
unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010
> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt
> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4) unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts
> Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß:
mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers und mit neuer Pfändung zu Richterboykott von Klageverfahren (Anlage VE-14),
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt,
dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,
> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz (BfJ), durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München, , durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Die detaillierten Ausführungen zum Schriftsatz mit Kapitel 164 im Internet:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 361 / 364)
Beweiskräftige und informative
Legende des 2. Klageverfahren am Verwaltungsgericht Berlin seit 2014 mit Start am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin, weil nach erstem Klageverfahren auch für 2.Klageverfahren zuständig mit Kapitelnummerierung:
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung, enormes Staatsversagen)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 322)

Dies ist der Hintergrund zum Richterboykott am Verwaltungsgericht Berlin und zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen: Sieh
Anlagen VE-14
Verfassungswidrige Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen. Im Zusammenhang zu VE-14 a) und VE-14 d) ist auf private und persönliche Beziehungen des heutigen Bundespräsidenten und seiner Frau zum Verwaltungsgericht Berlin sowie auf seine persönliche Verantwortung als Kanzleramt-Chef zur UMTS-Aktion2000 hinzuweisen. Dies nur zum besseren Verständnis.
VE-14 a) Verfassungswidrige Pfändung zu Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit abschließenden Richterboykott zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren
VE-14 b) Erste Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 c) Zweite Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 d) Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zu VE-14 a)

Unverzügliche Rückerstattung verfassungswidriger
Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen wird eingefordert.

Erzwingung von Verzögerungsrügen mit Ausnahmebedingungen ist unvermeidbar: Sieh Anlage VE-15
Mit der Verzögerungsrüge soll endlich der Weg freigemacht werden für ein unabhängiges Mehrrichterverfahren ohne den Einfluss von weisungsgebundenen Staatsanwälten und
mit Priorität für Rehabilitierung und Schadenersatz.
Die Namensgebung im Zusammenhang mit der geplanten Familienstiftung soll gemäß
Besonderem Gedenken an
hochgeschätzte Bundespräsidenten und Ministerpräsidenten
ausgerichtet werden.

Sieh **Anlage WU-13.** Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025
mit den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417
mit Anlagen VB-2425, VB-2426 inkl. Anlagen VE-09, VE-10, VE-11 und
VB-2427, VB-2428, VB-2429 auf Seite 19.

BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,
die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können. Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert einschließlich Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller Konsequenz zu bekämpfen:
Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google,
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa.
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren.
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)
Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:
2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)
Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht
mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)
Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010

mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung
> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz
> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,
> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)
> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für skrupellose Staatsanwälte
Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto und mit Hass im SCHUFA-Netz
Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023), - 0,2%(2024) > > > Kurswechsel mit KI
Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz Widerspruch
(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!
Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?
Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde)

BVERFG-417. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.
Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.
> KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 109)

Der Beschwerdeführer kämpft
gegen verfassungswidrige Hassverfahren weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und
für Fortsetzung des Klageverfahrens 10 C 234/24 am Amtsgericht Velbert als unabhängiges Mehrrichter-Verfahren, wie von Anfang an beantragt

Es ist brutal verfassungswidrig, dass die Beklagte, verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren und Hassverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer im 84.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und
es ist brutal verfassungswidrig, wenn Gerichte in Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren.** Das ist totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren als unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nach 26 Jahren Europäische Congressmessen in 2003
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
ist hinreichend begründet. Die Bescheidung des zugehörigen Beschwerdeantrags ist mehrfach mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge, Rechtsmittel der Verzögerungsrüge und Verfassungsbeschwerde eingefordert.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und Schadenersatz endlich freigegeben wird.
Bis heute hat das
Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution auf dem Weg in das KI-Zeitalter von Deutschland, Europa und weltweit!

Velbert, 10.März 2025

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als die Zukunftsperspektive gepriesen, aber ohne Abhilfe
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage VE-15
Verzögerungsrüge mit Ausnahmebedingungen gemäß vorstehenden Ausführungen in Kopie an das Bundesverfassungsgericht

Anlagen VE-14
Verfassungswidrige Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen. Im Zusammenhang zu VE-14 a) und VE-14 d) ist auf private und persönliche Beziehungen des heutigen Bundespräsidenten und seiner Frau zum Verwaltungsgericht Berlin sowie auf seine persönliche Verantwortung als Kanzleramt-Chef zur UMTS-Aktion2000 hinzuweisen. Dies nur zum besseren Verständnis.
VE-14 a) Verfassungswidrige Pfändung zu Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit abschließenden Richterboykott zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren
VE-14 b) Erste Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 c) Zweite Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 d) Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zu VE-14 a)

Anlage LG-12. Erweiterung mit c, d und e von
Anlage VB-2428: Verfassungswidriger Shitstorm
Eskalation von 2.Güteverfahren zu 4 Hassverfahren, **massive Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte**
a) 1.Hassverfahren: Seite 96 in Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
b) 2.Hassverfahren: Verfassungswidrigem Mahnverfahren 10 C 286/24 (Amtsgericht Velbert, eingegangen am 8.Jan.2025, 1 Tag später nach Einwurf des Schriftsatzes an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426) Umfang: 26 Seiten, von denen 11 Seiten nicht lesbar sind.
Prozessleitende Verfügung zu verfassungswidrigem Mahnbescheid vor der Bundestagswahl ist anzufechten. Das Verfahren ist als massive Wahlbeeinflussung abzuweisen, weil der Beklagte nicht nur seine Stimme abgeben möchte, sondern aktiv am Wahlkampf teilnehmen möchte.
Beantwortung gemäß e)
c) Richter am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24), per Gesetz als Richter unzulässig, daher mit Ablehnungsgesuch, leugnet entgegen Zeugenaussage Unterschrift der Klageeröffnung nach Forderung zur Akteneinsicht, will ohne Beschwerde einfach weitermachen und kein unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zulassen: Schreiben vom 06.01.2025 (eingegangen am 10.01.2025).
d) 3.Hassverfahren: Richterin am Amtsgericht Mettmann (32 OWi 543 Js 77/24-46/24) leugnet entgegen vorliegender Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24) die Gültigkeit der Rechtsbeschwerde in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß (mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto, dieses wegen Schutz vor staatlichen Übergriffen mit monatlicher Rentenplünderung bis zum Limit, mit und ohne Verwendungszweck, mit und ohne Pfändungsbeschluss, . . .),
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind brutal verfassungswidrig!
Beantwortung wird termingerecht ausgeführt.
e) Beantwortung vom 20.01.2025 zu b) Verfassungswidriges Mahnverfahren 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert:
Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.) mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)
Ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte
Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025, zu respektieren gemäß Art.20 Abs.4 GG.
Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde informiert.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 334)

Anlage WU-13. Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025
mit den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417.
mit Anlagen VB-2425, VB-2426 inkl. Anlagen VE-09, VE-10, VE-11
und VB-2427, VB-2428, VB-2429 auf Seite 19

BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,
die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können.
Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert einschließlich Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller Konsequenz zu bekämpfen:
Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google,
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker
wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa.
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)
Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:
2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)
Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht
mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)
Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010

mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung
> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz
> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,
> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)
> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für skrupellose Staatsanwälte
Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto und mit Hass im SCHUFA-Netz
Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023), - 0,2%(2024)
Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz Widerspruch
(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!
Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?
Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde)

BVERFG-417. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.
Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.
> KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa
Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 109)

Anlagen im Schriftsatz vom 01.01.2025

Anlage VE-09
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 wegen Abwehr eines verfassungswidrigen, manipulierten 2.Güteverfahrens am Amtsgericht Velbert zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland
mit/nach Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen Urteile vom 19.März 2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, eines 1.Güteverfahren als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
mit Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11, Anlage VB-2415) und nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (AR 5755/24) gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-10
Schreiben vom 21.07.2023 an die Commerzbank AG mit Bitte um verständliche Erklärung, warum die belastenden Grundbuch-Eintragungen des ursprünglichen Hypotheken-Darlehen der EUROHYPO AG bis heute nicht gelöscht sind.
Das Schreiben mit Fax-Bestätigung wurde nicht beantwortet.

Anlage VE-11
Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16): Grundbucheintragungen sind kein Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen. Commerzbank (Bundesanteile) und weisungsgebundene Staatsanwälte verhindern Löschung der Grundbucheintragungen, obwohl alle Zahlungsverpflichtungen aus früherem Hypotheken-Darlehen erfüllt sind
a) Verfassungswidrige Einspruchsentscheidung des Finanzamt Landshut vom 15.03.2018 (Z2)
b) Einspruch vom 6.März 2018 gegen Finanzamt Landshut mit Zusendung an Commerzbank AG
c) Beschwerde an die Commerzbank AG vom 26.Feb.2018 mit Anlage des Schreibens vom 26.04.2016 an das Grundbuchamt des Amtsgericht Velbert
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-Bay01.pdf
Scroll down after link (page 21)

Anlage der Anhörungsrüge vom 15.Nov.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 01.11.2024

Anlage WU-07: Nachweis mit sowjetischem Kriegsdokument gemäß AGV-02
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Anlage WU-06: Brutal verfassungswidrig
Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters mit wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit mit Zielsetzung verfassungswidriger Rechtsanwendungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten in Gerichte übergreifenden Verfahren politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren gegen Rentner im 84. Lebensjahr
Anlage WU-06 a) Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters vom 17.10.2024 entgegen Antrag auf Mehrrichter-Verfahren mit **wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit** am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) u.a.
Anlage WU-06 b) Mitteilung des Sozialgerichts Düsseldorf (S 46 P 302/24) vom 25.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit **wiederholtem, verfassungswidrigem Mobbing** der RAe des Sozialversicherungsträgers in beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024
Anlage WU-06 c) Mitteilung des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024 mit Begründung zur **Beitragserhöhung vom 20.11.2020 zu verfassungswidriger Sozial-**

Grundversicherung (Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum **Schutz vor staatlichen Übergriffen mit Rentenplünderung-Skandal**

Anlagen der Klage vom 03.10. 2024:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,
Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen" verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit
Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche
Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001
Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für

verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine
Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer

skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.

an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164.** **Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:
Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)
als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt
BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010:**
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)
2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen,

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin
Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07
Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die **Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance**

gegen Umverteilungspolitik
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.
Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:
Rückblick 26 Jahre ONLINE:
> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage VB-2304:
27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Anlage OVG2021-02
Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014)
mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordnern
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 24)
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation:
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1
Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm
Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation
Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2
Europäische Congressmessen für digitale Evolution
mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …
Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**
Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"
Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**"
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis
Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg
Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)
Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004
Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004
Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik
Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf
Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf
Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf
Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf
Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf
Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf
Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf
Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf
Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf
Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf
Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf
Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes
Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf
Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf
Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlagen im Beweis-Ordner 4
Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik
Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration
> > > 32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt
Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:
1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
**Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)**
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen **mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Anlage OVG2021-03b:
2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:
3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:
4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld**
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:
5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:
6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit
Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
(Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:
7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet:
Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:
8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:
9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)
Anlage OVG2021-03j:
10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?
93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Anlage OVG2021-03k:
11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03l:
12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:
13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998,
20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als
Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:
14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,
mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz
wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:
15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)
Anlage OVG2021-03p:
16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:
17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Anlage OVG2021-03r:
18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!
121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:
19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:
20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:
21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:
22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:
23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.
132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019
mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheibchenweise bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann
Derart skandalös: Warum?
Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft
Politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste
scheibchenweise die ganze Wahrheit ausgraben
gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer
Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter
134. > 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter
Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten
21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz
9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!
Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist
Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf

Anlage OVG2021-03x:
24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung
über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn
136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden
Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne
137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68)
Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020
Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020
wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers
(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 241)
Anlage VGB2020-02
Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:
Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide
Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017
Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021
Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:
Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an politisch motivierter Sippenzerschlagung
VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007 Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung, seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)
VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Anlage OVG2021-06:
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018
Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)
> > > http://planning.euro-on line.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Bundespräsident antwortet nicht
trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden
trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung
nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).
Anlage VB-11
Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 77)
> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-0
Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Anlage VB-12
Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)
Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß
Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 34)
Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018
Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1

ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84
Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202-498-3504

Landgericht Wuppertal
16 T 256/24

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 24.April 2025

Hier: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO mit wiederholten Antrag auf unabhängiges Mehrrichterverfahren nach Verzögerungsrüge an Amtsgericht Velbert unter Ausnahmebedingungen wegen Verzögerung der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens nach Art.34 GG
mit Eskalation von 2. Güteverfahren zu 4 Hassverfahren,
mit massiver Wahlbeeinflussung und Fortsetzung verfassungswidriger Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes,
nach erneuter Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 und sofortiger Beschwerde vom 01.11.2024
wegen judikativem Boykott am Landgericht,
an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin:
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24, 10 C 286/24, 26 OWi 84/22(523 Js 814/22) und Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger seit 2011 nach Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und
Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 80)

Begründung vom 24.April 2025

LGW-15. Disfunktional:Sofortige Beschwerde vom 01.11.2024 an Landgericht entgegen Bezeichnung nicht mehr zeitnah zu bewerten
Inzwischen Eskalation des Klageverfahrens mit sofortiger Beschwerde zu Gegenklagen unter Leitung eines Richters für alle Fälle einschließlich Beschwerdefall und weitere skandalöse Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte im Rahmen einer verfassungswidrigen Unrechtsverkettung durch unsolidarische Kostentilgung der deutschen Einheit parallel zur Solidaritätszulage seit 1995 mit Eskalation zu skandalösen Staatsversagen
Weitere Kapitel LGW-16 (Seite 12), **LGW-17** (Seite 20)
Letzte Kapitel-Übersichten (verkürzte Fassung) **> > >**

AGV-13. Aus aktuellem Anlass: Sieh nächste Seite
Prof. Dr. Horst Köhler * Dr. Johannes Rau * Dr. Bernhard Vogel
> Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten Köhler mit sofortiger Wirkung nach Eingang der Bitte des Klägers um Unterstützung zu Petitionen in 2010 an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag
> Ministerpräsident und später Bundespräsident Rau als Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf den Europäischen Congressmessen des Klägers mit mehrtägigen Congressen für Künstliche Intelligenz
> Ministerpräsident Vogel, erster Ministerpräsident als Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten auf den Europäischen Congressmessen des Klägers
Politisch motivierte Zerschlagungen des Klägers seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?
> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:
Kläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West

> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 01)

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Klägers: > > >

Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,*

Bundespräsident a.D.*, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin*
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, *verstorben am 27.Januar 2006*

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland *(1999-2004) Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH* ***1988****, der 5.Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen*
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Dr. Bernhard Vogel, *verstorben am 02.März 2025,*

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985, ***Festredner auf der ONLINE'85*** *in Düsseldorf*
> > > https://www.euro-online.de/1984.htm
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat. Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der ***Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel*** *als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.*

AGV-14. Erzwingung von Verzögerungsrügen mit Ausnahmebedingungen nach
Fortsetzung der Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter judikativer Verantwortung des Amtsgerichtes Velbert, Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2013:
> > > Verfassungswidrige Kontopfändungen
> für judikativem Boykott der 1. und 3.Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinziehungsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau (Anlage VE-14)
nach judikativem Boykott der 2.Klage am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15, 2 O 163/16)
nach judikativem Boykott der 1.Klage an den Verwaltungsgerichten Köln / Berlin
> für verfassungswidrige Sozialversicherungen.
> > > Rechtsmittel der Verzögerungsrüge gegen Amtsgericht Velbert gemäß §198 GVG nach ständigen Justizversagen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes und mit ständigem Richterboykott gegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG
wegen Verhinderung eines rechtsstaatlichen Mehrrichter-Verfahrens mit einem Richter, der per Gesetz von der Verfahrensdurchführung ausgeschlossen ist.
> > > Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit enormen Staatsversagen nach
über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.
Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit Weltklasseleistungen, von Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive,
mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und wegen Rüge fortgesetzter und verfassungswidriger Rentenplünderungen auf Pfändungsschutzkonto, zeitgleich zu Klageverfahren mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage,
mit verfassungswidrigem Shitstorm einer Hassgemeinschaft.
Staatsanwaltliche Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit ausgewiesenen Weltklasseleistungen nach Art.34 GG gemäß Kapitel LGW-12
Klageverfahren seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010)
mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovations-Spitzenwachstum der Digitalisierung auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa bis 2001 (staatliche UMTS-Auktion 2000)

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
Totales Justiz-Versagen und enormes Staatsversagen
zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011
Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz
unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010
> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt
> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4) unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts
> Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß:
mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers und mit neuer Pfändung zu Richterboykott von Klageverfahren (Anlage VE-14),
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt,
dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,
> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz (BfJ), durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München, , durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Die detaillierten Ausführungen zum Schriftsatz mit Kapitel 164 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im Internet:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 361 / 364)
Beweiskräftige und informative
Legende des 2. Klageverfahren am Verwaltungsgericht Berlin seit 2014 mit Start am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin, weil nach erstem Klageverfahren auch für 2.Klageverfahren zuständig mit Kapitelnummerierung:
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung, enormes Staatsversagen)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 322)

Dies ist der Hintergrund zum Richterboykott am Verwaltungsgericht Berlin und zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen: Sieh
Anlagen VE-14
Verfassungswidrige Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen. Im Zusammenhang zu VE-14 a) und VE-14 d) ist auf private und persönliche Beziehungen des heutigen Bundespräsidenten und seiner Frau zum Verwaltungsgericht Berlin sowie auf seine persönliche Verantwortung als Kanzleramt-Chef zur UMTS-Aktion2000 hinzuweisen. Dies nur zum besseren Verständnis.
VE-14 a) Verfassungswidrige Pfändung zu Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit abschließenden Richterboykott zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren
VE-14 b) Erste Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 c) Zweite Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 d) Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zu VE-14 a)

Unverzügliche Rückerstattung verfassungswidriger
Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen wird eingefordert.

Erzwingung von Verzögerungsrügen mit Ausnahmebedingungen ist unvermeidbar: Sieh Anlage VE-15
Mit der Verzögerungsrüge soll endlich der Weg freigemacht werden für ein unabhängiges Mehrrichterverfahren ohne den Einfluss von weisungsgebundenen Staatsanwälten und
mit Priorität für Rehabilitierung und Schadenersatz.
Die Namensgebung im Zusammenhang mit der geplanten Familienstiftung soll gemäß
Besonderem Gedenken an
hochgeschätzte Bundespräsidenten und Ministerpräsidenten
ausgerichtet werden.

Sieh **Anlage WU-13.** Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025
mit den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417
mit Anlagen VB-2425, VB-2426 inkl. Anlagen VE-09, VE-10, VE-11 und
VB-2427, VB-2428, VB-2429 auf Seite 19.

BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,
die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können. Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert einschließlich Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller Konsequenz zu bekämpfen:
Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google,
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa.
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren.
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)
Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:
2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)
Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht
mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)
Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010

mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung
> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz
> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,
> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)
> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für skrupellose Staatsanwälte
Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto und mit Hass im SCHUFA-Netz
Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023), - 0,2%(2024) > > > Kurswechsel mit KI
Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz Widerspruch
(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!
Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?
Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde)

BVERFG-417. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.
Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.
> KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 109)

Der Beschwerdeführer kämpft
gegen verfassungswidrige Hassverfahren weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und
für Fortsetzung des Klageverfahrens 10 C 234/24 am Amtsgericht Velbert als unabhängiges Mehrrichter-Verfahren, wie von Anfang an beantragt

Es ist brutal verfassungswidrig, dass die Beklagte, verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren und Hassverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer im 84.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und **es ist brutal verfassungswidrig,** wenn Gerichte in Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren.** Das ist totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren als unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 nach 26 Jahren Europäische Congressmessen in 2003 mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
ist hinreichend begründet. Die Bescheidung des zugehörigen Beschwerdeantrags ist mehrfach mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge, Rechtsmittel der Verzögerungsrüge und Verfassungsbeschwerde eingefordert.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und Schadenersatz endlich freigegeben wird.
Bis heute hat das
Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution auf dem Weg in das KI-Zeitalter von Deutschland, Europa und weltweit!

Darüber hinaus aus aktuellem Anlass:

Mehrrichter-Verfahren angemessen, weil . . .
Staatsversagen mit verfassungswidrigem Übermaß bei Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Datenschutz-Skandal, Rentenplünderung-Skandal, Sozialer Zerschlagungen, verfassungswidrige Strafverfahren seit 2011 nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag gegen Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
mit professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement
Aus aktuellem Anlass: Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung ist eine Solidaritätsaufgabe, die heute noch nicht beendet ist.
Solidaritätszuschlag, 1995 eingeführt, ist verfassungsgemäß zuständig für Kosten der deutschen Wiedervereinigung (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26.03.2025)

Es ist hinreichend bekannt, dass der Auktionsbetrag der staatlichen UMTS-Auktion2000 im angewandten Auktionsverfahren zugunsten der Kostentilgung der deutschen Einheit maximiert wurde (über 100 Mrd DM bzw. **über 50 Mrd EURO**, weltweit größter Auktionsbetrag, der bei Auktionen je erreicht worden ist). Anzugreifen sind die **Solidarität-widrigen Folgewirkungen** dieser Auktion, weil mit ihr ein gigantischer Markteingriff in den Innovationsbereich der Digitalbranche erzwungen wurde, zuerst mit Kapitalflucht ausländischer Geldgeber und anschließend inländischer Geldgeber und mit Projekt-Stopp für alle Innovationsprojekte auf Internet- und Mobilfunk-Basis. Dies war das Aus der digitalen Innovationselite in Deutschland wegen Kostentilgung der deutschen Einheit. Dies war das Aus für die Europäischen Congressmessen des Beschwerdeführers. **Der maximierte Auktionsbetrag wurde für die Kostentilgung der deutschen Einheit eingesetzt. Die betroffenen Opfer mussten nicht nur den rechtmäßigen Solidaritätszuschlag bezahlen, sondern die verfassungswidrigen und solidaritätswidrigen Folgewirkungen der für die Kostentilgung der deutschen Einheit maximierten Auktionsbetrag der UMTS-Auktion2000, die Zerschlagung ihrer Existenz-Grundlage aus einem herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen. Nur Schweigen und Verhindern von Rehabilitierung und Schadenersatz mit einer Richterlüge am Amtsgericht Velbert ist keine rechtsstaatliche Lösung.**
Dies war mit Sicherheit **nicht solidarisch** gegen viele Startups und gegen den Beschwerdeführer, die keinen Solidaritätsausgleich erhalten haben und eliminiert wurden.
Die CEBIT in Hannover hat einen Verlustausgleich von 250 Mio EUR von den staatlichen Anteilseigner erhalten, der von Lobbyisten der CEBIT gerne aufgebraucht wurde, ohne den Niedergang der CEBIT zu verhindern, weil sie nicht in der Lage waren, die
Weltklasse-Höchstleistungen des Beschwerdeführers für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz zu ersetzen.
Der Beschwerdeführer und sein Familienunternehmen haben keinen solidarischen Verlustausgleich erhalten, der nach wie vor einzufordern ist, einschließlich aller Schadenswirkungen bis heute, einschließlich der sozialen Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto bis zum Limit mit verfassungswidrigem Übermaß.
Staatsversagen ist, weil die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion20000 zu über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort missbraucht wurden, mit einer Hetze gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz. Sein Bruder war nicht einmal in der Digitalbranche tätig, wurde aber vom Beschwerdeführer verteidigt, auch nach seinem Freitod bis heute ohne Erfolg. Sieh Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Klägers:

Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,* ***Bundespräsident a.D.****, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin*
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

Rücktritt mit sofortiger Wirkung: *Warnsignal , nicht zu übersehen als Hinweis auf enormes Staatsversagen – warum mit sofortiger Wirkung?*
Der Rücktritt mit sofortiger Wirkung wurde mit besonderer Gestik hervorgehoben.

Sieh **Anlage VB-2430** aus Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Skandalöses Staatsversagen, von einem hochgeschätzten Bundesverfassungsgericht-Präsidenten „auf den Punkt gebracht“, ist hier noch viel schlimmer!

LGW-16. Stellungnahme zu
Beschluss 10 C 234/24 des Amtsgericht Velbert vom 10.04.2025 in Zusendung vom Landgericht Wuppertal mit Verfügung 16 T 256/24 vom 15.04.2025 (eingegangen am 23.04.2025) **und Zugehöriges Klage vom 03.10.2024 mit der Überschrift**
„ Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren“
umfasst die Kapitel AGV-01 und AGV-02 auf 141 Seiten inkl. Anlagen VE-01, VE-02, VE-03, VE-04, VE-05.
mit separater Beilage von 6 ISBN-nummerierten Congressbänden der ONLINE'84, Katalogen und Infomaterial „ONLINE unterm Funkturm“ als **Leihgabe** aus dem Congressmesse-Archiv (ONLINE1984, 2 Jahre vor der 1.CEBIT)

a) Der Richter hat als Einzelrichter das Verfahren an sich gerissen, obwohl er **mit Antrag** auf unabhängiges Mehrrichterverfahren nicht nur antragsgemäß ausgeschlossen war.
Zur Beschluss-gleichen Mitteilung des Einzelrichters vom 17.10.2024 (eingegangen am 24.10.2024)
b) Grundsätzlich gilt: ZPO-Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und somit ohne Rechtskraft!
Bei politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sollte ein Richter sorgfältiger die Unterlagen durchlesen und nicht auch noch eine Original-Überschrift übersehen.
c) Der Kläger und Beschwerdeführer ist überzeugt, dass die Original-Überschrift nicht aus Versehen, sondern absichtlich übersehen wurde, dass von ihm die Wahrheit gebeugt wurde, um das Klageeröffnungsverfahren zu verzögern, zu verhindern und zu manipulieren Der Reihe nach:
d) Die Wunschform einer Klage hat der Richter selbst formuliert, ist aber hier nicht möglich, weil **skandalöses Staatsversagen**
mit 5 Schwerpunkten Z1-Z5. . . sieh oben AGV-14 unter LGW-15
Kapitel 161 / Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg.
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert, mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
Totales Justiz-Versagen zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011
Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum

> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz
unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010
> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt
> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4) mit Weisungsbefugnis des Bundeskanzleramts
> Zerschlagung mit ständigen Bußgeldverfahren (Z5) seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten vom Kanzleramtsminister,
> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Anzumerken ist eine Erinnerung des Beschwerdeführers an das weithin bekannte Justizverfahren mit ARD Doku
"Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie) in 2013: Der zuständige Rechtsanwalt erklärte öffentlich im Fernsehen: Er hätte sich längst abgewöhnt, in schwierigen Fällen eine Summe zu nennen, weil das einfach nicht möglich ist. Dies musste akzeptiert werden.
Der Beschwerdeführer hat für seinen Fall eine andere Überschrift:
In den Fängen von Justiz und Politik mit skandalösem Staatsversagen:
Nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz:
Zerschlagen für die solidaritätswidrige Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung und anschließend für Kostenanhäufung des Sozialstaats verfeuert!
Vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 nicht nur unter Hitler! Das ist keine „Nazi-Keule“, weil er das und

vieles mehr wirklich erleben musste.
Vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 nicht nur unter Hitler, sondern auch unter Stalin!
Seine Frau musste mit Mutter und Geschwister im Bombenhagel der russischen Armee unter Stalin aus einem Vorort von Belgrad fliehen (Oktober 1944), hat später nach einer erfolgreichen akademischen Ausbildung an der Universität Freiburg den sicheren Job als Oberstudienrätin aufgegeben, um im Familienunternehmen des Beschwerdeführers die Leitung Innendienst einschließlich IT mit Unterstützung durch einen externen qualifizierten IT-Administrator zu übernehmen. Sie wurde genauso mit zerschlagen und mit verfeuert. .
Skandalöses Staatsversagen: Der deutsche Staat hat beiden, Beschwerdeführer und Ehefrau, nicht nur am Anfang ihres Lebens, sondern erneut nach 1998 (57 Jahre später) die Hölle und ihre Teufel gezeigt.

d) Richter für alle Fälle (für Zerschlagung mit Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal, Rehabilitierung und Schadenersatz, geduldeter Ersatz für disfunktionale Beschwerde-Instanz, Aufzwingung von Befangenheitsverfahren und Verurteilung durch Richterkollegen u.a.m.) könnte sogar abhelfen, will aber gar nicht und täuscht Aktivität vor:
Richter und Kollege simulieren ein Befangenheitsverfahren, ohne Beteiligung des Beschwerdeführers, der von kollegialem Richter abschließend verurteilt wird.
Sieh Anlage WU-16 aus Schreiben an 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 19.02.2025 und Erweiterung mit kollegialem Richterbeistand WU-16a)
Anlage WU-16 / 16a
Zusendung des Amtsgerichtes Velbert 10 C 234/24 vom 10.02.2025 (eingegangen am 15.02.2025) mit Anforderung einer Stellungnahme binnen 2 Wochen:
Gesetzwidriger Versuch der Aufzwingung eines Befangenheitsverfahrens mit dienstlicher Äußerung des abgelehnten Einzelrichters anstatt gesetzlich geregeltem Richterausschluss gemäß **§41 ZPO Abs.6./7./8** (ein Richter ist von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen) wegen **Anspruch auf unabhängiges Mehrrichterverfahren mit Respektierung des Grundgesetzes** zur Klage gegen das Bundeskanzleramt mit Weisungsdruck auf weisungsgebundene Staatsanwälte, inzwischen mit Verfahrensfortschritt bis zur Verfassungsbeschwerde in einem Instanzen überschreitendem Verfahren zu grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung.
Anlage WU-16a: Verurteilung in einem simulierten Befangenheitsverfahren durch kollegialen Richter ohne den Betroffenen, der das Befangenheitsverfahren nicht beantragt hat und nicht daran beteiligt war.

e) Richter: „Die Klageschrift muss den Sachverhalt, aus dem Sie Ihren Klageanspruch herleiten, konkret darstellen; die Bezugnahme auf kommentarlos vorgelegte Unterlagen reicht nicht aus.“
Richter hat überhaupt kein Interesse am Sachverhalt, an **Rehabilitierung und Schadenersatz, sondern beteiligt sich nur an sozialer Zerschlagung mit einer Intensität, sodass dem Beschwerdeführer kaum Zeit bleibt, diesen grundgesetzlichen Anspruch unter Einsatz der Internet-Cloud mit höchster Effizienz nachzukommen.**

Tatsache ist: Der Richter hat bis heute noch gar nicht bemerkt, dass alle Anlagen in einem sehr effizientem 2-stufigen Verfahren kommentiert werden: 1.Stufe Kommentar, 2.Stufe: Zugriff auf Dokument der Unterlage, vor jedem Zugriff wird der Kommentar zwingend angeboten. Das Angebot muss natürlich angenommen werden. Bei flüchtigen Überschlagen hat der Richter den Kommentar überhaupt nicht wahrgenommen und nicht wahrnehmen wollen.

f**) Richter:** „Dabei sollten Sie berücksichtigen, dass das Gericht nicht von Amts wegen ermittelt, sondern seine Entscheidung einzig auf Grundlage des von den Parteien vorgetragenen Sachverhalts und des Ergebnisses einer eventuellen Beweisaufnahme trifft."
Beschwerdeführer hat bis heute nicht erkennen können, dass die Gegenpartei informiert wurde, aber er hat erkennen können, dass der Richter mit einer Lüge das **Verfahren nicht eröffnen und verzögern wollte und will,**
um sich vor einem Verfahren zu schützen, dem er als Einzelrichter überfordert ist,
um Zeit für eigene Gegen-Aktivitäten zu gewinnen und um **weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Gegen-Partei zu Zwangsmaßnahmen zu aktivieren:**

Sieh Anlage VB-2431 mit Anlagen VE-14 und VE-15.
Sieh Anlage WU-16: Richter und Kollege simulieren ein Befangenheitsverfahren, ohne Beteiligung des Beschwerdeführers, **der von kollegialem Richter abschließend verurteilt wird.** Dieses vom Beschwerdeführer nicht beantragte Befangenheitsverfahren sollte weitere Verzögerung von Rehabilitierung und Schadenersatz bringen, um einen Richterausschluss **gemäß §41 ZPO Abs.6./7./8.** zu vermeiden:Ein Richter ist von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen **gemäß §41.** Es ist ein Amtsversagen, wenn die gesetzlichen Ausschlussgründe von Amts wegen nicht berücksichtigt werden. Dies wird verständlicher vor dem Hintergrund enormen Staatsversagen.

Sieh Schriftsatz vom 19.02.2025 an Landgericht mit sofortiger Beschwerde zu Amtsgericht Velbert 10 C 286/24 (Anlage VB-2436) mit Anlagen WU-17, WU-16, WU-15, WU-14, WU-13, VB-2428
Sieh Anlage WU-17: **Altbundeskanzlerin Angela Merkel** auf dem Staatsakt für den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler am 18.Feb.2025 im Berliner Dom (Gegnerin im Konflikt von 2 Staatsorganen), Rücktritt des Bundespräsidenten mit sofortiger Wirkung am 31.Mai **2010** nach Eingang des Schreibens des Beschwerdeführers vom 25.Mai **2010** mit der Bitte um Unterstützung seiner Petition an den Deutschen Bundestag durch das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,* ***Bundespräsident a.D.,*** *Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai* ***2010*** *(Ergebnis einer Konfliktsituation zwischen 2 Staatsorganen) unmittelbar nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai* ***2010*** *mit Bitte um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag*
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf
Sieh Anlage VB-2436a) aus Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025
Anlage VB-2436: Erneute Verfassungsbeschwerde wegen Abwehr einer verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 (Anlage WU-13),

nach sofortiger Beschwerde vom 23.01.2025 (Anlage VB-2436 c)
nach Anhörungsrüge vom 20.02.2025 in Anlage VB-2436 b)
Anlage VB-2436 a) Nicht mehr nachvollziehbar
Ladungen in 2facher Ausfertigung ohne und mit Richterverfügung

g) Richter: „Es wird darauf hingewiesen, dass eine weitere Bearbeitung der Sache erst in Betracht kommt, wenn ein unterschriebenes Exemplar zur Gerichtsakte gelangt ist."
Richter hat den Beschwerdeführer getäuscht, weil das vorliegende Exemplar unterschrieben war. Mit Original-Unterschrift.
Beschwerdeführer hat beim Lesen dieser ungeheuerlichen Behauptung sofort mit dem zuständigem Bearbeiter Frank, telefoniert, Akteneinsicht gefordert und angeboten, die Seite mit der erforderlichen Unterschrift anzuliefern. Der Bearbeiter hat zunächst Rücksprache mit dem Richter nehmen wollen.
Beschwerdeführer hat einen Tag später wieder angerufen und musste nun erfahren: Original-Unterschrift ist vorhanden und
Richter wäre bereit
zu einer Wiedergutmachung und hat als Gegenleistung richterliche Hilfe angeboten, beim Schadenersatz behilflich zu sein.
Beschwerdeführer soll dies auch glauben. Wo bleibt hier noch ein Funken Glaubwürdigkeit?

h) Beschwerdeführer hat dazu keine Zustimmung gegeben und hat die Ausarbeitung der sofortigen Beschwerde sofort eingeleitet:
Sieh sofortige Beschwerde vom 01.11.2024, eingeworfen in Nachtbriefkasten am Landgericht Wuppertal

i) Offensichtlich hat der Richter absichtlich mit wahrheitswidrigen Ausführungen in einem Beschluss-gleichen Schreiben die Klage-Eröffnung manipuliert und verzögert, **um die Staatsanwälte zu informieren und für deren Maßnahmen und für eigene Aktivitäten Zeit zu gewinnen.** Dies ist ein ungeheuerlicher Vorgang!

j) Offensichtlich gibt es im Gerichtsbezirk Wuppertal eine Sonderjustiz mit einem Richter für alle Fälle (Stand 18.Jahrhundert), mit einem Webinare vergleichbarem Konferenzsystem mit Wählanschluss (auch von Dienstleistern bereitstellbar wie z.B. vom Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, der in parallelen Verfahren mit sozialer Zerschlagung beteiligt ist und vom Richter willfährig unterstützt wird, sodass eine Video-Abstimmung mit Richter-Kollegen, Staatsanwälte, Helfer, Helfers und Dienstleistern im Homeoffice möglich ist.
Anlage WU-08: Anlage der Anhörungsrüge vom 15.Nov.2024
Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am
Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden
seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)

Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941) und Stalin.

k**)** Beschwerdeführer hat zeitnah das Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit Schriftsatz vom 15.Nov.2024 eingelegt, weil seine Besorgnis wahr geworden ist. Sieh
Anlage WU-08 (mit Kommentar): Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941) und Stalin.

l**)** Mit der Verzögerung des Klageverfahrens hat der Richter Zeit geschaffen, um dem Beschwerdeführer mit Hilfe von weisungsgebundenen Staatsanwälten weiteren Schaden durch Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zuzufügen und durch Einleitung weiterer feindlicher Verfahren Rehabilitierung und Schadenersatz weiter zu verzögern: Sieh
Anlagen VE-14 Anlage VB-2431 (+ 14 e und 14 f))
Verfassungswidrige Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen
mit totalem Justizversagen. Im Zusammenhang zu VE-14 a) und VE-14 d) ist auf private und persönliche Beziehungen des heutigen Bundespräsidenten und seiner Frau zum Verwaltungsgericht Berlin sowie auf seine persönliche Verantwortung als Kanzleramt-Chef zur UMTS-Aktion2000 hinzuweisen. Dies nur zum besseren Verständnis.
VE-14 a) Verfassungswidrige Pfändung zu Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit abschließenden Richterboykott zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren

VE-14 b) Erste Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 c) Zweite Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 d) Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zu VE-14 a) Anlagen im Schriftsatz vom 10.März 2025

Schadenssumme der Rentenplünderung gemäß Anlagen VE-14a), VE-14b), VE-14c) auf Pfändungsschutz-Konto: 1.039,89 € Darüber hinaus Androhung wiederholter Freiheitsberaubung und staatsanwaltliche Kostendrohungen. Sieh Anlagen
VE-14 e) Mehrfache Zurückweisung staatsanwaltlicher Rechnungen / Mahnung gemäß Verfassungsbeschwerde 2 BvR 413/25
VE-14 f) Abwehr erneuter Freiheitsberaubung gemäß Verfassungsbeschwerde 2 BvR 576/25

Anlage VB-2436a aus Verfassungsbeschwerde vom15.03.2025 nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025
Einleitung eines weiteren Verfahren 10 C 284/24 mit Richterwechsel ohne Begründung und mit Ladung vom 20.02.2025 (eingegangen am 27.02.2025), gegen das mit Schreiben vom 19.02.2025 an die 16.Zivilkammer (16 T 256/24) bereits das Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO nach Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde mit Schreiben vom 23.01.2025 eingelegt wurde. Daher mit
Nachweis der disfunktionalen Beschwerde-Instanz an das Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 übergeben: Sieh Schreiben vom 19.02.2025 auf Seite 12 des Schreiben vom 19.02.2025 mit
Abschnitt **03. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO an Landgericht Wuppertal gegen Amtsgericht Velbert 10 C 286/24 wegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung (Z4, Z5).**
Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Erneuter Beweis der sozialen Zerschlagung eines Opferkriminalisierung-Wahnsinn mit Vorlage von Opfer verhöhnenden Geldforderungen des Sozialversicherungsträgers Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto mit und ohne Pfändungsbeschluss
Datenschutz-Skandal unter persönlicher Verantwortung des Prozessbevollmächtigten mit Hass im SCHUFA-Netz
Verfassungswidriges Übermaß mit Datenschutz-Skandal, mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit JVA-Service für skrupellose Staatsanwälte, mit massiver Wahlbeeinflussung und Wahlbehinderung der anstehenden Bundestagswahl 2025 mit verfassungswidrigem Shitstorm unter Verantwortung weisungsgebundener Staatsanwälte,
mit strafbarer Rechtsbeugung in exponierten Situationen, mit Richterwechsel ohne Erklärung, mit gesetzwidrigem Versuch einer Aufzwingung von nicht beantragten Befangenheitsverfahren anstatt gesetzlich geregelter Richterausschluss in paralleler Klage gegen das Bundeskanzleramt

Der Ladetermin ist völlig sinnlos, weil Unrecht gegen das Opfer von enormen Staatsversagen mit Unrecht gegen das Opfer aufgerechnet werden soll. Wie soll das denn gehen. Daher wird die unverzügliche Aufhebung des Ladetermins (11.06.2025) gefordert.

m) Beschluss am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 vom 10.04.2025 ist wahrheitswidrig/rechtswidrig, bösartige Täuschung wegen Nutzung von Blockade und Verzögerung für Zwangsmaßnahmen, Richter-Boykott und Sabotage weisungsgebundener Staatsanwälte, brutal verfassungswidrig:
Beschluss eines Einzelrichters am Amtsgericht,
> der mit einer Richterlüge das Klageverfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz blockiert
> der mit seiner Person ein unabhängiges Mehrrichter-Verfahren blockiert
> der mit seiner Blockadehaltung und Informationsweitergabe zur Klage es weisungsgebundenen Staatsanwälten ermöglicht hat (rechtswidrige Gerichtsorganisation?), Rentenplünderung fortzusetzen und mit verfassungswidrigem Shitstorm weitere Verzögerungen durchzusetzen (Anlagen VE-14, Anlage VB-2431 (+ Anlage VE-14 e und VE-14 f))
> der selbst das Fehlen eines geeigneten Antrags im Beschluss bemängelt (Antrag leugnet), obwohl der Antrag schon in der Überschrift der Klage enthalten ist (Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit **Antrag** auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 01)
> der lieber weiter Verfahren der sozialen Zerschlagung mit einem Ladetermin fortsetzt, um Unrecht aus sozialer Zerschlagung mit weiterem Unrecht aus politisch motivierten Zerschlagungen, die ihn kaum interessieren, zu verrechnen
> der offensichtlich vom Landgericht Wuppertal gedeckt wird, dem selbst totales Justizversagen im Rahmen von enormen Staatsversagen vorzuhalten ist: zum Beispiel
> Richterboykott von Rehabilitierung und Schadenersatz Z1, Z2, Z4, Z5 (2 O 70/15 ff, 2 O 163/16)
> Verfassungswidrige Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto mit Plünderung von Rente und aller Zahlungseingänge bis zum Limit (7 O 214/12)
> Disfunktionale Beschwerde-Instanz als Dauerzustand (16.Zivilkammer)
> der längst informiert ist, dass politisch motivierte Zerschlagung einschließlich soziale Zerschlagung seit über 25 Jahren eine einzige Ursache haben:
Enormes Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit! Ohne Solidarität für die Opfer.

Wiederholter Hinweis ist offensichtlich notwendig: ZPO-Rechtsanwendungen und andere Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

LGW-17. Unabhängiges Mehrrichter-Verfahren angemessen, weil . . .
skandalöses Staatsversagen mit verfassungswidrigem Übermaß im Gefolge bei Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung mit katastrophalen Folgen nach verfassungswidriger UMTS-Auktion bis zum Rücktritt eines hochgeschätzten Bundespräsidenten, mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Datenschutz-Skandal, Rentenplünderung-Skandal, sozialen Zerschlagungen, mit verfassungswidrigen Strafverfahren, mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung seit 2011, mit Nonstop-Gerichtsverfahren in Berlin, in Bayern und in NRW, nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag mit Rücktritt des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler mit sofortiger Wirkung als unterdrücktes Warnsignal vor Fortsetzung von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit, mit Niederschlagung gegen Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
mit professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement Niederschlagung von Petitionen gegen weitere Familienmitglieder vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler und Stalin.
Aus aktuellem Anlass: Kostentilgung nach deutscher Wiedervereinigung ist eine Solidaritätsaufgabe, die heute noch nicht beendet ist.
Solidaritätszuschlag, 1995 eingeführt, ist verfassungsgemäß (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26.03.2025) Maximierung des Auktionsbetrages der UMTS-Auktion2000 zur Kostentilgung der deutschen Einheit ohne solidarische Rücksichtnahme auf Familien-Unternehmen, Ihre Beteiligten und Angehörige, die diesen gigantischen Markteingriff in den Innovationsbereich der Digitalbranche nicht überstanden haben, ist verfassungswidrig, weil
Eliminierung der digitalen Innovationselite und Zerschlagung der Europäischen Congressmessen mit den weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz und professionellem Wissensmanagement (bis heute ohne Vergleich),
Zerschlagung der Existenz-Grundlage mit der erzwungener Flucht in Pfändungsschutz-Konto, das nach wie vor ohne Rehabilitierung und Schadenersatz unverzichtbar ist.
Anträge.

Mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge wird beantragt:
Unverzügliche Einstellung des absolut sinnlosen Ladetermins eines weiteren Verfahrens der sozialen Zerschlagung (sieh Anlage **VB-2436a zu Amtsgericht Velbert 10 C 286/24 mit gleichem Richter, mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge auch zu diesem Verfahren am Landgericht erteilt)**,
um mit einem unabhängigen Mehrrichter-Verfahren eines Rechtsstaates (einschließlich Sozialstaat) zu Rehabilitierung, Schadenersatz (Z1, Z2, Z3, Z4, Z5) gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG unterbrechungsfrei und verzögerungsfrei (siehe Verzögerungsrüge) fortfahren zu können.

Unabhängiges Mehrrichter-Verfahren ist mit Klageerhebung beantragt und wurde seitdem mehrfach angemahnt.

Velbert, 24.April 2025

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als die Zukunftsperspektive gepriesen, aber ohne Abhilfe
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen hier:

Schriftsatz vom 15.03.2025 an das BVERFG mit
Anlage VB-2430
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage WU-16 / 16a
Zusendung des Amtsgerichtes Velbert 10 C 234/24 vom 10.02.2025 (eingegangen am 15.02.2025) mit Anforderung einer Stellungnahme binnen 2 Wochen:
Gesetzwidriger Versuch der Aufzwingung eines Befangenheitsverfahrens mit dienstlicher Äußerung des abgelehnten Einzelrichters anstatt gesetzlich geregeltem Richterausschluss wegen **Anspruch auf unabhängiges Mehrrichterverfahren mit Respektierung des Grundgesetzes** zur Klage gegen das Bundeskanzleramt mit Weisungsdruck auf weisungsgebundene Staatsanwälte, inzwischen mit Verfahrensfortschritt bis zur Verfassungsbeschwerde in einem Instanzen überschreitendem Verfahren zu grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung.
Anlage WU-16a: Verurteilung in einem simulierten Befangenheitsverfahren durch kollegialem Richter ohne den Betroffenen, der das Befangenheitsverfahren nicht beantragt hat und nicht daran beteiligt war.

Anlage VB-2431 mit Anlage VE-14 und VE-15
Rechtsmittel der Verzögerungsrüge mit Schriftsatz vom 10.März 2025:
Verzögerungsrüge unter Ausnahmebedingungen wegen Verzögerung der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens nach Art.34 GG
mit Eskalation von 2. Güteverfahren zu 4 Hassverfahren,
mit massiver Wahlbeeinflussung und Fortsetzung verfassungswidriger Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes.
AGV-13. Aus aktuellem Anlass:
Prof. Dr. Horst Köhler * Dr. Johannes Rau * Dr. Bernhard Vogel
> Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten Köhler mit sofortiger Wirkung nach Eingang der Bitte des Klägers um Unterstützung zu Petitionen in 2010 an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag
> Ministerpräsident und später Bundespräsident Rau als Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf den Europäischen Congressmessen des Klägers mit mehrtägigen Congressen für Künstliche Intelligenz
> Ministerpräsident Vogel, erster Ministerpräsident als Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten auf den Europäischen Congressmessen des Klägers
Politisch motivierte Zerschlagungen des Klägers seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:
Kläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West
AGV-14. Erzwingung von Verzögerungsrügen mit Ausnahmebedingungen nach
Fortsetzung der Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter judikativer Verantwortung des Amtsgerichtes Velbert, Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2013:
> > > Verfassungswidrige Kontopfändungen
> für judikativem Boykott der 1. und 3.Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinziehungsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau (Anlage VE-14)
nach judikativem Boykott der 2.Klage am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15, 2 O 163/16)
nach judikativem Boykott der 1.Klage an den Verwaltungsgerichten Köln / Berlin
> für verfassungswidrige Sozialversicherungen.
> > > Rechtsmittel der Verzögerungsrüge gegen Amtsgericht Velbert gemäß §198 GVG nach ständigen Justizversagen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes und
mit ständigem Richterboykott gegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG
wegen Verhinderung eines rechtsstaatlichen Mehrrichter-Verfahrens mit einem Richter, der per Gesetz von der Verfahrensdurchführung ausgeschlossen ist.
> > > Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit enormen Staatsversagen nach
über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.
Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit Weltklasseleistungen, von Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive,
mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und wegen Rüge fortgesetzter und verfassungswidriger Rentenplünderungen auf

Pfändungsschutzkonto, zeitgleich zu Klageverfahren mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage, mit verfassungswidrigem Shitstorm einer Hassgemeinschaft. Staatsanwaltliche Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit ausgewiesenen Weltklasseleistungen nach Art.34 GG gemäß Kapitel LGW-12
Klageverfahren seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-15 Anlage VB-2431
Verzögerungsrüge mit Ausnahmebedingungen gemäß vorstehenden Ausführungen in Kopie an das Bundesverfassungsgericht

Anlagen VE-14 Anlage VB-2431
Verfassungswidrige Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen. Im Zusammenhang zu VE-14 a) und VE-14 d) ist auf private und persönliche Beziehungen des heutigen Bundespräsidenten und seiner Frau zum Verwaltungsgericht Berlin sowie auf seine persönliche Verantwortung als Kanzleramt-Chef zur UMTS-Aktion2000 hinzuweisen. Dies nur zum besseren Verständnis.
VE-14 a) Verfassungswidrige Pfändung zu Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit abschließenden Richterboykott zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren
VE-14 b) Erste Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 c) Zweite Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 d) Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zu VE-14 a)
Anlagen im Schriftsatz vom 10.März 2025

erweitert mit
VE-14 e) Mehrfache Zurückweisung staatsanwaltlicher Rechnungen / Mahnung gemäß Verfassungsbeschwerde 2 BvR 413/25
VE-14 f) Abwehr erneuter Freiheitsberaubung gemäß Verfassungsbeschwerde 2 BvR 576/25

Anlage VB-2436: Erneute Verfassungsbeschwerde wegen Abwehr einer verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 (Anlage WU-13), nach sofortiger Beschwerde vom 23.01.2025 (Anlage VB-2436 c) nach Anhörungsrüge vom 20.02.2025 in Anlage VB-2436 b)
Anlage VB-2436 a) Nicht mehr nachvollziehbar
Ladungen in 2facher Ausfertigung ohne und mit Richterverfügung
Anlage VB-2436 b) mit Anlage 01FEB, Anlage WU-16, Anlage WU-15, Anlage WU-14, Anlage WU-14, Anlage VB-2428
Schriftsatz vom 20.02.2025 an Amtsgericht Velbert 10 C 286/24
Abwehr von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen (hier Kranken-Grundversicherung) am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24) mit disfunktionaler Beschwerde-Instanz:**(Anlage 01FEEB)**

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO am Landgericht Wuppertal gegen **Amtsgericht Velbert 10 C 286/24**
mit Schriftsatz vom 19.02.2025 **(Anlage 01FEEB)**
nach Schriftsatz vom 20.01.2025 (mit
Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.)
mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)
ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte.
Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025.

Anlage WU-18:
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025
Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz bei
Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)
mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und 23.01.2025 und
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024 und 20.02.2025
mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025
mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa

Anlagen im Schriftsatz vom 23.Jan.2025

Anlage LG-12. Erweiterung mit c, d und e von
Anlage VB-2428: Verfassungswidriger Shitstorm
Eskalation von 2.Güteverfahren zu 4 Hassverfahren, **massive Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte**
a) 1.Hassverfahren: Seite 96 in Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
b) 2.Hassverfahren: Verfassungswidrigem Mahnverfahren 10 C 286/24 (Amtsgericht Velbert, eingegangen am 8.Jan.2025, 1 Tag später nach Einwurf des Schriftsatzes an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426)
Umfang: 26 Seiten, von denen 11 Seiten nicht lesbar sind.
Prozessleitende Verfügung zu verfassungswidrigem Mahnbescheid vor der Bundestagswahl ist anzufechten. Das Verfahren ist als massive Wahlbeeinflussung abzuweisen, weil der Beklagte nicht nur seine Stimme abgeben möchte, sondern aktiv am Wahlkampf teilnehmen möchte.
Beantwortung gemäß e)
c) Richter am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24), per Gesetz als Richter unzulässig, daher mit Ablehnungsgesuch, leugnet entgegen Zeugenaussage Unterschrift der Klageeröffnung nach Forderung zur Akteneinsicht, will ohne Beschwerde einfach weitermachen und kein unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zulassen: Schreiben vom 06.01.2025 (eingegangen am 10.01.2025).
d) 3.Hassverfahren: Richterin am Amtsgericht Mettmann (32 OWi 543 Js 77/24-46/24) leugnet entgegen vorliegender Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24) die Gültigkeit der Rechtsbeschwerde in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß (mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto, dieses wegen Schutz vor staatlichen Übergriffen mit monatlicher Rentenplünderung bis zum Limit, mit und ohne Verwendungszweck, mit und ohne Pfändungsbeschluss, . . .),
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind brutal verfassungswidrig!
Beantwortung wird termingerecht ausgeführt.
e) Beantwortung vom 20.01.2025 zu b) Verfassungswidriges Mahnverfahren 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert:
Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.)
mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)
Ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte
Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025, zu respektieren gemäß Art.20 Abs.4 GG.
Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde informiert.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 334)

Anlage WU-13. Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025
mit den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417.
mit Anlagen VB-2425, VB-2426 inkl. Anlagen VE-09, VE-10, VE-11
und VB-2427, VB-2428, VB-2429 auf Seite 19

BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,
die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können.
Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert einschließlich Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller Konsequenz zu bekämpfen:
Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google,
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa.
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)
Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:
2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)
Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht
mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)
Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010

mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung
> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz
> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,
> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)
> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für skrupellose Staatsanwälte
Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto und mit Hass im SCHUFA-Netz
Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023), - 0,2%(2024)
Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz Widerspruch
(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!
Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?
Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde)

BVERFG-417. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.
Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.
> KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa
Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 109)

Anlage VE-09
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 wegen Abwehr eines verfassungswidrigen, manipulierten 2.Güteverfahrens am Amtsgericht Velbert zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland
mit/nach Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen Urteile vom 19.März 2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, eines 1.Güteverfahren als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
mit Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11, Anlage VB-2415) und nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (AR 5755/24) gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-10
Schreiben vom 21.07.2023 an die Commerzbank AG mit Bitte um verständliche Erklärung, warum die belastenden Grundbuch-Eintragungen des ursprünglichen Hypotheken-Darlehen der EUROHYPO AG bis heute nicht gelöscht sind.
Das Schreiben mit Fax-Bestätigung wurde nicht beantwortet.

Anlage VE-11
Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16): Grundbucheintragungen sind kein Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen. Commerzbank (Bundesanteile) und weisungsgebundene Staatsanwälte verhindern Löschung der Grundbucheintragungen, obwohl alle Zahlungsverpflichtungen aus früherem Hypotheken-Darlehen erfüllt sind
a) Verfassungswidrige Einspruchsentscheidung des Finanzamt Landshut vom 15.03.2018 (Z2)
b) Einspruch vom 6.März 2018 gegen Finanzamt Landshut mit Zusendung an Commerzbank AG
c) Beschwerde an die Commerzbank AG vom 26.Feb.2018 mit Anlage des Schreibens vom 26.04.2016 an das Grundbuchamt des Amtsgericht Velbert
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-Bay01.pdf
Scroll down after link (page 21)

Anlage der Anhörungsrüge vom 15.Nov.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 01.11.2024

Anlage WU-07: Nachweis mit sowjetischem Kriegsdokument gemäß AGV-02
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Anlage WU-06: Brutal verfassungswidrig
Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters mit wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit mit Zielsetzung verfassungswidriger Rechtsanwendungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten in Gerichte übergreifenden Verfahren politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren gegen Rentner im 84. Lebensjahr
Anlage WU-06 a) Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters vom 17.10.2024 entgegen Antrag auf Mehrrichter-Verfahren mit **wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit** am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) u.a.
Anlage WU-06 b) Mitteilung des Sozialgerichts Düsseldorf (S 46 P 302/24) vom 25.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit **wiederholtem, verfassungswidrigem Mobbing** der RAe des Sozialversicherungsträgers in beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024
Anlage WU-06 c) Mitteilung des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024 mit Begründung zur **Beitragserhöhung vom 20.11.2020 zu verfassungswidriger Sozial-**

Grundversicherung (Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum **Schutz vor staatlichen Übergriffen mit Rentenplünderung-Skandal**

Anlagen der Klage vom 03.10. 2024:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,
Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen" verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit
Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche
Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001
Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für

verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine
Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer

skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.

an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164.** **Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:
Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)
als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt
BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010:**
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)
Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt
2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)
2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen,

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin
Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07
Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die **Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance**

gegen Umverteilungspolitik
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.
Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:
Rückblick 26 Jahre ONLINE:
> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage VB-2304:
27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Anlage OVG2021-02
Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014)
mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordnern
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 24)
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation:
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1
Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm
Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation
Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und 8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und 8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2
Europäische Congressmessen für digitale Evolution
mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …
Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**
Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"
Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**"
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis
Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg
Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)
Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004
Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004
Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik
Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf
Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf
Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf
Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf
Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf
Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf
Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf
Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf
Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf
Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf
Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf
Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes
Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf
Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf
Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlagen im Beweis-Ordner 4
Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik
Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration
> > > 32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt
Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:
1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
**Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)**
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen **mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Anlage OVG2021-03b:
2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:
3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:
4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld**
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:
5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:
6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit
Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
(Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:
7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet:
Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:
8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:
9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)
Anlage OVG2021-03j:
10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?
93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Anlage OVG2021-03k:
11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03l:
12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:
13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998,
20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als
Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:
14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,
mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz
wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:
15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)
Anlage OVG2021-03p:
16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:
17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Anlage OVG2021-03r:
18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!
121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:
19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:
20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:
21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:
22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:
23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.
132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019
mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheibchenweise bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann
Derart skandalös: Warum?
Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft
Politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste
scheibchenweise die ganze Wahrheit ausgraben
gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer
Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter
134. > 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter
Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten
21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz
9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!
Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist
Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf

Anlage OVG2021-03x:
24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung
über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn
136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden
Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne
137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68)
Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020
Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020
wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers
(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 241)
Anlage VGB2020-02
Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:
Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide
Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017
Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021
Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:
Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an politisch motivierter Sippenzerschlagung
VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007 Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung, seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)
VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Anlage OVG2021-06:
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018
Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)
> > > http://planning.euro-on line.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Bundespräsident antwortet nicht
trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden
trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung
nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).
Anlage VB-11
Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 77)
> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-0
Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Anlage VB-12
Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)
Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß
Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 34)
Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018
Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1

ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84
Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202-498-3504

Landgericht Wuppertal
16 T 256/24

Eiland 1
42103 Wuppertal

In Kopie an Bundesverfassungsgericht
per Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 06.Juni 2025

Hier: Verfassungsbeschwerde gegen anzugreifende Hoheitsakte des Landgerichts Wuppertal 16 T 256/24 (Anlage VB-2448)
a) Beschluss 16 T 256/24 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert) vom 08.05.2025 (eingegangen am 27.05.2025)
b) Verfügung 16 T 256/24 vom 12.05.2025 (eingegangen am 27.05.2025)
c) Verfügung 16 T 256/24 vom 15.04.2025 mit Beschluss 10 C 234/24 Amtsgericht Velbert vom 10.04.2025 (beide eingegangen am 23.04.2025)

Nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 24.April 2025 mit wiederholtem Antrag auf unabhängiges Mehrrichterverfahren
nach Verzögerungsrüge an Amtsgericht Velbert unter Ausnahmebedingungen wegen Verzögerung der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens nach Art.34 GG
mit Eskalation von 2 Güteverfahren zu 4 Hassverfahren,
mit massiver Wahlbeeinflussung und Fortsetzung verfassungswidriger Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes,
nach erneuter Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 und sofortiger Beschwerde vom 01.11.2024:
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO

zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen

in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024 (eingegangen am 24.10.2024) nach zwei Telefonaten mit zuständigem Bearbeiter
Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz (inkl. angemessene Entschädigung gemäß Ausführungen) und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger seit 2011 nach Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und
Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 173)

Die detaillierten Ausführungen zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 24.04.2025 an das Landgericht Wuppertal sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku (per Post an Bundesverfassungsgericht nachgereicht)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 80)

Begründung:

LGW-18. Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, strafbar wegen Rechtsbeugung am Amtsgericht Velbert:
a) Beschluss 16 T 256/24 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert) vom 08.05.2025 (eingegangen am 27.05.2025)
b) Verfügung 16 T 256/24 vom 12.05.2025 (eingegangen am 27.05.2025)
Die 16.Zivilkammer verweigert eine inhaltliche Stellungnahme mit Begründung zu ungeheuerlichen Vorgängen, die in der sofortigen Beschwerde vom 01.Nov.2024 und in der Anhörungsrüge vom 24.April 2025 ausführlichst vorgetragen und analysiert wurden.
Die sofortige Beschwerde des Beschwerdeführers betrifft die Richterlüge eines Einzelrichters am Amtsgericht Velbert, mit der das Klageverfahren wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren unterdrückt und damit Recht gebeugt wurde. Das ist strafbar gemäß §339 StGB. Eine Verfügung des Amtsgerichtes vom 17.10.2025 ist überhaupt nicht erkennbar.
Die Verfügung der 16. Zivilkammer gemäß b) ist erkennbar, aber verfassungswidrig, weil eine Anhörungsrüge abgelehnt wird. Eine Anhörungsrüge basiert auf dem grundrechtsgleichen Recht gemäß Art.103 Abs.1 GG, das zu respektieren ist. Zu respektieren ist der grundrechtsgleiche Anspruch auf rechtliches Gehör.
Einzelrichterin der 16.Zivilkammer unterlässt jede inhaltliche Stellungnahme zur Anhörungsrüge, mit der die Fehlleistungen des Nicht-Abhilfe-Beschlusses des Einzelrichters am Amtsgericht vom 10.04.2025 mit ausführlichster Begründung aufgezeigt werden.
Erkennbar ist nur noch enormes Justizversagen als Teil von enormen Staatsversagen gemäß öffentlicher Stellungnahme (WAZ 07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Übersichtliche Auszüge aus Begründung vom 24.April 2025 zur Unterstützung der Verständlichkeit von ungeheuerlichen Vorgängen:
Kapitel **LGW-15. Disfunktional:Sofortige Beschwerde vom 01.11.2024 an Landgericht entgegen Bezeichnung nicht mehr zeitnah zu bewerten**
Inzwischen Eskalation des Klageverfahrens mit sofortiger Beschwerde zu Gegenklagen unter Leitung eines Richters für alle Fälle einschließlich Beschwerdefall und weitere skandalöse Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte im Rahmen einer verfassungswidrigen Unrechtsverkettung durch unsolidarische Kostentilgung der deutschen Einheit parallel zur Solidaritätszulage seit 1995 mit Eskalation zu skandalösen Staatsversagen
Weitere Kapitel LGW-16, **LGW-17** (Begründung vom 24.April 2025)
Letzte Kapitel-Übersichten (verkürzte Fassung) mit den Abkürzungen
AGV: an Amtsgericht Velbert
LGW: an Landgericht Wuppertal
BVERFG: an Bundesverfassungsgericht
> > >

Kapitel **AGV-13. Aus aktuellem Anlass:** Sieh nächste Seite

Prof. Dr. Horst Köhler * Dr. Johannes Rau * Dr. Bernhard Vogel
> Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten Köhler mit sofortiger Wirkung nach Eingang der Bitte des Klägers um Unterstützung zu Petitionen in 2010 an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag
> Ministerpräsident und später Bundespräsident Rau als Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf den Europäischen Congressmessen des Klägers mit mehrtägigen Congressen für Künstliche Intelligenz
> Ministerpräsident Vogel, erster Ministerpräsident als Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten auf den Europäischen Congressmessen des Klägers
Politisch motivierte Zerschlagungen des Klägers seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?
> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:
Kläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West

> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 01)

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Klägers: > > >

Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,*

Bundespräsident a.D.*, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin*
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, *verstorben am 27.Januar 2006*

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland *(1999-2004) Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH* ***1988****, der 5.Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen*
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Dr. Bernhard Vogel, *verstorben am 02.März 2025,*

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985,
Festredner auf der ONLINE'85 *in Düsseldorf*
> > > https://www.euro-online.de/1984.htm
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat. Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der ***Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel*** *als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.*

AGV-14. Erzwingung von Verzögerungsrügen mit Ausnahmebedingungen nach
Fortsetzung der Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter judikativer Verantwortung des Amtsgerichtes Velbert, Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2013:
> > > Verfassungswidrige Kontopfändungen
> für judikativem Boykott der 1. und 3.Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinziehungsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau (Anlage VE-14)
nach judikativem Boykott der 2.Klage am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15, 2 O 163/16)
nach judikativem Boykott der 1.Klage an den Verwaltungsgerichten Köln / Berlin
> für verfassungswidrige Sozialversicherungen.
> > > Rechtsmittel der Verzögerungsrüge gegen Amtsgericht Velbert gemäß §198 GVG nach ständigen Justizversagen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes und mit ständigem Richterboykott gegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG
wegen Verhinderung eines rechtsstaatlichen Mehrrichter-Verfahrens mit einem Einzel-Richter, der per Gesetz von der Verfahrensdurchführung ausgeschlossen ist.
> > > Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit enormen Staatsversagen nach
über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.
Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit Weltklasseleistungen, von Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive,
mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und wegen Rüge fortgesetzter und verfassungswidriger Rentenplünderungen auf Pfändungsschutzkonto, zeitgleich zu Klageverfahren mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage,
mit verfassungswidrigem Shitstorm einer Hassgemeinschaft.
Staatsanwaltliche Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit ausgewiesenen Weltklasseleistungen nach Art.34 GG gemäß Kapitel LGW-12
Klageverfahren seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010)
mit über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovations-Spitzenwachstum der Digitalisierung auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa bis 2001 (staatliche UMTS-Auktion 2000)

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
Enormes Justizversagen und enormes Staatsversagen
zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz ständiger Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011
Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz
unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010
> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt
> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4) unter Weisungsdruck des Bundeskanzleramts
> Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß:
mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten bis zum Limit ohne jeden Pfändungsbeschluss für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers und mit neuer Pfändung zu Richterboykott von Klageverfahren (Anlage VE-14),
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis und Weisungsdruck des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt,
dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,
> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz (BfJ), durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München, , durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Die detaillierten Ausführungen zum Schriftsatz mit Kapitel 164 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im Internet:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 361 / 364)
Beweiskräftige und informative
Legende des 2. Klageverfahren am Verwaltungsgericht Berlin seit 2014 mit Start am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin, weil nach erstem Klageverfahren auch für 2.Klageverfahren zuständig mit Kapitelnummerierung:
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung, enormes Staatsversagen)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 322)

Dies ist der Hintergrund zum Richterboykott am Verwaltungsgericht Berlin und zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen: Sieh
Anlagen VE-14
Verfassungswidrige Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen. Im Zusammenhang zu VE-14 a) und VE-14 d) ist auf private und persönliche Beziehungen des heutigen Bundespräsidenten und seiner Frau zum Verwaltungsgericht Berlin sowie auf seine persönliche Verantwortung als Kanzleramt-Chef zur UMTS-Aktion2000 hinzuweisen. Dies nur zum besseren Verständnis.
VE-14 a) Verfassungswidrige Pfändung zu Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit abschließenden Richterboykott zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren
VE-14 b) Erste Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 c) Zweite Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 d) Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zu VE-14 a)

Unverzügliche Rückerstattung verfassungswidriger
Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen wird eingefordert.

Erzwingung von Verzögerungsrügen mit Ausnahmebedingungen ist unvermeidbar: Sieh Anlage VE-15
Mit der Verzögerungsrüge soll endlich der Weg freigemacht werden für ein unabhängiges Mehrrichterverfahren ohne den Einfluss von weisungsgebundenen Staatsanwälten und
mit Priorität für Rehabilitierung und Schadenersatz.
Die Namensgebung im Zusammenhang mit der geplanten Familienstiftung soll gemäß
Besonderem Gedenken an
hochgeschätzte Bundespräsidenten und Ministerpräsidenten
ausgerichtet werden.

Sieh **Anlage WU-13. Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025**
mit den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417
BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,
die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können.
Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert einschließlich Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller Konsequenz zu bekämpfen:
Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google,
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa.
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren.
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)
Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:
2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)
Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht
mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)
Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010
mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):

Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung
> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz
> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,
> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)
> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für skrupellose Staatsanwälte
Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto und mit Hass im SCHUFA-Netz
Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023), - 0,2%(2024) > > > Kurswechsel mit KI
Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz Widerspruch
(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!
Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?
Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde)

BVERFG-417. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.
Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.
> KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 109)

Der Beschwerdeführer kämpft
gegen verfassungswidrige Hassverfahren weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und

für Fortsetzung des Klageverfahrens 10 C 234/24 am Amtsgericht Velbert als unabhängiges Mehrrichter-Verfahren, wie von Anfang an beantragt

Es ist brutal verfassungswidrig, dass die Beklagte, verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren und Hassverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer im 84.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und **es ist brutal verfassungswidrig,** wenn Gerichte in Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren.** Das ist totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren als unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 nach 26 Jahren Europäische Congressmessen in 2003 mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
ist hinreichend begründet. Die Bescheidung des zugehörigen Beschwerdeantrags ist mehrfach mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge, Rechtsmittel der Verzögerungsrüge und Verfassungsbeschwerde eingefordert.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und Schadenersatz endlich freigegeben wird. Bis heute hat das
Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution auf dem Weg in das KI-Zeitalter von Deutschland, Europa und weltweit!

Darüber hinaus aus aktuellem Anlass:

Mehrrichter-Verfahren angemessen, weil . . .
Staatsversagen mit verfassungswidrigem Übermaß bei Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Datenschutz-Skandal, Rentenplünderung-Skandal, Sozialer Zerschlagungen, verfassungswidrige Strafverfahren seit 2011 nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag gegen Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
mit professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement
Aus aktuellem Anlass: Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung ist eine Solidaritätsaufgabe, die heute noch nicht beendet ist.
Solidaritätszuschlag, 1995 eingeführt, ist verfassungsgemäß zuständig für Kosten der deutschen Wiedervereinigung (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26.03.2025)

Es ist hinreichend bekannt, dass der Auktionsbetrag der staatlichen UMTS-Auktion2000 im angewandten Auktionsverfahren zugunsten der Kostentilgung der deutschen Einheit maximiert wurde (über 100 Mrd DM bzw. **über 50 Mrd EURO**, weltweit größter Auktionsbetrag, der bei

Auktionen je erreicht worden ist). Anzugreifen sind die **Solidaritäts-widrigen Folgewirkungen** dieser Auktion, weil mit ihr ein gigantischer Markteingriff in den Innovationsbereich der Digitalbranche erzwungen wurde, zuerst mit Kapitalflucht ausländischer Geldgeber und anschließend inländischer Geldgeber und mit Projekt-Stopp für alle Innovationsprojekte auf Internet- und Mobilfunk-Basis. Dies war das Aus der digitalen Innovationselite in Deutschland wegen Kostentilgung der deutschen Einheit. Dies war das Aus für die Europäischen Congressmessen des Beschwerdeführers. **Der maximierte Auktionsbetrag wurde für die Kostentilgung der deutschen Einheit eingesetzt. Die betroffenen Opfer mussten nicht nur den rechtmäßigen Solidaritätszuschlag bezahlen, sondern die verfassungswidrigen und solidaritätswidrigen Folgewirkungen der für die Kostentilgung der deutschen Einheit maximierten Auktionsbetrag der UMTS-Auktion2000, die Zerschlagung ihrer Existenz-Grundlage aus einem herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen. Nur Schweigen und Verhindern von Rehabilitierung und Schadenersatz mit einer Richterlüge am Amtsgericht Velbert ist keine rechtsstaatliche Lösung.**
Dies war mit Sicherheit **nicht solidarisch** gegen viele Startups und gegen den Beschwerdeführer, die keinen Solidaritätsausgleich erhalten haben und eliminiert wurden.
Die CEBIT in Hannover hat einen Verlustausgleich von 250 Mio EUR von den staatlichen Anteilseigner erhalten, der von Lobbyisten der CEBIT gerne aufgebraucht wurde, ohne den Niedergang der CEBIT zu verhindern, weil sie nicht in der Lage waren, die
Weltklasse-Höchstleistungen des Beschwerdeführers für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz zu ersetzen.
Der Beschwerdeführer und sein Familienunternehmen haben keinen solidarischen Verlustausgleich erhalten, der nach wie vor einzufordern ist, einschließlich aller Schadenswirkungen bis heute, einschließlich der sozialen Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto bis zum Limit mit verfassungswidrigem Übermaß.
Staatsversagen ist, weil die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion20000 zu über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort missbraucht wurden, mit einer Hetze gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz. Sein Bruder war nicht einmal in der Digitalbranche tätig, wurde aber vom Beschwerdeführer verteidigt, auch nach seinem Freitod bis heute ohne Erfolg.

Sieh **Anlage VB-2430** aus Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier
Skandalöses Staatsversagen, von einem hochgeschätzten Bundesverfassungsgericht-Präsidenten „auf den Punkt gebracht“, ist hier noch viel schlimmer!

(aus Begründung vom 24.April 2025)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 80)
LGW-16. Stellungnahme (Punkte a bis m) zu Beschluss 10 C 234/24 des Amtsgericht Velbert vom 10.04.2025 in

Zusendung vom Landgericht Wuppertal mit Verfügung 16 T 256/24 vom 15.04.2025 (eingegangen am 23.04.2025) **und Zugehöriges Klage vom 03.10.2024 mit der Überschrift**
„ Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren“
umfasst die Kapitel AGV-01 und AGV-02 auf 141 Seiten inkl. Anlagen VE-01, VE-02, VE-03, VE-04, VE-05.
mit separater Beilage von 6 ISBN-nummerierten Congressbänden der ONLINE'84, Katalogen und Infomaterial „ONLINE unterm Funkturm“ als **Leihgabe** aus dem Congressmesse-Archiv (ONLINE1984, 2 Jahre vor der 1.CEBIT)

Skandalöses Staatsversagen
mit 5 Schwerpunkten Z1-Z5. . . sieh oben AGV-14 unter LGW-15
Kapitel 161 / Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg.
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
Totales Justiz-Versagen zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011
Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum

> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz
unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010
> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt
> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4) mit Weisungsbefugnis des Bundeskanzleramts
> Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5)
mit ständigen Bußgeldverfahren seit 2011
unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung

von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten vom Kanzleramtsminister,
> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Anzumerken ist eine Erinnerung des Beschwerdeführers an das weithin bekannte Justizverfahren mit ARD Doku
"Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie) in 2013: Der zuständige Rechtsanwalt erklärte öffentlich im Fernsehen: Er hätte sich längst abgewöhnt, in schwierigen Fällen eine Summe zu nennen, weil das einfach nicht möglich ist. Dies musste akzeptiert werden.
Der Beschwerdeführer hat für seinen Fall eine andere Überschrift:
In den Fängen von Justiz und Politik mit skandalösem Staatsversagen:
Nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz:
Zerschlagen für die solidaritätswidrige Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung und anschließend für Kostenanhäufung des Sozialstaats verfeuert!
Vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 nicht nur unter Hitler! Das ist keine „Nazi-Keule“, weil er das und vieles mehr wirklich erleben musste.
Vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit 1941 nicht nur unter Hitler, sondern auch unter Stalin!
Seine Frau musste mit Mutter und Geschwister im Bombenhagel der russischen Armee unter Stalin aus einem Vorort von Belgrad fliehen (Oktober 1944), hat später nach einer erfolgreichen akademischen Ausbildung an der Universität Freiburg den sicheren Job als Oberstudienrätin aufgegeben, um im Familienunternehmen des Beschwerdeführers die Leitung Innendienst einschließlich IT mit Unterstützung durch einen externen qualifizierten IT-Administrator zu übernehmen. Sie wurde genauso mit zerschlagen und mit verfeuert. .
Skandalöses Staatsversagen: Der deutsche Staat hat beiden, Beschwerdeführer und Ehefrau, nicht nur am Anfang ihres Lebens, sondern erneut nach 1998 (57 Jahre später) die Hölle und ihre Teufel gezeigt.

Der Ladetermin 11.06.2025 (10 C 286/24 Amtsgericht Velbert) ist völlig sinnlos, weil Unrecht gegen das Opfer von enormen Staatsversagen mit Unrecht gegen das Opfer aufgerechnet werden soll. Wie soll das denn gehen. Daher wird die unverzügliche Aufhebung des Ladetermins (11.06.2025) gefordert.

(m) Beschluss am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 vom 10.04.2025 ist wahrheitswidrig/rechtswidrig, bösartige Täuschung wegen Nutzung von Blockade und Verzögerung für Zwangsmaßnahmen, Richter-Boykott und Sabotage weisungsgebundener Staatsanwälte, brutal verfassungswidrig:
Beschluss eines Einzelrichters am Amtsgericht,
> der mit einer Richterlüge das Klageverfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz blockiert
> der mit seiner Person ein unabhängiges Mehrrichter-Verfahren blockiert
> der mit seiner Blockadehaltung und Informationsweitergabe zur Klage es weisungsgebundenen Staatsanwälten ermöglicht hat (rechtswidrige Gerichtsorganisation?), Rentenplünderung fortzusetzen und mit verfassungswidrigem Shitstorm weitere Verzögerungen durchzusetzen (Anlagen VE-14, Anlage VB-2431 (+ Anlage VE-14 e und VE-14 f))
> der selbst das Fehlen eines geeigneten Antrags im Beschluss bemängelt (Antrag leugnet), obwohl der Antrag schon in der Überschrift der Klage enthalten ist (Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit **Antrag** auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 01)
> der lieber weiter Verfahren der sozialen Zerschlagung mit einem Ladetermin fortsetzt, um Unrecht aus sozialer Zerschlagung mit weiterem Unrecht aus politisch motivierten Zerschlagungen, die ihn kaum interessieren, zu verrechnen
> der offensichtlich vom Landgericht Wuppertal gedeckt wird, dem selbst totales Justizversagen im Rahmen von enormen Staatsversagen vorzuhalten ist: zum Beispiel
> Richterboykott von Rehabilitierung und Schadenersatz Z1, Z2, Z4, Z5 (2 O 70/15 ff, 2 O 163/16)
> Verfassungswidrige Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto mit Plünderung von Rente und aller Zahlungseingänge bis zum Limit (7 O 214/12)
> Disfunktionale Beschwerde-Instanz als Dauerzustand (16.Zivilkammer)
> der längst informiert ist, dass politisch motivierte Zerschlagung einschließlich soziale Zerschlagung seit über 25 Jahren eine einzige Ursache haben:

(aus Begründung vom 24.April 2025)
LGW-17. Unabhängiges Mehrrichter-Verfahren angemessen, weil . . .
skandalöses Staatsversagen mit verfassungswidrigem Übermaß im Gefolge bei Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung mit katastrophalen Folgen nach verfassungswidriger UMTS-Auktion bis zum Rücktritt eines hochgeschätzten Bundespräsidenten, mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Datenschutz-Skandal, Rentenplünderung-Skandal, sozialen Zerschlagungen, mit verfassungswidrigen Strafverfahren, mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung seit 2011, mit Nonstop-Gerichtsverfahren in Berlin, in Bayern und in NRW, nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag mit Rücktritt des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler mit sofortiger Wirkung

als unterdrücktes Warnsignal vor Fortsetzung von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit, mit Niederschlagung gegen Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
mit professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement
Niederschlagung von Petitionen gegen weitere Familienmitglieder vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler und Stalin.
Aus aktuellem Anlass: Kostentilgung nach deutscher Wiedervereinigung ist eine Solidaritätsaufgabe, die heute noch nicht beendet ist.
Solidaritätszuschlag, 1995 eingeführt, ist verfassungsgemäß (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26.03.2025)
Maximierung des Auktionsbetrages der UMTS-Auktion2000 zur Kostentilgung der deutschen Einheit ohne solidarische Rücksichtnahme auf Familien-Unternehmen, Ihre Beteiligten und Angehörige, die diesen gigantischen Markteingriff in den Innovationsbereich der Digitalbranche nicht überstanden haben, ist verfassungswidrig, weil
Eliminierung der digitalen Innovationselite und
Zerschlagung der Europäischen Congressmessen mit den weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz und professionellem Wissensmanagement (bis heute ohne Vergleich),
Zerschlagung der Existenz-Grundlage mit der erzwungener Flucht in Pfändungsschutz-Konto, das nach wie vor ohne Rehabilitierung und Schadenersatz unverzichtbar ist.
Anträge.

Mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge wurde beantragt:
Unverzügliche Einstellung des absolut sinnlosen Ladetermins eines weiteren Verfahrens der sozialen Zerschlagung (sieh Anlage **VB-2436a zu Amtsgericht Velbert 10 C 286/24 mit gleichem Richter, mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge auch zu diesem Verfahren am Landgericht erteilt)**,
um mit einem unabhängigen Mehrrichter-Verfahren eines Rechtsstaates (einschließlich Sozialstaat) zu Rehabilitierung, Schadenersatz (Z1, Z2, Z3, Z4, Z5) gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG unterbrechungsfrei und verzögerungsfrei (siehe Verzögerungsrüge) fortfahren zu können.

Enormes Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit! Ohne Solidarität für die Opfer.

Wiederholter Hinweis ist offensichtlich notwendig:
ZPO-Rechtsanwendungen und andere Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.
Unabhängiges Mehrrichter-Verfahren ist mit Klageerhebung beantragt und wurde seitdem mehrfach angemahnt.

Velbert, 06.Juni 2025

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als die Zukunftsperspektive gepriesen, aber ohne Abhilfe
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Juni 2025

Anlage VB-2448: Anzugreifende Hoheitsakte des Landgerichts Wuppertal 16 T 256/24 / Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
a) Beschluss 16 T 256/24 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert) vom 08.05.2025 (eingegangen am 27.05.2025)
b) Verfügung 16 T 256/24 vom 12.05.2025 (eingegangen am 27.05.2025)
c) Verfügung 16 T 256/24 vom 15.04.2025 mit **Beschluss 10 C 234/24** Amtsgericht Velbert vom 10.04.2025 (beide eingegangen am 23.04.2025)

Anlagen im Schriftsatz vom 24.April 2025 an das Landgericht

Schriftsatz vom 15.03.2025 an das BVERFG mit
Anlage VB-2430
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage WU-16 / 16a
Zusendung des Amtsgerichtes Velbert 10 C 234/24 vom 10.02.2025 (eingegangen am 15.02.2025) mit Anforderung einer Stellungnahme binnen 2 Wochen:
Gesetzwidriger Versuch der Aufzwingung eines Befangenheitsverfahrens mit dienstlicher Äußerung des abgelehnten Einzelrichters anstatt gesetzlich geregeltem Richterausschluss wegen **Anspruch auf unabhängiges Mehrrichterverfahren mit Respektierung des Grundgesetzes** zur Klage gegen das Bundeskanzleramt mit Weisungsdruck auf weisungsgebundene Staatsanwälte, inzwischen mit Verfahrensfortschritt bis zur Verfassungsbeschwerde in einem Instanzen überschreitendem Verfahren zu grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung.
Anlage WU-16a: Verurteilung in einem simulierten Befangenheitsverfahren durch kollegialem Richter ohne den Betroffenen, der das Befangenheitsverfahren nicht beantragt hat und nicht daran beteiligt war.

Anlage VB-2431 mit Anlage VE-14 und VE-15
Rechtsmittel der Verzögerungsrüge mit Schriftsatz vom 10.März 2025:
Verzögerungsrüge unter Ausnahmebedingungen wegen Verzögerung der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens nach Art.34 GG
mit Eskalation von 2. Güteverfahren zu 4 Hassverfahren,
mit massiver Wahlbeeinflussung und Fortsetzung verfassungswidriger Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes.
AGV-13. Aus aktuellem Anlass:
Prof. Dr. Horst Köhler * Dr. Johannes Rau * Dr. Bernhard Vogel
> Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten Köhler mit sofortiger Wirkung nach Eingang der Bitte des Klägers um Unterstützung zu Petitionen in 2010 an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag
> Ministerpräsident und später Bundespräsident Rau als Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf den Europäischen Congressmessen des Klägers mit mehrtägigen Congressen für Künstliche Intelligenz
> Ministerpräsident Vogel, erster Ministerpräsident als Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten auf den Europäischen Congressmessen des Klägers
Politisch motivierte Zerschlagungen des Klägers seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:
Kläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West
AGV-14. Erzwingung von Verzögerungsrügen mit Ausnahmebedingungen nach
Fortsetzung der Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter judikativer Verantwortung des Amtsgerichtes Velbert, Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2013:
> > > Verfassungswidrige Kontopfändungen
> für judikativem Boykott der 1. und 3.Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinziehungsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau (Anlage VE-14)
nach judikativem Boykott der 2.Klage am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15, 2 O 163/16)
nach judikativem Boykott der 1.Klage an den Verwaltungsgerichten Köln / Berlin
> für verfassungswidrige Sozialversicherungen.
> > > Rechtsmittel der Verzögerungsrüge gegen Amtsgericht Velbert gemäß §198 GVG nach ständigen Justizversagen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes und
mit ständigem Richterboykott gegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG
wegen Verhinderung eines rechtsstaatlichen Mehrrichter-Verfahrens mit einem Richter, der per Gesetz von der Verfahrensdurchführung ausgeschlossen ist.
> > > Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit enormen Staatsversagen nach
über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.
Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit Weltklasseleistungen, von Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive,
mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und wegen Rüge fortgesetzter und verfassungswidriger Rentenplünderungen auf

Pfändungsschutzkonto, zeitgleich zu Klageverfahren mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage, mit verfassungswidrigem Shitstorm einer Hassgemeinschaft. Staatsanwaltliche Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit ausgewiesenen Weltklasseleistungen nach Art.34 GG gemäß Kapitel LGW-12
Klageverfahren seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-15 Anlage VB-2431
Verzögerungsrüge mit Ausnahmebedingungen gemäß vorstehenden Ausführungen in Kopie an das Bundesverfassungsgericht

Anlagen VE-14 Anlage VB-2431
Verfassungswidrige Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen. Im Zusammenhang zu VE-14 a) und VE-14 d) ist auf private und persönliche Beziehungen des heutigen Bundespräsidenten und seiner Frau zum Verwaltungsgericht Berlin sowie auf seine persönliche Verantwortung als Kanzleramt-Chef zur UMTS-Aktion2000 hinzuweisen. Dies nur zum besseren Verständnis.
VE-14 a) Verfassungswidrige Pfändung zu Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit abschließenden Richterboykott zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren
VE-14 b) Erste Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 c) Zweite Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto
VE-14 d) Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zu VE-14 a)
Anlagen im Schriftsatz vom 10.März 2025

erweitert mit
VE-14 e) Mehrfache Zurückweisung staatsanwaltlicher Rechnungen / Mahnung gemäß Verfassungsbeschwerde 2 BvR 413/25
VE-14 f) Abwehr erneuter Freiheitsberaubung gemäß Verfassungsbeschwerde 2 BvR 576/25

Anlage VB-2436: Erneute Verfassungsbeschwerde wegen Abwehr einer verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 (Anlage WU-13),
nach sofortiger Beschwerde vom 23.01.2025 (Anlage VB-2436 c)
nach Anhörungsrüge vom 20.02.2025 in Anlage VB-2436 b)
Anlage VB-2436 a) Nicht mehr nachvollziehbar
Ladungen in 2facher Ausfertigung ohne und mit Richterverfügung
Anlage VB-2436 b) mit Anlage 01FEB, Anlage WU-16, Anlage WU-15, Anlage WU-14, Anlage WU-14, Anlage VB-2428
Schriftsatz vom 20.02.2025 an Amtsgericht Velbert 10 C 286/24
Abwehr von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen (hier Kranken-Grundversicherung) am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24) mit
disfunktionaler Beschwerde-Instanz:**(Anlage 01FEEB)**

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO am Landgericht Wuppertal gegen **Amtsgericht Velbert 10 C 286/24**
mit Schriftsatz vom 19.02.2025 **(Anlage 01FEEB)**
nach Schriftsatz vom 20.01.2025 (mit
Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.)
mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)
ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte.
Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025.

Anlage WU-18:
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025
Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz bei
Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)
mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und 23.01.2025 und
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024 und 20.02.2025
mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025
mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa

Anlagen im Schriftsatz vom 23.Jan.2025

Anlage LG-12. Erweiterung mit c, d und e von
Anlage VB-2428: Verfassungswidriger Shitstorm
Eskalation von 2.Güteverfahren zu 4 Hassverfahren, **massive Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte**
a) 1.Hassverfahren: Seite 96 in Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
b) 2.Hassverfahren: Verfassungswidrigem Mahnverfahren 10 C 286/24 (Amtsgericht Velbert, eingegangen am 8.Jan.2025, 1 Tag später nach Einwurf des Schriftsatzes an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426)
Umfang: 26 Seiten, von denen 11 Seiten nicht lesbar sind.
Prozessleitende Verfügung zu verfassungswidrigem Mahnbescheid vor der Bundestagswahl ist anzufechten. Das Verfahren ist als massive Wahlbeeinflussung abzuweisen, weil der Beklagte nicht nur seine Stimme abgeben möchte, sondern aktiv am Wahlkampf teilnehmen möchte.
Beantwortung gemäß e)
c) Richter am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24), per Gesetz als Richter unzulässig, daher mit Ablehnungsgesuch, leugnet entgegen Zeugenaussage Unterschrift der Klageeröffnung nach Forderung zur Akteneinsicht, will ohne Beschwerde einfach weitermachen und kein unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zulassen: Schreiben vom 06.01.2025 (eingegangen am 10.01.2025).
d) 3.Hassverfahren: Richterin am Amtsgericht Mettmann (32 OWi 543 Js 77/24-46/24) leugnet entgegen vorliegender Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24) die Gültigkeit der Rechtsbeschwerde in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß (mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto, dieses wegen Schutz vor staatlichen Übergriffen mit monatlicher Rentenplünderung bis zum Limit, mit und ohne Verwendungszweck, mit und ohne Pfändungsbeschluss, . . .),
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind brutal verfassungswidrig!
Beantwortung wird termingerecht ausgeführt.
e) Beantwortung vom 20.01.2025 zu b) Verfassungswidriges Mahnverfahren 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert:
Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.)
mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)
Ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte
Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025, zu respektieren gemäß Art.20 Abs.4 GG.
Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde informiert.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 334)

Anlage WU-13. Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025
mit den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417.
mit Anlagen VB-2425, VB-2426 inkl. Anlagen VE-09, VE-10, VE-11
und VB-2427, VB-2428, VB-2429 auf Seite 19

BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,
die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können.
Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert einschließlich Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller Konsequenz zu bekämpfen:
Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google,
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa.
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)
Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:
2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)
Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht
mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)
Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010

mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung
> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz
> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,
> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)
> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für skrupellose Staatsanwälte
Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto und mit Hass im SCHUFA-Netz
Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023), - 0,2%(2024)
Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz Widerspruch
(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!
Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?
Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde)

BVERFG-417. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.
Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.
> KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa
Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 109)

Anlage VE-09
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 wegen Abwehr eines verfassungswidrigen, manipulierten 2.Güteverfahrens am Amtsgericht Velbert zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland
mit/nach Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen Urteile vom 19.März 2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, eines 1.Güteverfahren als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
mit Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11, Anlage VB-2415) und nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (AR 5755/24) gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-10
Schreiben vom 21.07.2023 an die Commerzbank AG mit Bitte um verständliche Erklärung, warum die belastenden Grundbuch-Eintragungen des ursprünglichen Hypotheken-Darlehen der EUROHYPO AG bis heute nicht gelöscht sind.
Das Schreiben mit Fax-Bestätigung wurde nicht beantwortet.

Anlage VE-11
Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16): Grundbucheintragungen sind kein Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen. Commerzbank (Bundesanteile) und weisungsgebundene Staatsanwälte verhindern Löschung der Grundbucheintragungen, obwohl alle Zahlungsverpflichtungen aus früherem Hypotheken-Darlehen erfüllt sind
a) Verfassungswidrige Einspruchsentscheidung des Finanzamt Landshut vom 15.03.2018 (Z2)
b) Einspruch vom 6.März 2018 gegen Finanzamt Landshut mit Zusendung an Commerzbank AG
c) Beschwerde an die Commerzbank AG vom 26.Feb.2018 mit Anlage des Schreibens vom 26.04.2016 an das Grundbuchamt des Amtsgericht Velbert
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-Bay01.pdf
Scroll down after link (page 21)

Anlage der Anhörungsrüge vom 15.Nov.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 01.11.2024

Anlage WU-07: Nachweis mit sowjetischem Kriegsdokument gemäß AGV-02
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Anlage WU-06: Brutal verfassungswidrig
Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters mit wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit mit Zielsetzung verfassungswidriger Rechtsanwendungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten in Gerichte übergreifenden Verfahren politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren gegen Rentner im 84. Lebensjahr
Anlage WU-06 a) Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters vom 17.10.2024 entgegen Antrag auf Mehrrichter-Verfahren mit **wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit** am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) u.a.
Anlage WU-06 b) Mitteilung des Sozialgerichts Düsseldorf (S 46 P 302/24) vom 25.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit **wiederholtem, verfassungswidrigem Mobbing** der RAe des Sozialversicherungsträgers in beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024
Anlage WU-06 c) Mitteilung des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024 mit Begründung zur **Beitragserhöhung vom 20.11.2020 zu verfassungswidriger Sozial-**

Grundversicherung (Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum **Schutz vor staatlichen Übergriffen mit Rentenplünderung-Skandal**

Anlagen der Klage vom 03.10. 2024:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,
Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen" verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit
Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche
Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001
Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für

verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine
Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer

skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.

an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164.** **Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:
Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)
als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt
BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010:**
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)
2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen,

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin
Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07
Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die **Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance**

gegen Umverteilungspolitik
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.
Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:
Rückblick 26 Jahre ONLINE:
> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage VB-2304:
27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Anlage OVG2021-02
Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014)
mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordnern
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 24)
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation:
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1
Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm
Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation
Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2
Europäische Congressmessen für digitale Evolution
mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …
Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**
Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"
Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**"
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis
Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg
Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)
Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004
Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004
Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik
Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf
Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf
Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf
Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf
Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf
Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf
Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf
Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf
Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf
Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf
Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf
Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes
Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf
Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf
Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlagen im Beweis-Ordner 4
Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik
Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration
> > > 32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt
Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:
1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
**Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)**
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen **mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Anlage OVG2021-03b:
2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:
3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:
4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld**
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:
5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:
6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit
Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
(Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:
7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet:
Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:
8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:
9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)
Anlage OVG2021-03j:
10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?
93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Anlage OVG2021-03k:
11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03l:
12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:
13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998,
20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als
Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:
14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,
mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz
wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:
15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)
Anlage OVG2021-03p:
16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:
17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Anlage OVG2021-03r:
18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!
121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:
19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:
20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:
21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:
22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:
23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.
132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019
mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheibchenweise bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann
Derart skandalös: Warum?
Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft
Politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste
scheibchenweise die ganze Wahrheit ausgraben
gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer
Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter
134. > 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter
Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten
21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz
9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!
Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist
Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf

Anlage OVG2021-03x:
24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung
über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn
136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden
Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne
137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68)
Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020
Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020
wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers
(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 241)
Anlage VGB2020-02
Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:
Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide
Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017
Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021
Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:
Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an politisch motivierter Sippenzerschlagung
VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007 Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung, seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)
VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Anlage OVG2021-06:
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018
Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)
> > > http://planning.euro-on line.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Bundespräsident antwortet nicht
trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden
trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung
nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).
Anlage VB-11
Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 77)
> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-0
Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Anlage VB-12
Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)
Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß
Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 34)
Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018
Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1

ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84
Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Amtsgericht Velbert
Klage gegen
Bundesrepublik Deutschland
10 C 234/24

Nedderstraße 40
42549 Velbert

Velbert, 28.Juli 2025

10 C 234/24 Amtsgericht Velbert
Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG
und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Hier: Einspruch gegen Verfügung eines Einzelrichters vom 15.07.2025) nach Gesuch vom 01.01.2025 auf gesetzlich geregelten Ausschluss von der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 ZPO Abs. 06./07./08. Eingegangen am 18.07.2025 mit förmlicher Zustellung ohne Eingangsdatum auf ockergelbem Briefumschlag.

Gemäß Zivilprozessordnung ist der Ausschluss von der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 ZPO Abs. 06./07./08. gesetzlich festgelegt. Eine Begründung, warum dem Kläger diese gesetzliche Regelung vorenthalten wird, ist nicht erkennbar. Das ist verfassungswidrig. Skandalös ist, dass ihm deswegen mit Missbrauch einer richterlichen Verfügung die Abweisung der Klage mit Kostenfolge durch Prozessurteil angedroht wird. Nach wie vor gilt:
Verweigerung von Schadenersatz seit Niederschlagung der Petitionen an den
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den
Bayerischen Landtag in München (2010),
mit Rücktritt eines hochgeschätzten Bundespräsidenten mit sofortiger Wirkung > > > www.euro-online.de
ist einzige Ursache für soziale Zerschlagungen seit dem 70.Lebensjahr, die mit Recht als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen zu beklagen sind.

Gegen das Urteil der sozialen Zerschlagung im Verfahren 10 C 286/24 zusammen mit der Verfügung 10 C 234/24 vom 15.07.2025 (eingegangen am 18.07.2025) wird das Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde angerufen, mit Übergabe der
Anlage VB-2456
Enormes Staatsversagen mit Einzelrichter-Skandal: Zurückweisung der verfassungswidrigen Verfügung eines Richters, der Wahrheit, Recht und Verfassung beugt,
der mit einer Richterlüge die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 (angeliefert am 16.10.2024) mit Antrag auf Mehrrichter-Verfahren blockiert, der soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß nicht erkennen kann (Anlage VB-2453), der mit einem Nicht-Abhilfe-Beschluss eine disfunktionale Beschwerdeinstanz ersetzen will, der Befangenheitsverfahren ohne Antrag und entgegen Beteiligung des Klägers durchführt, der **gesetzlichen Richterausschluss nach §41 ZPO Abs. 6./7./8.** nicht anerkennen will, der in früheren und andauernden Rechtszügen der sozialen Zerschlagungen mitgewirkt hat und mitwirkt, die jetzt beklagt werden müssen, weil soziale Zerschlagungen nur wegen Verweigerung von Schadenersatz in und nach Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag seit 2010 (70.Lebensjahr) und in mehrfachen Klagen seit 2011 an Verwaltungsgerichten und an ordentlichen Gerichten mit judikativem Boykott und mit judikativer Sabotage verursacht sind, dies bei andauernden Verfassungsbeschwerden,
der in der Sache aber weiter „fördern“ will. **Zu fördern** ist eine politisch unabhängige Justiz, die Grundrechte respektiert. Der Beschwerdeführer hat mit über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 nach einem herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen in Deutschland und Europa genügend gefördert, und das gezwungener Maßen **ohne Rechtsanwalt gegen** Nonstop-Gerichtsverfahren (Gerichte, Verfahren, Instanzen und Bundesländer übergreifend), weil er enormes Justizversagen und enormes Staatsversagen **mit Rechtsanwalt nicht** überstanden hätte, so wie sein Bruder am Geburtsort in Bayern, der in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod gehetzt wurde, dessen einziger Erbe der Beschwerdeführer ist. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und daher ohne Rechtskraft (verfassungswidrige Verfügung).

Der Kläger / Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagungen,

weil er die Fortsetzung seines Lebenswerkes intensiv angestrebt hat und sich mit Forderung auf Rehabilitierung und Schadenersatz dagegen gewehrt hat und sich den Rest seines Lebens dagegen wehrt (verfassungswidrige Verfügung in **Anlage VB-2456**).
Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 458)

Albin L. Ockl

Anlage liegt vor:

Anlage WU-12 (an Landgericht Wuppertal)
Fortsetzung der Klage nach Verfassungsbeschwerde vom 01.Dez.2024 mit Schriftsatz vom 01.Jan.2025.
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 297)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202-498-3504

Landgericht Wuppertal
Beschwerdegericht zu
10 C 234/24 Amtsgericht Velbert

Eiland 1
42103 Wuppertal

> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 265)

Velbert, 15.Aug.2025

Sofortige Beschwerde nach §567 ZPO gegen
10 C 234/24 Amtsgericht Velbert
Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG
und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Hier: Verfassungswidriges Verhalten des Amtsgerichtes ist nicht nur zurückzuweisen, sondern zu bekämpfen. Am Beispiel: Schreiben **10 C 234/24** vom 05.08.2025 (eingegangen am 08.08.2025) mit **Verfassungsbeschwerde gegen Urteil 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 20.07.2025** und mit **Sofortiger Beschwerde** wegen und gegen Beschluss-gleiche Mitteilung vom 05.08.2025 (eingegangen am 08.08.2025)

AGV-19. Zu bekämpfen: Verfassungswidriges Verhalten des Amtsgerichtes (Verfahren übergreifend) durch ständige Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten. Verfassungsbeschwerde gegen Urteil 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 20.07.2025 und gegen Missachtung des gesetzlich festgelegten Ausschluss der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 ZPO Abs. 06./07./08 in Verfahren 10 C 234/24 Unerträglich: Klagepunkte im Verfahren 10 C 234/24 mit verfassungswidrigem Urteil im Verfahren 10 C 286/24 ausgehebelt.

Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025
mit den Kapiteln BVERFG-424 und BVERFG-425:

BVERFG-424: Faktenlage August 2025
Beschwerde-Führer:
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit über 25 Jahren.
Kostenopfer der deutschen Einheit, erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 im August 2000 (25 Jahre Gedenken im August 2025) mit weltweit größtem, für Kostentilgung der deutschen Einheit maximiertem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR), mit verheerenden, enorm solidaritätswidrigen Auswirkungen eines gigantischen Markteingriffs auf sein Lebenswerk im 60. Lebensjahr, mit Totalverlust seines Unternehmens: Familienunternehmen mit
Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
Nach 2003: Intensive Bemühungen um Wiederaufbau seines Familien-Unternehmens
Chancenlos wegen politisch motivierter Zerschlagungen
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
Nach Aufbrauch ansehnlicher Altersrücklagen in 2010 (70.Lebensjahr) und hohen Bankschulden:
Erzwungene Einstellung der Beitragszahlungen im 70.Lebensjahr an soziale Versicherungen des Klägers und
Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und
an den Bayerischen Landtag in München
Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten mit sofortiger Wirkung
unmittelbar nach Bitte um Unterstützung seiner Petition im Mai 2010
> > > https://www.euro-online.de
Nach Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011:
Sofortige Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz:
https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf
Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von Sozialversicherungen sind ausschließlich durch Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz verursacht.

2012: Bruder des Beschwerdeführers hält der Hetzjagd durch die Bayerische Staatsregierung mit Staatsminister Söder nicht Stand und erlöst sich mit Freitod. Beschwerdeführer ist einziger Erbe mit Nachlass-Insolvenz. Beschwerdeführer unterstützte den juristischen Abwehrkampf seines Bruders seit Frühjahr 2010
> > > http://www.damwild-ockl.de/
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal
wegen politisch motivierter Zerschlagungen
2 O 70/15 Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
2 O 163/16 Politisch motivierte Zerschlagungen am Geburtsort
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BAYZER01.pdf
Politisch motivierte Zerschlagung unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks am Verwaltungsgericht Düsseldorf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/WDR2023-0.pdf
Scroll down after link (page 001/076)
Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal und am Verwaltungsgericht Düsseldorf: Vom Verwaltungsgericht Berlin per Beschluss fortgesetzt
OVG 11 RM 3/23 (OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)
Nach judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
> Klage vom 03.10.2024 wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren:
10 C 234/24 Amtsgericht Velbert
AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen und skandalösen Richterboykott & Richtersabotage wegen Abscheu vor Auseinandersetzungen mit enormen Staatsversagen.
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 6.Juni 2025 (Fax vom 10.06.2025) mit
Anlage VB-2448 (2 BvR 925/25)
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten Hans-Jürgen Papier (2002-2010)
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)
mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr (Z5).
> Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010) (im Alter von 70 Jahren, über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Übermaß: Datenschutz-Skandal, Rentenplünderung-Skandal (im Alter von über 80 Jahren auf Pfändungsschutzkonto), mehrfache Freiheitsberaubung mit ständiger Androhung der Wiederholung, . . .
zu verfassungswidrigen Renten-Plünderungen seit 2021 (im Alter von 80 Jahren auf Pfändungsschutzkonto bis zum Pfändungslimit ohne „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen),
ohne Respektierung der Grundrechte als Voraussetzung für Rechtsanwendungen gemäß Art.20 GG mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-425. Wir trauern um > > > www.euro-online.de
Hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Enormes Staatsversagen mit enormen Justizversagen mit verfassungswidrigem Übermaß:
Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24)
Kostenopfer der deutschen Einheit zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert! Mit sozialer Zerschlagung! Mit verfassungswidrigem Übermaß!
Aus Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025:
2 BvR 818/25, 2 BvR 819/25, 2 BvR 925/25, 2 BvR 989/25, 2 BvR xxxx/25
> Definitiv: Aufgezwungene Sonderlösungen für soziale Grundversicherungen, ohne gesicherten Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, ohne Einspruchsmöglichkeit u.a. sind im höchsten Maße diskriminierend und disfunktional.
Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von Sozialversicherungen sind ausschließlich durch Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz verursacht.
Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) mit Fortsetzung einer verfassungswidrigen Verfügung:
Einzelrichter, mit
gesetzlichen Richterausschluss nach §41ZPO Abs.6./7./8.
droht per Verfügung mit Kosten und Verurteilung, wenn Klage gegen Bundeskanzleramt (Bundesregierung / Bundesrepublik Deutschland) nicht zurückgenommen wird.
Einzelrichter will Grundrechte nicht respektieren, weil:
Beschwerdeführer, mit Weltklasse-Höchstleistungen und professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa
Kostenopfer der deutschen Einheit, erzwungen mit staatlicher UMTS-Skandalauktion 2000 / Gigantischer Markteingriff (August 2025: 25 Jahre Gedenken), weil Weltklasse-Höchstleistungen mit flächendeckender Crossmedia-Werbung höchst attraktiv für internationales und nationales Kapital, abgegriffen mit
Maximierung des Auktionsbetrages zugunsten der Kostentilgung der deutschen Einheit,

höchst solidaritätswidrig für Opfer des gigantischen Markteingriffs, die bis heute politisch motivierte Zerschlagungen mit kaum vorstellbarem Ausmaß ertragen müssen:
Enormes Staatsversagen: Gerichte / Verfahren / Instanzen übergreifend,
Kostenopfer der deutschen Einheit deformiert zu Kostenopfer des Sozialstaats mit sozialen Zerschlagungen
mit diskriminierenden und disfunktionalen Grundversicherungen, mit Solidaritätsverweigerung bei Kostentilgung der deutschen Einheit, ohne Rehabilitierung, mit Verweigerung von angemessenem Schadenersatz als einzige Ursache für soziale Zerschlagungen seit 2010, mit
Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag, mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, mit disfunktionaler Beschwerde-Instanz), an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten, mit verfassungswidrigem Übermaß
mit judikativem Boykott und mit Sabotierung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
> Definitiv: Absichtliche Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011, um soziale Zerschlagungen fortsetzen zu können: Judikativer Boykott und Sabotage, staatsanwaltliche Sabotage mit Bußgeldverfahren seit 2011
> Klage wegen sozialer Zerschlagungen (Z4): Seit langem bekannt, erhärtet wegen Verweigerung von Schadenersatz, bis heute ohne Begründung zurückgewiesen, Schadenersatz wegen sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5) als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen wird beklagt.
Anzugreifende Hoheitsakte im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal (Gerichte, Verfahren und Instanzen übergreifend) mit Skandalbeteiligung und staatsanwaltlicher Sabotage politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 107)

AGV-20. Besorgnis: Eskalation des Einzelrichter-Skandal zu Amtsgericht-Skandal
Amtsgericht-Direktor beteiligt an Befangenheitsverfahren, das ohne Beteiligung und ohne Antrag des Klägers mit Blockade des gesamten Verfahrens aufgezwungen wurde (Blockade mit schriftlicher Richterlüge).
Pfändungsschutz-Konto des Klägers zum Schutz vor staatlichen Übergriffen ohne Kreditmöglichkeiten für Kostenvorschuss zu Gerichtsverfahren
ohne sicheren Zugang zu Versicherungsleistungen des Sozialversicherungsträgers
nach Rentenplünderung-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte für Rechtsanwaltskosten aus verfassungswidrigen Urteil 7 O 214/12 der Krankenversicherung u.a.
Verweigerung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
gemäß beschlussgleicher, Opfer verhöhnender Mitteilung 10 C 234/24 ohne Respektierung von Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.) und grundrechtsgleichen Rechten
Judikativer Boykott der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal
wegen politisch motivierter Zerschlagungen
2 O 70/15 Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
2 O 163/16 Politisch motivierte Zerschlagungen am Geburtsort
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BAYZER01.pdf
Parallel zu Petitionen (2010-2011) an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010):
Erzwingung des Zwangsverkaufs des Geschäftshauses mit 6 T 296/11 Landgericht Wuppertal (14 K 14/11 AG Velbert)
Geschäftshaus: Denkfabrik und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum (Anlage WU-19)
Bis 2000: Aufbau einer voll digitalisierten Organisationsbasis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Hochqualifizierte Existenzgrundlage des Klägers und seiner Familie mit Weltklasse-Höchstleistungen und mit professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa,
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit weltweit größtem Congressangebot, mit hochqualifizierten Referenten, mit flächendeckender Crossmedia-Besucherwerbung für das komplette Programm:
äußerst attraktiv für internationales Kapital,
unwiderstehlich für eine Bundesregierung mit hohem Kostendruck wegen Kostentilgung der deutschen Einheit:
Vorstehende Kostentilgung ist eine Solidaritätsaufgabe für alle Staatsbürger(innen) und nicht mit politisch motivierter Zerschlagung.
Ausgangssituation der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im August 2000! Enorm solidaritätswidrig für Kostenopfer der deutschen Einheit: Digitale Innovationselite inkl. ihrer Denk- und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum.
Kostenopfer der deutschen Einheit: Aus für Europäische Congressmessen, weil nur noch mit hohen Verlusten durchführbar in 2002, 2003.

Verweigerung jeglicher Kommunikation mit Bundesregierung wegen Fortsetzung der Congressmessen (Brandmauer). Polit-Magazine des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Berichte über unglaubliche Vorgänge gesperrt unter Verantwortung der WDR-Justitiarin und Stv. Intendantin des WDR (1997/2008-2022): Kontrollierte Redaktionssperre! Nachgewiesen am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Verwaltungsgericht Berlin.

AGV-21. Kostenopfer der deutschen Einheit:
Europäische Congressmessen auf dem Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit im Jahr 2000 / 2021 inkl. Unternehmen und Geschäftshaus
Zerschlagung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 und den verheerenden Folgewirkungen eines gigantischen Markteingriffs unter Schröder / Steinmeier.
Absichtliche Maximierung des Auktionsvolumen zugunsten der Kostentilgung der deutschen Einheit, enorm solidaritätswidrig für Beteiligte des digitalen Innovationsmarktes (mit Ausnahme der CEBIT und ihrer Lobbyisten: Verlustausgleich von 250 Mio €)
>>> August 2025: 25 Jahre Gedenken an UMTS-Auktion 2000
Anlage 2.02: Innovationswende 2000 – 2003 (Internet-Doku)
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Solidaritätswidriger Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6)
Judikative Sperre am Amtsgericht Velbert:
Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren
Aufzuarbeiten: (Bitte nicht mit Einzelrichter am Amtsgericht)
Beteiligung des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten in den Gerichtsverfahren
6 T 296/11, 7 O 214/12, 2 O 70/15, 2 O 163/16
Bis dato: Kläger hat nur 1 Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, ohne Kreditfähigkeit, ohne Überziehungsmöglichkeit und ohne Kreditkarte.

Hier: Antrag der Übernahme aller Kosten durch die Beklagte.
Sofortige Beschwerde gegen Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 05.08.2025

Anlage VE-18
Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 05.08.2025 (10 C 234/24, eingegangen am 08.08.2025 über Versagung von rechtlichem Gehör, verfassungswidrig gemäß Art.103 Abs.1 GG). Außerdem verfassungswidrig: Rechtsanwendungen von ZPO und GKG ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig). Enormes Justizversagen nach Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011.

Anlage VB-2456 (Anlage in Verfassungsbeschwerde, Anlage VE-17)
Enormes Staatsversagen mit Einzelrichter-Skandal:
Zurückweisung der verfassungswidrigen Verfügung eines Richters, der Wahrheit, Recht und Verfassung beugt,
der mit einer Richterlüge die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 (abgeliefert am 16.10.2024) mit Antrag

auf Mehrrichter-Verfahren blockiert hat, der soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß nicht erkennen kann (Anlage VB-2453), der mit einem Nicht-Abhilfe-Beschluss eine disfunktionale Beschwerdeinstanz ersetzen will, der Befangenheitsverfahren ohne Antrag und entgegen Beteiligung des Klägers durchführt, der gesetzlichen Richterausschluss nach §41 ZPO Abs. 6./7./8. nicht anerkennen will, der in früheren Rechtszügen der sozialen Zerschlagungen mitgewirkt hat, die jetzt beklagt werden werden müssen, weil soziale Zerschlagungen nur wegen Verweigerung von Schadenersatz in Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag seit 2010 und in mehrfachen Klagen seit 2011 an Verwaltungsgerichten und an ordentlichen Gerichten verursacht sind,
dies bei andauernder Verfassungsbeschwerde, der in der Sache aber weiter „fördern“ will. **Zu fördern** ist eine politisch unabhängige Justiz, die Grundrechte respektiert. Der Beschwerdeführer hat mit über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 nach einem herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen in Deutschland und Europa genügend gefördert, und das gezwungener Maßen **ohne Rechtsanwalt gegen** Nonstop-Gerichtsverfahren (Gerichte, Verfahren, Instanzen und Bundesländer übergreifend), weil er enormes Justizversagen und enormes Staatsversagen **mit Rechtsanwalt nicht** überstanden hätte, so wie sein Bruder am Geburtsort in Bayern, dessen einziger Erbe der Beschwerdeführer ist. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und daher ohne Rechtskraft (verfassungswidrige Verfügung). **Der Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierter Zerschlagung einschließlich sozialer Zerschlagungen**, weil er sich mit Forderung auf Rehabilitierung und Schadenersatz dagegen gewehrt hat und sich den Rest seines Lebens dagegen wehrt.(Verfassungswidrige Verfügung 10 C 234/34 vom 15.07.2025 in Anlage VB-2456).

Anlage VB-2457 (Anlage in Verfassungsbeschwerde, Anlage VE-17) Einspruch gegen Verfügung eines Einzelrichters in Anlage VB-2456 nach Gesuch vom 01.01.2025 auf gesetzlich geregelten Ausschluss von der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 ZPO Abs. 06./07./08 wegen

grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren
im Umfeld von: (Anlage VB-2456)
Enormes Staatsversagen mit Einzelrichter-Skandal: Zurückweisung der verfassungswidrigen Verfügung eines Richters, der Wahrheit, Recht und Verfassung beugt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 262)
Anlage WU-19: Kostenopfer der deutschen Einheit
Ehemaliges Geschäftshaus seit 1982: Denkfabrik und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum (Anlage WU-19)
Bis 2000: Aufbau einer voll digitalisierten Organisationsbasis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Hochqualifizierte Existenzgrundlage des Klägers und seiner Familie mit Weltklasse-Höchstleistungen und mit professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa,

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit weltweit größtem Congressangebot, mit hochqualifizierten Referenten, mit flächendeckender Crossmedia-Besucherwerbung für das komplette Programm
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf
Erzwingung des Zwangsverkaufs des Geschäftshauses mit
6 T 296/11 Landgericht Wuppertal (14 K 14/11 AG Velbert)

Antrag der Klage seit 3.10.2024 auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren ***gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren***

Der Kläger / Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagungen,

weil er die Fortsetzung seines Lebenswerkes intensiv angestrebt hat und sich mit Forderung auf Rehabilitierung und Schadenersatz dagegen gewehrt hat und sich den Rest seines Lebens dagegen wehrt (verfassungswidrige Verfügung in **Anlage VB-2456**).
Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 265)

Velbert, 15.Aug.2025

Albin L. Ockl

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Unterzeichners in dankbarer Erinnerung: > > >

Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,*

Bundespräsident a.D.*, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin*
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, *verstorben am 27.Januar 2006*

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland *(1999-2004) Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH* ***1988****, der 5.Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen*
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Dr. Bernhard Vogel, *verstorben am 02.März 2025,*

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985,
Festredner auf der ONLINE'85 *in Düsseldorf*
> > > https://www.euro-online.de/1984.htm
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat. Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der ***Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel*** *als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.*

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage VE-17
Verfassungsbeschwerde gegen Urteil am Amtsgericht Velbert Urteil10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 02.07.2025
(eingegangen am 11.07.2025): **Anlage VB-2453**
Politisch motivierte Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und danach Kostenstau des Sozialstaats
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage VE-18
Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 05.08.2025 (10 C 234/24, eingegangen am 08.08.2025 über Versagung von rechtlichem Gehör, verfassungswidrig gemäß Art.103 Abs.1 GG). Außerdem verfassungswidrig: Rechtsanwendungen von ZPO und GKG ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig). Enormes Justizversagen nach Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011.

Anlage VB-2456 (Anlage in Verfassungsbeschwerde, Anlage VE-17)
Enormes Staatsversagen mit Einzelrichter-Skandal: Zurückweisung der verfassungswidrigen Verfügung eines Richters, der Wahrheit, Recht und Verfassung beugt,
der mit einer Richterlüge die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 (abgeliefert am 16.10.2024) mit Antrag auf Mehrrichter-Verfahren blockiert hat, der soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß nicht erkennen kann (Anlage VB-2453), der mit einem Nicht-Abhilfe-Beschluss eine disfunktionale Beschwerdeinstanz ersetzen will, der Befangenheitsverfahren ohne Antrag und entgegen Beteiligung des Klägers durchführt, der gesetzlichen Richterausschluss nach §41 ZPO Abs. 6./7./8. nicht anerkennen will, der in früheren Rechtszügen der sozialen Zerschlagungen mitgewirkt hat, die jetzt beklagt werden werden müssen, weil soziale Zerschlagungen nur wegen Verweigerung von Schadenersatz in Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag seit 2010 und in mehrfachen Klagen seit 2011 an Verwaltungsgerichten und an ordentlichen Gerichten verursacht sind,
dies bei andauernder Verfassungsbeschwerde, der in der Sache aber weiter „fördern“ will. **Zu fördern** ist eine politisch unabhängige Justiz, die Grundrechte respektiert. Der Beschwerdeführer hat mit über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 nach einem herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen in Deutschland und Europa genügend gefördert, und das gezwungener Maßen **ohne Rechtsanwalt gegen** Nonstop-Gerichtsverfahren (Gerichte, Verfahren, Instanzen und Bundesländer übergreifend), weil er enormes Justizversagen und enormes Staatsversagen **mit Rechtsanwalt nicht** überstanden hätte, so wie sein Bruder am Geburtsort in Bayern, dessen einziger Erbe der Beschwerdeführer ist. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und daher ohne Rechtskraft (verfassungswidrige Verfügung). **Der Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierter Zerschlagung einschließlich sozialer Zerschlagungen**, weil er sich mit Forderung auf Rehabilitierung und Schadenersatz dagegen gewehrt hat und sich den Rest seines Lebens dagegen wehrt.(Verfassungswidrige Verfügung 10 C 234/34 vom 15.07.2025 in Anlage VB-2456).

Anlage VB-2457 (Anlage in Verfassungsbeschwerde, Anlage VE-17)
Einspruch gegen Verfügung eines Einzelrichters in Anlage VB-2456 nach Gesuch vom 01.01.2025 auf gesetzlich geregelten Ausschluss von der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 ZPO Abs. 06./07./08
wegen
grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren
auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren
im Umfeld von: (Anlage VB-2456)
Enormes Staatsversagen mit Einzelrichter-Skandal: Zurückweisung der verfassungswidrigen Verfügung eines Richters, der Wahrheit, Recht und Verfassung beugt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 262)

Anlage WU-19: Kostenopfer der deutschen Einheit
Ehemaliges Geschäftshaus seit 1982: Denkfabrik und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum (Anlage WU-19)
Bis 2000: Aufbau einer voll digitalisierten Organisationsbasis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Hochqualifizierte Existenzgrundlage des Klägers und seiner Familie mit Weltklasse-Höchstleistungen und mit professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa,
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit weltweit größtem Congressangebot, mit hochqualifizierten Referenten, mit flächendeckender Crossmedia-Besucherwerbung für das komplette Programm
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf
Erzwingung des Zwangsverkaufs des Geschäftshauses mit
6 T 296/11 Landgericht Wuppertal (14 K 14/11 AG Velbert)

Anlage liegt vor:

Anlage WU-12 (an Landgericht Wuppertal)
Fortsetzung der Klage, als Mehrrichter-Verfahren beantragt nach Verfassungsbeschwerde vom 01.Dez.2024 mit Schriftsatz vom 01.Jan.2025.
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 297)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
Seit 2000: Kostenopfer der deutschen Einheit
2010: Niederschlagung der Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag mit Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten **Prof. Dr. Horst Köhler**
Zerschlagung der Unternehmensgruppe Ockl
Enormes Staatsversagen ohne Perspektive

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202-498-3504

Landgericht Wuppertal
16 T 169/25

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 22.Okt.2025

Hier: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen verfassungswidrige Beschwerdeinstanz:
Sofortige Beschwerde vom 15.Aug.2025 gemäß §567 ZPO gegen 10 C 234/24 Amtsgericht Velbert mit verfassungswidriger Reduzierung auf Rechtsbeschwerde und Missbrauch überlanger Beschwerdedauer mit verfassungswidrigen Shitstorm
Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren mit ständig wiederholtem Antrag auf und gemäß
grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 278)

LGW-22. In Gedenken an
35 Jahre deutsche Einheit: 3.Okt.2025
August 2025: 25 Jahre UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen > > > Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
Enormes Staatsversagen unter Kostendruck der deutschen Einheit und sein Opfer: hier Berufungskläger
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr des heutigen Tech-Giganten GOOGLE unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz (1998: Deutschland auf Augenhöhe mit USA)
Seit 1998: 3.Lebensabschnitt des Opfers
Europäische Congressmessen im Zenit ihrer Leistungsfähigkeit bis zur staatlichen UMTS-Aktion 2000, katastrophaler Einbruch in 2002, Aus in 2003
Kampf gegen politisch motivierte Zerschlagungen unter Kostendruck der deutschen Einheit, unter Beteiligung aller Staatsorgane, ihrer Ämter, Behörden und Institutionen des öffentlich-rechtlichen Bereichs (Öffentlich-rechtlicher Rundfunk), unter Beteiligung der Bundesländer
> > > Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR in Straßburg (22.02.2012).
Faktenlage: Aushebelung des Solidaritätsprinzips (Basis des Grundgesetzes) bei Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung > > >
> Kostenopfer der deutschen Einheit
> Zerschlagungsopfer der deutschen Einheit
> Justizopfer der deutschen Einheit
> Zerschlagungsopfer des Deutschen Bundestags (2010-2011) und des Bayerischen Landtags (2010-2011), Petitionsgrundrecht 2mal massiv ausgehebelt nach Zerschlagung
> Bis zum 70.Lebensjahr (2010): Sozialversicherungen auf hohem Niveau, danach soziale Zerschlagung! Opfer war wehrlos, weil
> unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
Gerichte, Instanzen und Behörden übergreifend > Enormes Justizversagen > > > Enormes Staatsversagen
gemäß öffentlicher Stellungnahme (Anlage VB-2430+) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Anhörungsrüge überfällig wegen disfunktionaler Beschwerdeinstanz am Landgericht > > >
Missbrauch der Beschwerdeinstanz mit Reduzierung der sofortigen Beschwerde zu verfassungswidrigen Rechtsbeschwerden
mit verfassungswidriger Verlängerung der sofortigen Beschwerde mit überlanger Beschwerdedauer und deren Missbrauch für verfassungswidrigen Shitstorm durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (hier Beschwerdeinstanz der Klage)
trotz ausführlicher Informationen über Beschwerdegründe zu über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen gegen Kostenopfer und Zerschlagungsopfer für Kostentilgung der deutschen Einheit (seit 2000),
mit absichtlicher Verweigerung des grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG),
um Intensivierung der sozialen Zerschlagung mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 durchzusetzen,

daher Schadenersatz wegen sozialer Zerschlagung am Sozialgericht und am Amtsgericht eingeklagt (Z4) mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5)!
nach verfassungswidriger Niederschlagung von Doppel-Petitionen (2010, Petitionsgrundrecht 2mal massiv ausgehebelt) an Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag
> mit demonstrativen Rücktritt des deutschen Bundespräsidenten im Mai 2010, demonstrativ mit sofortigem Rücktritt nach Bitte um Unterstützung der Petitionen,
> jetzt mit Einwendungen bei Generalstaatsanwältin in Düsseldorf, wegen verfassungswidrigem Übermaß (Z5),
fortgesetzt mit Opfer verhöhnenden Bescheid der Staatsanwälte Wuppertal, für deren Treiben
die Generalstaatsanwältin keine Verantwortung übernehmen will,
> jetzt mit Einwendungen bei Intendantin des Westdeutschen Rundfunks gegen Michel-Skandal nach Schlesinger-Skandal,
jetzt mit Klage-Reaktivierung der politisch motivierten Zerschlagung unter Beteiligung des öffentlich rechtlichen Rundfunks (Z3, Michel-Skandal)
> mit demonstrativen Rücktritt der ARD-Vorsitzenden und WDR-Intendantin im Jan.2013, zuerst aus persönlichen Gründen, demonstrativ nach mehrfachem Briefwechsel zu Kampf gegen Niederschlagung der Doppel-Petitionen (2010),
heute nach erzwungener Odyssee durch die deutsche Justiz aktuell beklagt am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24,
von Beginn der Klage gegen Einzelrichter-Veranstaltung am Amtsgericht Velbert mit staatsanwaltlicher Sabotage durch verfassungswidrigem Shitstorm, daher
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge
wegen Nicht-Abhilfe der sofortigen Beschwerde und gegen verfassungswidrigen Nicht-Abhilfe-Beschluss durch Einzelrichter am Amtsgericht, der eigentlich nur Verfahren gegen das Opfer sozialer Zerschlagung durchführen will (10 C 286/24), wobei soziale Zerschlagung ausschließlich durch Niederschlagung der Doppel-Petitionen (2010) unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin (2005-2021) verursacht wurde, und
dessen Nichtabhilfe-Beschluss von der 16.Zivilkammer eigentlich nicht zu bestätigen, sondern zu bekämpfen ist,
trotz ständiger Anmahnung eines von Anfang an beantragten Mehrrichter-Verfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten vom Chef des Bundeskanzleramtes!
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge

Veranlassung: Schreiben vom 02.09.2025 (16 T 169/25, eingegangen am 11.09.2025) ohne Abhilfe-Beschluss zu **sofortiger Beschwerde** vom 15.Aug.2025 und mit begründeter Besorgnis weiterer Sabotage durch verfassungswidrigem Shitstorm **der Staatsanwälte Wuppertal, weil:**
> verfassungswidriger Missbrauch überlanger Beschwerdedauer der letzten sofortigen Beschwerde vom 01.Nov.2024 bis 27.05.2025 (eingegangen Beschluss 16 T 256/24, 10 C 234/24)
> verfassungswidriger Missbrauch zur Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandals mit verfassungswidrigem Missbrauch des Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch Amtsgericht Spandau
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1002/25 bis heute ohne Abhilfe)
Verfassungswidriges Verhalten des Amtsgerichtes ist nicht nur zurückzuweisen, sondern zu bekämpfen. Am Beispiel:

Schreiben **10 C 234/24** vom 05.08.2025 (eingegangen am 08.08.2025) mit
> **Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025 (2 BvR 1322/25) gegen Urteil 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert** (und mit
Sofortiger Beschwerde wegen und gegen Beschluss-gleiche Mitteilung vom 05.08.2025 (eingegangen am 08.08.2025)

AGV-19. Zu bekämpfen: Verfassungswidriges Verhalten des Amtsgerichtes (Verfahren übergreifend) durch ständige Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten. Verfassungsbeschwerde gegen Urteil 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 20.07.2025 und gegen Missachtung des gesetzlich festgelegten Ausschluss der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 ZPO Abs. 06./07./08 in Verfahren 10 C 234/24 Unerträglich: Klagepunkte im Verfahren 10 C 234/24 mit verfassungswidrigem Urteil im Verfahren 10 C 286/24 ausgehebelt.

Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025 (2 BvR 1322/25)
mit den Kapiteln BVERFG-424 und BVERFG-425:

BVERFG-424: Faktenlage August 2025
Beschwerde-Führer: Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit über 25 Jahren.
Kostenopfer der deutschen Einheit,
erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000
im August 2000 (25 Jahre Gedenken im August 2025)
mit weltweit größtem, für Kostentilgung der deutschen Einheit maximiertem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR), mit verheerenden, enorm solidaritätswidrigen Auswirkungen eines gigantischen Markteingriffs auf sein Lebenswerk
im 60. Lebensjahr, mit Totalverlust seines Unternehmens:
Familienunternehmen mit
Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
Nach 2003: Intensive Bemühungen um Wiederaufbau seines Familien-Unternehmens
Chancenlos wegen politisch motivierter Zerschlagungen
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
Nach Aufbrauch ansehnlicher Altersrücklagen in 2010
(70.Lebensjahr) und hohen Bankschulden:
Erzwungene Einstellung der Beitragszahlungen im 70.Lebensjahr an soziale Versicherungen des Klägers durch Niederschlagung der Doppelpetitionen:
Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und
an den Bayerischen Landtag in München
Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten, demonstrativ mit sofortiger Wirkung unmittelbar nach Bitte um Unterstützung seiner Petition im Mai 2010
> > > https://www.euro-online.de

Nach Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011: Sofortige Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz, bis heute sabotiert und boykottiert:
https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf
Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von Sozialversicherungen sind ausschließlich durch Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz verursacht.
2012: Bruder des Beschwerdeführers hält der Hetzjagd durch die Bayerische Staatsregierung mit Staatsminister Söder nicht Stand und erlöst sich mit Freitod. Beschwerdeführer ist einziger Erbe mit Nachlass-Insolvenz. Beschwerdeführer unterstützte den juristischen Abwehrkampf seines Bruders seit Frühjahr 2010
> > > http://www.damwild-ockl.de/
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal wegen politisch motivierter Zerschlagungen:
2 O 70/15 Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
2 O 163/16 Politisch motivierte Zerschlagungen am Geburtsort
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BAYZER01.pdf
Politisch motivierte Zerschlagung unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks am Verwaltungsgericht Düsseldorf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/WDR2023-0.pdf
Scroll down after link (page 001/076)
Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal und am Verwaltungsgericht Düsseldorf: Vom Verwaltungsgericht Berlin per Beschluss fortgesetzt
OVG 11 RM 3/23 (OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)
Nach judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
> Klage vom 03.10.2024 wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren:
10 C 234/24 Amtsgericht Velbert
AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen und skandalösen Richterboykott & Richtersabotage wegen Abscheu vor Auseinandersetzungen mit enormen Staatsversagen.
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf

Verfassungsbeschwerde vom 6.Juni 2025 (Fax vom 10.06.2025) mit Anlage VB-2448 (2 BvR 925/25)
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten Hans-Jürgen Papier (2002-2010)
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung (Z4, Z5) mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr (Z5).

> Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010) (im Alter von 70 Jahren, vor über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Übermaß: Datenschutz-Skandal, Rentenplünderung-Skandal (im Alter von über 80 Jahren auf Pfändungsschutzkonto), mehrfache Freiheitsberaubung mit ständiger Androhung der Wiederholung, . . .
zu verfassungswidrigen Renten-Plünderungen seit 2021 (im Alter von 80 Jahren auf Pfändungsschutzkonto bis zum Pfändungslimit ohne „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen),
ohne Respektierung der Grundrechte als Voraussetzung für Rechtsanwendungen gemäß Art.20 GG mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-425. Wir trauern um > > > www.euro-online.de
Hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Enormes Staatsversagen mit enormen Justizversagen mit verfassungswidrigem Übermaß:
Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24)
Kostenopfer der deutschen Einheit zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert! Mit sozialer Zerschlagung! Mit verfassungswidrigem Übermaß!
Aus Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025:
2 BvR 818/25, 2 BvR 819/25, 2 BvR 925/25, 2 BvR 989/25, 2 BvR xxxx/25
> Definitiv: Aufgezwungene Sonderlösungen für soziale Grundversicherungen, ohne gesicherten Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, ohne Einspruchsmöglichkeit u.a. sind im höchsten Maße diskriminierend und disfunktional.
Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von Sozialversicherungen sind ausschließlich durch Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz verursacht.
Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) mit Fortsetzung einer verfassungswidrigen Verfügung:
Einzelrichter, mit
gesetzlichen Richterausschluss nach §41ZPO Abs.6./7./8.
droht per Verfügung mit Kosten und Verurteilung, wenn Klage gegen Bundeskanzleramt (Bundesregierung / Bundesrepublik Deutschland) nicht zurückgenommen wird.
Einzelrichter will Grundrechte nicht respektieren, weil:
Beschwerdeführer, mit Weltklasse-Höchstleistungen und professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa

Kostenopfer der deutschen Einheit, erzwungen mit staatlicher UMTS-Skandalauktion 2000 / Gigantischer Markteingriff (August 2025: 25 Jahre Gedenken), weil Weltklasse-Höchstleistungen mit flächendeckender Crossmedia-Werbung höchst attraktiv für internationales und nationales Kapital, abgegriffen mit Maximierung des Auktionsbetrages zugunsten der Kostentilgung der deutschen Einheit,
höchst solidaritätswidrig für Opfer des gigantischen Markteingriffs, die bis heute politisch motivierte Zerschlagungen mit kaum vorstellbarem Ausmaß ertragen müssen:

Enormes Staatsversagen: Gerichte / Verfahren / Instanzen übergreifend,
Kostenopfer der deutschen Einheit deformiert zu Kostenopfer des Sozialstaats mit sozialen Zerschlagungen
mit diskriminierenden und disfunktionalen Grundversicherungen, mit Solidaritätsverweigerung bei Kostentilgung der deutschen Einheit, ohne Rehabilitierung, mit Verweigerung von angemessenem Schadenersatz als einzige Ursache für soziale Zerschlagungen seit 2010, mit
Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag, mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, mit disfunktionaler Beschwerde-Instanz), an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten, mit verfassungswidrigem Übermaß
mit judikativem Boykott und mit Sabotierung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
> Definitiv: Absichtliche Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011, um soziale Zerschlagungen fortsetzen zu können: Judikativer Boykott und Sabotage, staatsanwaltliche Sabotage mit Bußgeldverfahren seit 2011
> Klage wegen sozialer Zerschlagungen (Z4): Seit langem bekannt, erhärtet wegen Verweigerung von Schadenersatz, bis heute ohne Begründung zurückgewiesen, Schadenersatz wegen sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5) als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen wird beklagt.
Anzugreifende Hoheitsakte im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal (Gerichte, Verfahren und Instanzen übergreifend) mit Skandalbeteiligung und staatsanwaltlicher Sabotage politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 107)

Siehe auch Kapitel AGV-20 und AGV-21:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 270)

AGV-20. Besorgnis: Eskalation des Einzelrichter-Skandal zu Amtsgericht-Skandal (Landgericht-Skandal zu ergänzen) Amtsgericht-Direktor beteiligt an Befangenheitsverfahren, das ohne Beteiligung und ohne Antrag des Klägers mit Blockade des gesamten Verfahrens aufgezwungen wurde (Blockade mit schriftlicher Richterlüge und Rechtfertigung mit abwertender Stellungnahme).

Pfändungsschutz-Konto des Klägers zum Schutz vor staatlichen Übergriffen ohne Kreditmöglichkeiten für Kostenvorschuss zu Gerichtsverfahren
ohne sicheren Zugang zu Versicherungsleistungen des Sozialversicherungsträgers
nach Rentenplünderung-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte für Rechtsanwaltskosten aus verfassungswidrigen Urteil 7 O 214/12 der Krankenversicherung u.a.
Verweigerung von rechtlichem Gehör gemäß grundrechtsgleichem Recht nach Art.103 Abs.1 GG
gemäß beschlussgleicher, Opfer verhöhnender Mitteilung 10 C 234/24 ohne Respektierung von Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.) und grundrechtsgleichen Rechten
Judikativer Boykott der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal
wegen politisch motivierter Zerschlagungen
2 O 70/15 Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
2 O 163/16 Politisch motivierte Zerschlagungen am Geburtsort
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BAYZER01.pdf

Parallel zu Petitionen (2010-2011) an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010):
Erzwingung des Zwangsverkaufs des Geschäftshauses mit 6 T 296/11 Landgericht Wuppertal (14 K 14/11 AG Velbert)
Geschäftshaus: Denkfabrik und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum (Anlage WU-19)
Bis 2000: Aufbau einer voll digitalisierten Organisationsbasis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Hochqualifizierte Existenzgrundlage des Klägers und seiner Familie mit Weltklasse-Höchstleistungen und mit professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa,
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit weltweit größtem Congressangebot, mit hochqualifizierten Referenten, mit flächendeckender Crossmedia-Besucherwerbung für das komplette Programm:
äußerst attraktiv für internationales Kapital,
unwiderstehlich für eine Bundesregierung mit hohem Kostendruck wegen Kostentilgung der deutschen Einheit:
Vorstehende Kostentilgung ist eine Solidaritätsaufgabe für alle Staatsbürger(innen) und nicht mit politisch motivierter Zerschlagung.
Ausgangssituation der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im August 2000! Enorm solidaritätswidrig für Kostenopfer der deutschen Einheit: Digitale Innovationselite inkl. ihrer Denk- und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum.
Kostenopfer der deutschen Einheit: Aus für Europäische Congressmessen, weil nur noch mit hohen Verlusten durchführbar in 2002, 2003.
Verweigerung jeglicher Kommunikation mit Bundesregierung wegen Fortsetzung der Congressmessen (Brandmauer). Polit-Magazine des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Berichte über unglaubliche Vorgänge gesperrt unter Verantwortung der WDR-Justitiarin und Stv. Intendantin des WDR (1997/2008-2022): Kontrollierte Redaktionssperre! Nachgewiesen am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Verwaltungsgericht Berlin.

AGV-21. Kostenopfer der deutschen Einheit:
Europäische Congressmessen auf dem Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit im Jahr 2000 / 2001 inkl. Unternehmen und Geschäftshaus
Zerschlagung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 und den verheerenden Folgewirkungen eines gigantischen Markteingriffs unter Schröder / Steinmeier.
Absichtliche Maximierung des Auktionsvolumen zugunsten der Kostentilgung der deutschen Einheit, enorm solidaritätswidrig für Beteiligte des digitalen Innovationsmarktes (mit Ausnahme der CEBIT und ihrer Lobbyisten: Verlustausgleich von 250 Mio €)
>>> August 2025: 25 Jahre Gedenken an UMTS-Auktion 2000
Anlage 2.02: Innovationswende 2000 – 2003 (Internet-Doku)
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Solidaritätswidriger Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6)
Judikative Sperre am Amtsgericht Velbert:
Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren
Aufzuarbeiten: (Bitte nicht mit Einzelrichter am Amtsgericht)
Beteiligung des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten in den Gerichtsverfahren
6 T 296/11, 7 O 214/12, 2 O 70/15, 2 O 163/16
Bis dato: Kläger hat nur 1 Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, ohne Kreditfähigkeit, ohne Überziehungsmöglichkeit und ohne Kreditkarte.

LGW-23. Enormes Justiz-Versagen:
Vorsitzende Richterin am Landgericht Vosswinkel aus alten verfassungswidrigen Strafverfahren der Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (enormes Justiz-Versagen) schwer belastet und daher als Beschwerderichterin per Gesetz ausgeschlossen von Ausübung des Richteramtes gemäß §41 Abs.6/7/8 ZPO
Enorm disfunktional: Richter am Amtsgericht muss seinen Nicht-Abhilfe-Beschluss selbst schreiben, um eine sofortige Beschwerde gegen sich abwehren zu können.
Enormes Staatsversagen: Basis für uferlose Eskalation
Kläger / Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagungen bei Kostenstau im Sozialstaat.
Sieh Anlagen mit übersichtlicher Kurzbewertung als Vorspann.

Anlage VB-2430+
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage WU-2503
2.Verzögerungsrüge vom 10.Sept.2025 an Amtsgericht Velbert mit erneuter Zusendung von
Anlage VE-17 (Anlage VE-2502) 2 BvR 1322/25
Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025 gegen Urteil am Amtsgericht Velbert
Urteil10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 02.07.2025 (eingegangen am 11.07.2025): **Anlage VB-2453**
Politisch motivierte Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und dann nach verfassungswidriger Niederschlagung von zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag dem Kostenstau des Sozialstaats ausgeliefert
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage WU-2504 (Nicht-Abhilfe-Beschluss)
Disfunktional im Beschwerdeverfahren mit verfassungswidrigem Beschluss des Amtsgerichts Velbert 10 C 234/24 vom 11.09.2025 (eingegangen am 25.09.2025) nach Mitteilung durch das Landgericht Wuppertal 16 T 169/25 vom 02.09.2025 (eingegangen am 11.09.2925) wegen Vorlage beim Amtsgericht Velbert (Anlage WU-2504a):
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig: Es geht hier nicht um bürgerliche Streitigkeiten, sondern um eine Klage mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten vom Chef des Bundeskanzleramtes.

Anlage WU-2505 mit den Anlagen VB-2430, STA-01, STA-02
Eskalation der verfassungswidrigen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Opfer verhöhnenden Missbrauch eines Bescheides durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) mit ständiger Androhung von

Freiheitsberaubung (Z5: Verfassungswidriges Übermaß):
Einspruch vom 24.08.2025 (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1650/25)
mit Einwendungen gegen Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal
bei der
Generalstaatsanwältin in Düsseldorf!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/STA25.pdf
Unterzeichner hat Anspruch auf eine aussagefähige Antwort anstatt einer 1-Satz-Minimal-Antwort zu über 70 Seiten der Einwendungen auf einen verfassungswidrigen Bescheid.
Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430+, sieh oben
Anlage STA-01
Enorm verfassungswidrige, Opfer und Alter verhöhnende Androhung der Freiheitsberaubung mit verfassungswidrigem Übermaß gemäß Rechtsbehelfsbelehrung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft:
Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 19.08.2025
(eingegangen am 22.08.2025, Termin:29.08.2025)
Geschäfts-Nr. 523 Js 814/22 OWi V, Beschluss des Amtsgericht Velbert Aktenzeichen 26 OWi 84/22)
nach Klage vom 03.Okt.2024 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert)
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren

gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin
Stand des Verfahrens10 C 234/24: Sofortige Beschwerde an Landgericht Wuppertal mit Schriftsatz vom 15.Aug.2025
nach mehreren Verfassungsbeschwerden, nach sofortigen Beschwerden und Rechtsmittel der Anhörungsrügen
nach Verzögerungsrüge gegen das Amtsgericht vom **10.März 2025 vom Amtsgericht durch Beschluss vom 23.März 2025** mit Geldbuße von 300 € abgestraft (und hier mit Androhung staatsanwaltlicher Erzwingungshaft)

Anlage STA-02
a) Beschluss vom 25.März 2025 mit Geldbuße von 300 € durch Amtsgericht Velbert (26 OWi 84/22 (523 Js 814/12))
b) Mehrfacher Einspruch vom 27.03.2025 und vom 02.05.2025
(manuelle Beschriftung am 02.05.2025)
26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) Amtsgericht Velbert
Einspruch mit sofortiger Beschwerde und mehrfacher Verfassungsbeschwerde wegen
1) Formfehler der förmlichen Zustellung des Beschlusses ohne Zustelldatum
2) Verfassungswidriges Übermaß: Erneute Freiheitsberaubung als Fortsetzung eines verfassungswidrigen Bußgeldverfahrens 26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) nach mehrfacher Verfassungsbeschwerde zu verfassungswidrigen Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 mit weiterem Beschluss vom 25.März 2025 ohne Zustellungsdatum

Die detaillierten Ausführungen zu dem Schriftsatz mit Kapitel BVERFG-419, zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 81)

Anlage WU-2506
Neuauflage / Reaktivierung der Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Intendanten-Ebene
Persönliches Schreiben vom 24.09.2025 an die
Intendantin des Westdeutschen Rundfunks:
Vernetzte Doku im Internet:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/WDRint25.pdf
Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland einschl. ÖRR (Westdeutschen Rundfunk Köln) am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
Widerspruch zum Festsetzungsbescheid vom 01.09.2025 (eingegangen am 11.09.2025, Beitragsnummer 250 514 940)
Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430+, sieh oben unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit (**Eva-Maria-)Michel-Skandal!**
Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft in Deutschland) wussten Bescheid.

Anlage WU-2507
Gerichte übergreifend: Verfassungswidriges Übermaß (Z5, Amtsgericht Velbert 10 C 234/24**)**
a) **Anlage WU-2505** mit den Anlagen VB-2430, STA-01, STA-02
Eskalation der verfassungswidrigen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Opfer verhöhnenden Missbrauch eines
Bescheides durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) mit ständiger Androhung von Freiheitsberaubung (Z5: Verfassungswidriges Übermaß):
Einspruch vom 24.08.2025 mit Einwendungen gegen Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal bei der
Generalstaatsanwältin in Düsseldorf!

b) **Anlage LSG-25/10: Datenschutz-Skandal des Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten,**
und seine Folgen dauern an:
Dieser Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit mehr leistet, sondern nur noch soziale Zerschlagung verfolgt, der unter Missbrauch des SCHUFA-Netzes > Rache mit wirtschaftlicher Zerschlagung erfolgreich durchführt, ist mit aller Kraft zu bekämpfen, um überhaupt überleben zu können:
Aktuell ist es ihm gelungen, die Realisierung einer modernen Photovoltaik/PV-Anlage zu zerschlagen: Umstellung der privaten Energieversorgung mit Solartechnik (kostenneutral auf Mietbasis mit Notfall-Stromversorgung bei Netzausfall, höchst aktuell für Kriegszeiten, und perspektivisch für Energieversorgung von E-Auto):
Sie Email-Dokument vom 30.09.2025.
Dies ist nur die „Spitze eines Eisbergs“ für wirtschaftliche Schädigung durch den Sozialversicherungsträger, seine Prozessbevollmächtigte und durch Staatsanwälte mit Hass im SCHUFA-Netz!

c) **Anlage LSG-25/11: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und internationalen Menschenrechten sind enorm verfassungswidrig.**
Mit Kostenfestsetzungsbeschluss der Regierungsoberinspektorin Bretzke vom 13.10.2025 (eingegangen am 15.10.2025) gegen Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ auf Betreiben der Prozessbevollmächtigten (RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen) des
Sozialversicherungsträger.
Sozialgericht, Landessozialgericht, Amtsgericht, Landgericht sind mehrfach aufgefordert worden, dieser verfassungswidrigen Hetze endlich ein Ende zu setzen. Alle Mahnbescheide der Prozessbevollmächtigten wurden beim Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Grundrechte sind zu respektieren. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, dass in solchen Fällen Rechtsmittel der Anhörungsrüge auch nicht respektiert werden.

d) Enormes Justizversagen mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5 der Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland):
d1) **Vorsitzende Richterin am Landgericht Vosswinkel aus alten verfassungswidrigen Strafverfahren der Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (enormes Justiz-Versagen) als verantwortliche Beschwerde-Richterin schwer belastet und daher als Beschwerderichterin per Gesetz ausgeschlossen von der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 Abs.6/7/8 ZPO**
Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen **Richterin am Landgericht Vosswinkel**
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und
zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht
gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
Vernetzte Doku im Internet mit weiterführenden Internet-Links bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 57)
d2) **Verfassungswidriges Übermaß (Z5): Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch ohne Haftbefehl trotz**
Freispruch vom 17.07.2013 durch
Amtsgerichtsdirektor Dr. Thomas Künzel

d3) **Schreiben vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgericht Wuppertal**
wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehl und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskreditierender Rufschädigung!!!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf
Scroll down after link (page 16)
Vorsitzende Richterin am Landgericht ist voll verantwortlich für das enorme Justizversagen am Landgericht Wuppertal, das bis heute andauert seit 2011, mit einer weiteren Freiheitsberaubung, voll verantwortlich für ungeheuerliche Vorgänge
von einem Freispruch bis zu
Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehl und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskreditierender Rufschädigung

Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen

Grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und verfassungskonformen Mehr-Richter-Verfahren

Kostenopfer der deutschen Einheit:
Europäische Congressmessen auf dem Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit im Jahr 2000 / 2001 inkl. Unternehmen und Geschäftshaus. Sieh
Anlage WU-19: Kostenopfer der deutschen Einheit
Ehemaliges Geschäftshaus seit 1982: Denkfabrik und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum mit Weltklasse-Höchstleistungen (Anlage WU-19)
Bis 2000: Aufbau einer voll digitalisierten Organisationsbasis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Hochqualifizierte Existenzgrundlage des Klägers und seiner Familie mit Weltklasse-Höchstleistungen und mit professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa,
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit weltweit größtem Congressangebot, mit hochqualifizierten Referenten, mit flächendeckender Crossmedia-Besucherwerbung für das komplette Programm
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf
Erzwingung des Zwangsverkaufs des Geschäftshauses in 2011 (um überleben zu können) mit
6 T 296/11 Landgericht Wuppertal (14 K 14/11 AG Velbert)

Verfassungswidriges Übermaß (Z5): Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch ohne Haftbefehl trotz
Freispruch vom 17.07.2013 durch
Amtsgerichtsdirektor Dr. Thomas Künzel

Skandalös: Erzwingung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Opfer und Alter verhöhnender Freiheitsberaubung gegen Rentner im fortgeschrittenem Rentenalter!
Enormes Justizversagen einer Richterin am Landgericht seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5 der Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland)

Der Kläger / Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagungen bis heute,
weil er die Fortsetzung seines herausragenden Lebenswerkes intensiv angestrebt hat und sich mit Forderung auf Rehabilitierung und Schadenersatz gegen Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen gewehrt hat und sich den Rest seines Lebens dagegen wehrt (verfassungswidrige Verfügung in **Anlage VB-2456**).
Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 265)

Velbert, 22.Okt.2025

Albin L. Ockl

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Unterzeichners in dankbarer Erinnerung: > > >

Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,*

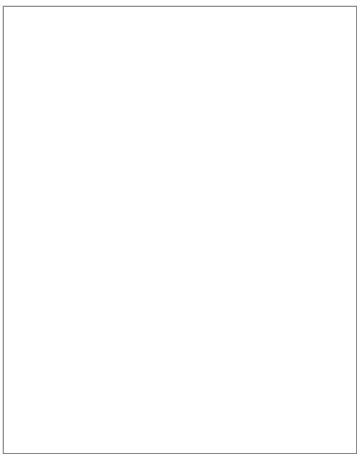
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland *(2004-2010), Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai 2010 wegen Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin*
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, *verstorben am 27.Januar 2006*

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland *(1999-2004)*
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH ***1988****, der 5.Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen*
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Dr. Bernhard Vogel, *verstorben am 02.März 2025,*

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985,
Festredner auf der ONLINE'85 *in Düsseldorf*
> > > https://www.euro-online.de/1984.htm
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat. Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der ***Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel*** *als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.*



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen zu Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Okt.2025

Anlage VB-2430+
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage WU-2503
2.Verzögerungsrüge vom 10.Sept.2025 an Amtsgericht Velbert mit erneuter Zusendung von
Anlage VE-17 (Anlage VE-2502) 2 BvR 1322/25
Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025 gegen Urteil am Amtsgericht Velbert
Urteil10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 02.07.2025
(eingegangen am 11.07.2025): **Anlage VB-2453**
Politisch motivierte Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und dann nach Niederschlagung von zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag dem Kostenstau des Sozialstaats ausgeliefert
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage WU-2504 (Nicht-Abhilfe-Beschluss)
Disfunktional im Beschwerdeverfahren mit verfassungswidrigem Beschluss des Amtsgerichts Velbert 10 C 234/24 vom 11.09.2025
(eingegangen am 25.09.2025) nach Mitteilung durch das Landgericht Wuppertal 16 T 169/25 vom 02.09.2025 (eingegangen am 11.09.2925) wegen Vorlage beim Amtsgericht Velbert (Anlage WU-2504a):
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig: Es geht hier nicht um bürgerliche Streitigkeiten, sondern um eine Klage mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten vom Chef des Bundeskanzleramtes.

Anlage WU-2505 mit den Anlagen VB-2430, STA-01, STA-02
Eskalation der verfassungswidrigen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Opfer verhöhnenden Missbrauch eines Bescheides durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) mit ständiger Androhung von Freiheitsberaubung (Z5: Verfassungswidriges Übermaß):
Einspruch vom 24.08.2025 mit Einwendungen gegen Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal bei der
Generalstaatsanwältin in Düsseldorf!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/STA25.pdf
Unterzeichner hat Anspruch auf eine aussagefähige Antwort anstatt einer 1-Satz-Minimal-Antwort zu über 70 Seiten der Einwendungen auf einen verfassungswidrigen Bescheid.
Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430+, sieh oben
Anlage STA-01
Enorm verfassungswidrige, Opfer und Alter verhöhnende Androhung der Freiheitsberaubung mit verfassungswidrigem Übermaß gemäß Rechtsbehelfsbelehrung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft:
Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 19.08.2025
(eingegangen am 22.08.2025, Termin:29.08.2025)
Geschäfts-Nr. 523 Js 814/22 OWi V, Beschluss des Amtsgericht Velbert Aktenzeichen 26 OWi 84/22)
nach Klage vom 03.Okt.2024 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert)

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren

gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin
Stand des Verfahrens10 C 234/24: Sofortige Beschwerde an Landgericht Wuppertal mit Schriftsatz vom 15.Aug.2025
nach mehreren Verfassungsbeschwerden, nach sofortigen Beschwerden und Rechtsmittel der Anhörungsrügen
nach Verzögerungsrüge gegen das Amtsgericht vom **10.März 2025 vom Amtsgericht durch Beschluss vom 23.März 2025** mit Geldbuße von 300 € abgestraft (und hier mit Androhung staatsanwaltlicher Erzwingungshaft)

Anlage STA-02
a) Beschluss vom 25.März 2025 mit Geldbuße von 300 € durch Amtsgericht Velbert (26 OWi 84/22 (523 Js 814/12))
b) Mehrfacher Einspruch vom 27.03.2025 und vom 02.05.2025
(manuelle Beschriftung am 02.05.2025)
26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) Amtsgericht Velbert
Einspruch mit sofortiger Beschwerde und mehrfacher Verfassungsbeschwerde wegen
1) Formfehler der förmlichen Zustellung des Beschlusses ohne Zustelldatum
2) Verfassungswidriges Übermaß: Erneute Freiheitsberaubung als Fortsetzung eines verfassungswidrigen Bußgeldverfahrens 26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) nach mehrfacher Verfassungsbeschwerde zu verfassungswidrigen Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 mit weiterem Beschluss vom 25.März 2025 ohne Zustellungsdatum

Die detaillierten Ausführungen zu dem Schriftsatz mit Kapitel BVERFG-419, zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 81)

Anlage WU-2506
Neuauflage / Reaktivierung der Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Intendanten-Ebene
Persönliches Schreiben vom 24.09.2025 an die
Intendantin des Westdeutschen Rundfunks:
Vernetzte Doku im Internet:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/WDRint25.pdf
Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland einschl. ÖRR (Westdeutschen Rundfunk Köln) am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
Widerspruch zum Festsetzungsbescheid vom 01.09.2025
(eingegangen am 11.09.2025, Beitragsnummer 250 514 940)

Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430+, sieh oben unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit (**Eva-Maria-)Michel-Skandal!**
Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft in Deutschland) wussten Bescheid.

Anlage WU-2507
Gerichte übergreifend: Verfassungswidriges Übermaß (Z5, Amtsgericht Velbert 10 C 234/24**)**
a) **Anlage WU-2505** mit den Anlagen VB-2430, STA-01, STA-02
Eskalation der verfassungswidrigen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Opfer verhöhnenden Missbrauch eines
Bescheides durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) mit ständiger Androhung von Freiheitsberaubung (Z5: Verfassungswidriges Übermaß):
Einspruch vom 24.08.2025 mit Einwendungen gegen Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal bei der
Generalstaatsanwältin in Düsseldorf!

b) **Anlage LSG-25/10: Datenschutz-Skandal des Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten,**
und seine Folgen dauern an:
Dieser Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit mehr leistet, sondern nur noch soziale Zerschlagung verfolgt, der unter Missbrauch des SCHUFA-Netzes > Rache mit wirtschaftlicher Zerschlagung erfolgreich durchführt, ist mit aller Kraft zu bekämpfen, um überhaupt überleben zu können:
Aktuell ist es ihm gelungen, die Realisierung einer modernen Photovoltaik/PV-Anlage zu zerschlagen: Umstellung der privaten Energieversorgung mit Solartechnik (kostenneutral auf Mietbasis mit Notfall-Stromversorgung bei Netzausfall, höchst aktuell für Kriegszeiten, und perspektivisch für Energieversorgung von E-Auto): Sie Email-Dokument vom 30.09.2025.
Dies ist nur die „Spitze eines Eisbergs“ für wirtschaftliche Schädigung durch den Sozialversicherungsträger, seine Prozessbevollmächtigte und durch Staatsanwälte mit Hass im SCHUFA-Netz!

c) **Anlage LSG-25/11: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und internationalen Menschenrechten sind enorm verfassungswidrig.**
Mit Kostenfestsetzungsbeschluss der Regierungsoberinspektorin Bretzke vom 13.10.2025 (eingegangen am 15.10.2025) gegen Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ auf Betreiben der Prozessbevollmächtigten (RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen) des
Sozialversicherungsträger.
Sozialgericht, Landessozialgericht, Amtsgericht, Landgericht sind mehrfach aufgefordert worden, dieser verfassungswidrigen Hetze endlich ein Ende zu setzen. Alle Mahnbescheide der Prozessbevollmächtigten wurden beim Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Grundrechte sind zu respektieren. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, dass in solchen Fällen Rechtsmittel der Anhörungsrüge auch nicht respektiert werden.

d) Enormes Justizversagen mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5 der Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland)
d1) **Vorsitzende Richterin am Landgericht Vosswinkel aus alten verfassungswidrigen Strafverfahren der Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (enormes Justiz-Versagen) als verantwortliche Beschwerde-Richterin schwer belastet und daher als Beschwerderichterin per Gesetz ausgeschlossen von der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 Abs.6/7/8 ZPO**
Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen **Richterin am Landgericht Vosswinkel**
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und
zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht
gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
Vernetzte Doku im Internet mit weiterführenden Internet-Links bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 57)

d2) **Verfassungswidriges Übermaß (Z5): Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch ohne Haftbefehl trotz**
Freispruch vom 17.07.2013 durch
Amtsgerichtsdirektor Dr. Thomas Künzel

d3) **Schreiben vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgericht Wuppertal**
wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehl und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskreditierender Rufschädigung!!!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf
Scroll down after link (page 16)
Vorsitzende Richterin am Landgericht ist voll verantwortlich für das enorme Justizversagen am Landgericht Wuppertal, das bis heute andauert seit 2011, mit einer weiteren Freiheitsberaubung, voll verantwortlich für ungeheuerliche Vorgänge
von einem Freispruch bis zu
Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehl und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskreditierender Rufschädigung

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 15.Aug.2025

Anlage VE-17
Verfassungsbeschwerde gegen Urteil am Amtsgericht Velbert Urteil10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 02.07.2025
(eingegangen am 11.07.2025): **Anlage VB-2453**
Politisch motivierte Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und danach Kostenstau des Sozialstaats
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage VE-18
Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 05.08.2025 (10 C 234/24, eingegangen am 08.08.2025 über Versagung von rechtlichem Gehör, verfassungswidrig gemäß Art.103 Abs.1 GG). Außerdem verfassungswidrig: Rechtsanwendungen von ZPO und GKG ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig). Enormes Justizversagen nach Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011.

Anlage VB-2456 (Anlage in Verfassungsbeschwerde, Anlage VE-17)
Enormes Staatsversagen mit Einzelrichter-Skandal: Zurückweisung der verfassungswidrigen Verfügung eines Richters, der Wahrheit, Recht und Verfassung beugt,
der mit einer Richterlüge die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 (abgeliefert am 16.10.2024) mit Antrag auf Mehrrichter-Verfahren blockiert hat, der soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß nicht erkennen kann (Anlage VB-2453), der mit einem Nicht-Abhilfe-Beschluss eine disfunktionale Beschwerdeinstanz ersetzen will, der Befangenheitsverfahren ohne Antrag und entgegen Beteiligung des Klägers durchführt, der gesetzlichen Richterausschluss nach §41 ZPO Abs. 6./7./8. nicht anerkennen will, der in früheren Rechtszügen der sozialen Zerschlagungen mitgewirkt hat, die jetzt beklagt werden werden müssen, weil soziale Zerschlagungen nur wegen Verweigerung von Schadenersatz in Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag seit 2010 und in mehrfachen Klagen seit 2011 an Verwaltungsgerichten und an ordentlichen Gerichten verursacht sind,
dies bei andauernder Verfassungsbeschwerde, der in der Sache aber weiter „fördern“ will. **Zu fördern** ist eine politisch unabhängige Justiz, die Grundrechte respektiert. Der Beschwerdeführer hat mit über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 nach einem herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen in Deutschland und Europa genügend gefördert, und das gezwungener Maßen **ohne Rechtsanwalt gegen** Nonstop-Gerichtsverfahren (Gerichte, Verfahren, Instanzen und Bundesländer übergreifend), weil er enormes Justizversagen und enormes Staatsversagen **mit Rechtsanwalt nicht** überstanden hätte, so wie sein Bruder am Geburtsort in Bayern, dessen einziger Erbe der Beschwerdeführer ist. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und daher ohne Rechtskraft (verfassungswidrige Verfügung). **Der Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierter Zerschlagung einschließlich sozialer Zerschlagungen**, weil er sich mit Forderung auf Rehabilitierung und Schadenersatz dagegen gewehrt hat und sich den Rest seines Lebens dagegen wehrt (Verfassungswidrige Verfügung 10 C 234/34 vom 15.07.2025 in Anlage VB-2456).

Anlage liegt vor:

Anlage WU-12 (an Landgericht Wuppertal)
Fortsetzung der Klage, als Mehrrichter-Verfahren beantragt nach Verfassungsbeschwerde vom 01.Dez.2024 mit Schriftsatz vom 01.Jan.2025.
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 297)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
Seit 2000: Kostenopfer der deutschen Einheit
2010: Niederschlagung der Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag mit Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten **Prof. Dr. Horst Köhler**
Zerschlagung der Unternehmensgruppe Ockl
Enormes Staatsversagen ohne Perspektive

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202-498-3504

Landgericht Wuppertal
16 T 169/25

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 07.Dez.2025

Hier: Beschluss 16 T 169/25 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert)
vom 20.11.2025 (eingegangen am 05.12.2025) durch Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel als Einzelrichterin
nach **Verfassungsbeschwerde vom 15.11.2025** (Anlage AGM-25/04)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Okt.2025 gemäß §321a ZPO gegen verfassungswidrige Beschwerdeinstanz:
Sofortige Beschwerde vom 15.Aug.2025 gemäß §567 ZPO gegen 10 C 234/24 Amtsgericht Velbert mit verfassungswidriger Reduzierung auf Rechtsbeschwerde und Missbrauch überlanger Beschwerdedauer mit verfassungswidrigen Shitstorm
Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren
mit ständig wiederholtem Antrag auf und gemäß
grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 301)

LGW-24. Verfassungswidrig, daher anzugreifender Hoheitsakt:
Beschluss 16 T 169/25 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert) vom 20.11.2025 (eingegangen am 05.12.2025) durch Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel als Einzelrichterin, daher zu übergeben an
Verfassungsbeschwerde vom 15.11.2025
Zusammenhängend: Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, Instanzen übergreifend, ohne Perspektive bei starrer Bürokratie mit gemauerten Abläufen
nach 3.Haftbefehl-Skandal am 84. Geburtstag unter Rückendeckung durch Generalstaatsanwältin in Düsseldorf (Amtsgericht Velbert 26 OWi 84/22)
mit hemmungsloser, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation zu
Landgericht Wuppertal 16 T 169/25 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.10.2025 gegen verfassungswidrige Beschwerdeinstanz mit gesetzlichem Ausschluss der Beschwerde-Richterin (beteiligt am 1.Haftbefehl-Skandal) von Ausübung des Richteramtes (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24). Disfunktionale Beschwerde-Instanz im Zusammenhang der Justizverfahren und deren „Geschwindigkeit“, nicht vom Beschwerdeführer bestimmt, Beschwerdeinstanz nicht mehr in der Lage, der Aufgabenstellung gerecht zu werden.

Der Beschluss vom 20.11.2025 ohne Respektierung von Grundrechten, diese mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge unmissverständlich vorgetragen, ist verfassungswidrig.
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, sind zurückzuweisen einschließlich jeglicher Kostenberechnung an den Beschwerdeführer, dessen Kosten trotz grundgesetzlichen Anspruch auf enormen Schadenersatz missachtet werden.
Außerdem hat der Beschwerdeführer keine Rechtsbeschwerde, sondern sofortige Beschwerde beantragt. Es geht um den grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz zu einer politisch motivierten Doppelzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens. Der Beschwerdeführer hat längst nachgewiesen, dass die Einzelrichterin federführend an dem 1.Haftbefehl-Skandal in 2014 beteiligt war und daher gesetzlich von der Ausübung des Richteramtes hier ausgeschlossen ist.
Der Beschluss 16 T 169/25 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert) vom 20.11.2025 wird dem Bundesverfassungsgericht termingerecht übergeben.

LGW-25. Enormes Staatsversagen, skandalöse Auswüchse, Gerichte, Verfahren übergreifend mit disfunktionalen Beschwerde-Instanzen, enorm verfassungswidrig
> Skandalöser Auswuchs:Anlage WU-2508
Verfassungswidriger Mahnbescheid vom Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, der wegen sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß beklagt ist und in einen Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz (Vortäuschung von SCHUFA-Verbraucherschutz, weil Bonitätsschwindel mit Ziel der wirtschaftlichen Schädigung)
> Skandalöser Auswuchs:Anlage WU-2509
Nonstop-Bußgeldverfahren seit 2011:
32 OWi-543 Js 644/25-68/25 (nächstes Bußgeldverfahren mit Ladung zur Hauptverhandlung am 16.12.2025 nach Einspruch gegen Bußgeldbescheid vom 04.07.2025 mit sofortiger Beschwerde an Landgericht Wuppertal 16 T 169/25 vom 15.Aug.2025 und vom 04.12.2025/07.12.2025 mit Verfassungsbeschwerde vom 20.Juli 2025 im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und Kostenstau des Sozialstaats mit laufender Verfassungsbeschwerde vom 15.Nov.2025 gegen 3.Haftbefehl-Skandal zum 84.Geburtstag:
Bußgeldverfahren gegen Beschwerdeführer seit 2011 sind enorm verfassungswidrig hier nach Einspruch vom 20.07.2025 beim Landrat des Kreises Mettmann gegen Fortsetzung verfassungswidriger Bußgeldverfahren seit 2011
> Skandalöser Auswuchs: Es wird getäuscht, geheuchelt, diskriminiert und diffamiert, gelogen und betrogen, Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert und boykottiert. Daraus resultieren Datenschutz-Skandal, Einzelrichter- und Beschwerderichter-Skandal, Haftbefehl-Skandale mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und Familienfriedensbruch u.a.m.
Totaler Vertrauensverlust wegen enormen Staatsversagen: Beschwerdeführer hat Weltklasse-Leistungen für digitales Innovationswachstum auf dem Weg zu künstlichen Intelligenz ausschließlich mit Eigenleistung erbracht und mit seiner Denk- und Wissensfabrik für die Europäischen Congressmessen enormen Kapitalzufluss in die Digitalbranche generiert, der mit einem gigantischen Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion2000 zur Kostentilgung der deutschen Einheit missbraucht wird, mit verheerenden Folgewirkungen für die digitale Innovationselite, die mit diesem solidaritätswidrigem Exzess eliminiert wird, die mit Niederschlagung von Doppel-Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010) abgestraft wird, die bis in den Tod und in den wirtschaftliche Ruin gehetzt werden:
> 2012 Tod seines Bruders am Geburtsort in Bayern,
> 2024: 3.Haftbefehl-Skandal zum 84.Geburtstag des Beschwerdeführers mit Familienfriedensbruch.
Beschwerdeführer hatte bis zum 70.Geburtstag exzellente Sozialversicherungen und muss nun durch den Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträger die dritte Zerschlagung hinnehmen, mit Hass im SCHUFA-NETZ wegen Verbraucherschutz, aber ohne Opferschutz mit wesentlich höherem Schutzbedarf und ohne dass sich Verbraucher vor dem Zerschlagungsopfer schützen müssen.
Normalzustand: Entschuldigung, Dank und Anerkennung durch den Täter und anschließend, Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG.

Vom Ukraine-Krieg mit dem russischen Aggressor sollte man lernen: Frieden ohne Waffenstillstand geht nicht. Eskalation einer **Doppelzerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) zu einer Dreifach-Zerschlagung** mit den verfassungswidrigen Auswüchsen von enormen Staatsversagen **ist Fortsetzung der Doppelzerschlagung mit sozialer Zerschlagung (Z4) mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):**

Sieh **Anlage WU-2508**
Verfassungswidriger Mahnbescheid vom Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, der wegen **sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß** beklagt ist und in einen Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz (Vortäuschung von SCHUFA-Verbraucherschutz, weil Bonitätsschwindel mit Ziel der wirtschaftlichen Schädigung) Verfassungswidrig, weil Rechtsanwendung ohne Respektierung von Grundrechten. Daher wiederholter Widerspruch mit Gegenerklärung, Wahrheit und Faktenlage.

Sieh **Anlage WU-2509**:
Schriftsatz an Amtsgericht Mettmann
(32 OWi-543 Js 644/25-68/25) vom 04.12.2025 :
32 OWi-543 Js 644/25-68/25 (Bußgeldverfahren mit Ladung zur Hauptverhandlung am 16.12.2025 über Einspruch gegen 32-22 / 525000450 / 35 (Bußgeldbescheid vom 04.07.2025))
mit **Sofortige Beschwerde an Landgericht Wuppertal 16 T 169/25 mit laufender Verfassungsbeschwerde an Bundesverfassungsgericht vom 15.Nov.2025:**
Bußgeldverfahren gegen Beschwerdeführer seit 2011 sind enorm verfassungswidrig
nach
Einspruch beim Landrat des Kreises Mettmann gegen Fortsetzung verfassungswidriger Bußgeldverfahren seit 2011
(Anlage AGM-25/01)
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),
im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und Kostenstau des Sozialstaats
nach Zerschlagung von Weltklasseleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa,
mit Niederschlagung paralleler Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag (2010-2011),
mit Rücktritt eines hochgeschätzten deutschen Bundespräsidenten (2010 Rücktritt mit sofortiger Wirkung)
unmittelbar nach Bitte um Unterstützung seiner Petitionen,
mit Hetze durch bayerische Staatsanwälte gegen seinen Bruder bis in den wirtschaftlichen Ruin mit Erzwingung seines Freitodes (2012),
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 unter Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage unter Weisungsdruck durch beklagte Bundesregierung,
Einspruch gegen verfassungswidrigen Bußgeldbescheid vom 04.07.2025 (Anlage KME-25/01) mit Antrag auf Einstellung von verfassungswidrigen Nonstop-Bußgeldbescheiden seit 2011 wegen enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430+):

Zurückweisung des „Bußgeldbescheides“ des Kreises Mettmann mit Antrag auf Vorlage beim Landrat: Seite 9
August 2025: 25 Jahre Gedenken an UMTS-Skandalauktion 2000, mit solidaritätswidrigem Kostenopfer der deutschen Einheit, ohne Solidarität, aber mit 15 Jahre „Bußgeldbescheide“ im Kreis Mettmann als Teil der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß:
Anlage VB-2455 mit Anlage KME-25/01 („Bußgeldbescheid“)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 261)
und nach
Einspruch bei der Generalstaatsanwältin in Düsseldorf mit Einwendungen vom 24.08.2025 gegen Staatsanwaltschaft Wuppertal (Anlage AGM-25/02) und
mit Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025, weil
Solidarität respektiert Grundrechte, die im Kreis Mettmann abhanden gekommen sind.
Deutschland hat den Beschwerdeführer mit der UMTS-Skandalauktion 2000 zum **Kostenopfer der deutschen Einheit** gemacht und mit Niederschlagung der Doppel-Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010-2011 verfassungswidriges Unrecht beträchtlich erweitert,
mit Brandmauer gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Zerschlagung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz weiteres Unrecht zugefügt:
Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß (Kostenopfer des Sozialstaats): Abzuwehren
mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand
gemäß Art.20 Abs.4 GG im 85. Lebensjahr!
Einstellung verfassungswidriger Bußgeldverfahren ist überfällig.

Der Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß bis heute,
weil er stets die Fortsetzung seines herausragenden Lebenswerkes intensiv angestrebt hat und sich mit Forderung auf Rehabilitierung und Schadenersatz gegen Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen gewehrt hat und sich den Rest seines Lebens dagegen wehrt: Gegen verfassungswidrige Auswüchse enormen Staatsversagens.
Detaillierte Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 301).

Velbert, 07.Dez.2025

Albin L. Ockl

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Unterzeichners in dankbarer Erinnerung: > > >

Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,*
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland *(2004-2010),*
Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai 2010 wegen Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, *verstorben am 27.Januar 2006*
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland *(1999-2004)*
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer KOMMTECH ***1988****, der 5.Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen*
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Dr. Bernhard Vogel, *verstorben am 02.März 2025,*
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985,
Festredner auf der ONLINE'85 *in Düsseldorf*
> > > https://www.euro-online.de/1984.htm
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Scroll down to ONLINE'85
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.
Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der ***Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel***

als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zu Künstlicher Intelligenz,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen zum Schriftsatz vom 07.12.2025

Anlage VB-2430+ liegt vor
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage AGM-25/04 mit den Kapiteln BVERFG-426, BVERFG-427, BVERFG-428.
Verfassungsbeschwerde vom 15.11.2025
Zusammenhängend: Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, Instanzen übergreifend, ohne Perspektive bei starrer Bürokratie mit gemauerten Abläufen
nach 3.Haftbefehl-Skandal am
84. Geburtstag unter Rückendeckung durch Generalstaatsanwältin in Düsseldorf (Amtsgericht Velbert 26 OWi 84/22)
mit hemmungsloser, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation zu
Landgericht Wuppertal 16 T 169/25 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.10.2025 gegen verfassungswidrige Beschwerdeinstanz mit gesetzlichen Ausschluss der Beschwerde-Richterin (beteiligt am 1.Haftbefehl-Skandal) von Ausübung des Richteramtes (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24)
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und Kostenstau des Sozialstaats
> **BVERFG-426. Faktenlage November 2025 gemäß Anlage VB-2458**
mit Anlage VB-2430+ wie vorstehend, WU-2503, WU-2504, WU-2505 (mit Anlagen VB-2430, STA-01, STA-02), WU-2506, WU-2507 (inkl. Anlage LSG-25/10, LSG-25/11 mit Anlagen d, d1, d2, d3)
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 22.Okt.2025 gegen verfassungswidrige Beschwerdeinstanz: Landgericht Wuppertal 16 T 169/25
Beschwerde-Führer:
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit über 25 Jahren.
Kostenopfer der deutschen Einheit seit 2000
Kostenopfer des Sozialstaats seit 2010
Kostenopfer der deutschen Einheit, erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 im August 2000 (25 Jahre Gedenken im August 2025) mit weltweit größtem, für Kostentilgung der deutschen Einheit maximiertem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR), mit verheerenden, solidaritätswidrigen Auswirkungen eines gigantischen Markteingriffs auf sein Lebenswerk im 60. Lebensjahr (2000), mit Totalverlust seiner Familien-Unternehmensgruppe: Familienunternehmen mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
Nach 2003: Intensive Bemühungen um Wiederaufbau seines Familien-Unternehmens

Chancenlos wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
Nach Aufbrauch ansehnlicher Altersrücklagen in 2010 (70.Lebensjahr), mit exzellenten Sozialversicherungen, aber hohen Bankschulden:
Kostenopfer des Sozialstaats seit 2010, weil:
Erzwungene Einstellung der Beitragszahlungen im 70.Lebensjahr an exzellente soziale Versicherungen des Klägers (Beschwerdeführers) mit Niederschlagung der Petitionen (2010-2011) an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München
Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten mit sofortiger Wirkung
am 31.Mai 2010 unmittelbar nach Bitte um Unterstützung seiner Petition
> > > https://www.euro-online.de
Nach Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011: Sofortige Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf
Faktenlage seit 2010: Soziale Zerschlagungen (Einstellung der Beitragszahlungen zu exzellenten Sozialversicherungen mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute erzwungen)
2012: Bruder des Beschwerdeführers hält der Hetzjagd durch die Bayerische Staatsregierung mit Staatsminister Söder nicht Stand und erlöst sich mit Freitod. Beschwerdeführer ist einziger Erbe mit Nachlass-Insolvenz mit Totalverlust. Beschwerdeführer unterstützte den juristischen Abwehrkampf seines Bruders seit Frühjahr 2010
> > > http://www.damwild-ockl.de/
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Zerschlagung seines Geschäftshauses am Wohnort:
Denk- und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz. Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert.
Anlage WU-19: Kostenopfer der deutschen Einheit
Ehemaliges Geschäftshaus seit 1982: Denkfabrik und Wissensfabrik für digitales Innovationswachstum mit Weltklasse-Höchstleistungen (Anlage WU-19)
Bis 2000: Aufbau einer voll digitalisierten Organisationsbasis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Hochqualifizierte Existenzgrundlage des Klägers und seiner Familie mit Weltklasse-Höchstleistungen und mit professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa,
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit weltweit größtem Congressangebot, mit hochqualifizierten Referenten, mit flächendeckender Crossmedia-Besucherwerbung für das komplette Programm
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf
Erzwingung des Zwangsverkaufs des Geschäftshauses in 2011 (um überleben zu können) mit
6 T 296/11 Landgericht Wuppertal (14 K 14/11 AG Velbert)
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes in 2012 mit öffentlicher

Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen bis heute unterdrückt, z.B am Landgericht Wuppertal:
2 O 70/15 Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort
2 O 163/16 Politisch motivierte Zerschlagungen am Geburtsort
Politisch motivierte Zerschlagungen unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks am Verwaltungsgericht Düsseldorf, zur Zeit mit vorläufiger Aussetzung von Zwangsmaßnahmen durch WDR-Intendantin wegen Eva-Maria-Michel-Skandal:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/WDRint25.pdf
Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) an politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF, verantwortlich für Zwangsmaßnahmen gegen das Zerschlagungsopfer, verantwortlich für Rundfunksperre in Politmagazinen über das Schicksal seiner Congressmessen, verantwortlich für Mittäterschaft bei Zerschlagung der Congressmessen,
unter „Rückendeckung“ durch Altbundeskanzlerin.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

> BVERFG-427: Zunehmender Missbrauch von Staatsgewalt mit Hausfriedensbruch und Familienfriedensbruch.
Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung (Z4) mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5, verfassungswidrige Bußgeldverfahren
trotz Rechtsbeschwerde und anschließender Verfassungsbeschwerde und mit Einwendungen bei der Generalstaatsanwältin in Düsseldorf gegen Zwangsmaßnahmen der Staatsanwälte Wuppertal als zusätzliche Verfassungsbeschwerde):
Jetzt 3.Haftbefehl-Skandal zum 84.Geburtstag nach 1. und 2.Haftbefehl-Skandal in 2014 / 2018, Erpressung von Strafgeld und mit Familienfriedensbruch und mit Eintreibung zusätzlicher Forderungen (Anlage VB-2460, Gesamt 542,61 € zurückzuweisen, Nachforderungen gemäß 2.Rechnung der Zentralen Zahlstelle Justiz abzulehnen und sofortige Rückerstattung von 432,50 aus verfassungswidriger Zwangsmaßnahme , weil verfassungswidrig)
alternativ zu 3. Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch
unter Rückendeckung der Generalstaatsanwältin in Düsseldorf
mit staatsanwaltlicher Bestätigung:
„Der (verfassungswidrige!) Rechtsweg ist erschöpft“
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/STA25.pdf
> 1. Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch ohne Haftbefehl am 17.06.2014 unter judikativer Verantwortung der heutigen Beschwerderichterin Vosswinkel am Landgericht Wuppertal (16 T 169/25)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 57)

> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf
Scroll down after link (page 278)
Anlage WU-2507 d1)
> 2. Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch mit Haftbefehl am 14.06.2018, sofortige Annahme verhindert wegen laufender Fax-Nachricht an den Bundespräsidenten während der laufenden Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter Mithilfe eines Schlossers mit Hammer und Meißel gegen Rentner im Schlafanzug, von hinten überfallen und fixiert (weil Gefahr in Verzug?) durch
Polizei-Hauptkommissar Thomas Körner, erneut tätig am 84.Geburtstag mit Entgegennahme des mit Familienfriedensbruch erpressten Strafgeldes mit der Feststellung („eigentlich müsste er mich festnehmen“ anstatt Gratulation zum 84.Geburtstag) in Vertretung des
Polizei-Hauptkommissar Andreas Werner (Ausführung von Familienfriedensbruch anstatt Hausfriedensbruch, war nicht zu sprechen).
Verantwortliche Staatsanwälte unter persönlicher Rückendeckung der Generalstaatsanwältin in Düsseldorf und verantwortliche Polizei-Hauptkommissare unter Anweisung durch den Staatsanwalt sind zu disziplinieren, um weitere Eskalation von enormen Staatsversagen abzustellen!
Unverzügliche Rückerstattung des mit Familienfriedensbruch erpressten Strafgeldes ist einzufordern
Fax-Nachricht an den damaligen und heutigen Bundespräsidenten während der laufenden Freiheitsberaubung und nach JVA-Erzwingung:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 01/22/25)

> BVERFG-428: Anzugreifende Hoheitsakte und anzumahnende Maßnahmen
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Okt.2025 und der sofortigen Beschwerde vom 15.Aug.2025 (Anlage VB-2462) mit verfassungswidrigem Übermaß in Folge am laufendem Bande: Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.
Besonderer Schutz der Grundrechte im fortgeschrittenen Lebensalter, der nachweislich bis zum 70.Lebensjahr exzellente Sozialversicherungen hatte, daher anzumahnen:
Anstatt Rehabilitierung: Fortsetzung von teuflischen Demütigungen mit verfassungswidriger Unverhältnismäßigkeit
Jetzt 3.Haftbefehl-Skandal zum 84.Geburtstag nach 1. und 2.Haftbefehl-Skandal in 2014 / 2018, Erpressung von Strafgeld aus verfassungswidrigen Bußgeldverfahren und mit Familienfriedensbruch (Anlage VB-2460)
alternativ zu 3. Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter Rückendeckung der Generalstaatsanwältin in Düsseldorf Dr. Christina Wehner
dazu mit staatsanwaltlicher Bestätigung nach 84.Geburtstag:
„Der (verfassungswidrige!) Rechtsweg ist erschöpft“. Davor: Angriff (telefonisch durch Polizei-Hauptkommissar Andreas Werner) auf Familien seiner Kinder kurz vor dem 84.Geburtstag, um diese
gegen den 84-Jährigen zu „motivieren“
Am 84.Geburtstag: Persönliche Bezahlung des „Bußgeldbetrages in Höhe von 432,50 € durch 84-Jährigen an
Polizei-Hauptkommissar Thomas Körner, der bei diesem Anlass

an seine persönliche Beteiligung am 2.Haftbefehl-Skandal in 2018 erinnerte anstatt Glückwunsch (2018: 77-jährigen Rentner im Schlafanzug fixiert und an die JVA Wuppertal ausgeliefert . . .), dokumentiert im Schreiben vom 25.07.2018 an Bundespräsident Steinmeier
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22/26)
Anstatt Schadenersatz/Güte-Verfahren seit 03.10.2024:
Enormes Staatsversagen mit
> Einzelrichter-Skandal (Richter am Amtsgericht Dr. Krieger) und
> Beschwerderichter-Skandal (Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel)
mit Versagung eines besonderen Schutzbedarf der Grundrechte im fortgeschrittenem Lebensalter:
ohne Beachtung des Gesetzlichen Richterausschluss von Ausübung des Richteramtes gemäß §41 ZPO Abs. 6./7./8.
> Zurückweisung der verfassungswidrigen Verfügung eines Richters, der Wahrheit, Recht und Verfassung beugt,
> Zurückweisung einer Beschwerderichterin, die bereits bei verfassungswidrigen Bußgeldverfahren mit 1.Haftbefehl-Skandal in 2014 beteiligt war (Aufhebung des Freispruches durch Amtsgerichtsdirektor Dr. Künzel im Beschwerdeverfahren mit abschließender Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch, dazu ohne Haftbefehl gegen 73-jährigen Rentner (?vielleicht weil Gefahr im Verzug?)
wegen Erzwingung von 150,- € Bußgeld in einem verfassungswidrigen Bußgeldverfahren, weil er Kostenopfer der deutschen Einheit mit verheerenden Folgewirkungen ist und nach dem 70.Lebensjahr und nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag keine Sozialversicherungen mehr bezahlen konnte.
Das wollte selbst der
> > > Deutsche Bundespräsident nicht akzeptieren und ist mit sofortiger Wirkung zurückgetreten (31.05.2010)!
Enormes Staatsversagen
> mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz und mit Schädigung durch Bonitätsschwindel und mit Kumpanei von Staatsanwälten, von SCHUFA-Vorsand (Dr. Ole Schröder, Mitglied der Bundesregierung im Kabinett Merkel 2, das die Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag niedergeschlagen hat) und von Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers, beklagt wegen sozialer Zerschlagung mit Datenschutz-Skandal und Mahnbescheid-Skandal

Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 227)

Anlage WU-2508
Verfassungswidriger Mahnbescheid vom Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers, der wegen
sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß beklagt ist und in einen Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz (Vortäuschung von SCHUFA-Verbraucherschutz, weil Bonitätsschwindel mit Ziel der wirtschaftlichen Schädigung) Verfassungswidrig, weil Rechtsanwendung ohne Respektierung von Grundrechten. Daher wiederholter Widerspruch mit Gegenerklärung, Wahrheit und Faktenlage.

Anlage WU-2509:
Schriftsatz an Amtsgericht Mettmann
(32 OWi-543 Js 644/25-68/25) vom 04.12.2025 :
32 OWi-543 Js 644/25-68/25 (Bußgeldverfahren mit Ladung zur Hauptverhandlung am 16.12.2025 über Einspruch gegen 32-22 / 525000450 / 35 (Bußgeldbescheid vom 04.07.2025))
mit **Sofortige Beschwerde an Landgericht Wuppertal 16 T 169/25 mit laufender Verfassungsbeschwerde an Bundesverfassungsgericht vom 15.Nov.2025:**
Bußgeldverfahren gegen Beschwerdeführer seit 2011 sind enorm verfassungswidrig
nach
Einspruch beim Landrat des Kreises Mettmann gegen Fortsetzung verfassungswidriger Bußgeldverfahren seit 2011 (Anlage AGM-25/01)
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),
im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und Kostenstau des Sozialstaats
nach Zerschlagung von Weltklasseleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa,
mit Niederschlagung paralleler Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag (2010-2011),
mit Rücktritt eines hochgeschätzten deutschen Bundespräsidenten (2010 Rücktritt mit sofortiger Wirkung)
unmittelbar nach Bitte um Unterstützung seiner Petitionen,
mit Hetze durch bayerische Staatsanwälte gegen seinen Bruder bis in den wirtschaftlichen Ruin mit Erzwingung seines Freitodes (2012),
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 unter Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage unter Weisungsdruck durch beklagte Bundesregierung,
Einspruch gegen verfassungswidrigen Bußgeldbescheid vom 04.07.2025 (Anlage KME-25/01) mit Antrag auf Einstellung von verfassungswidrigen Nonstop-Bußgeldbescheiden seit 2011 wegen enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430+):
Zurückweisung des „Bußgeldbescheides“ des Kreises Mettmann mit Antrag auf Vorlage beim Landrat: Seite 9
August 2025: 25 Jahre Gedenken an UMTS-Skandalauktion 2000, mit solidaritätswidrigem Kostenopfer der deutschen Einheit, ohne Solidarität, aber mit 15 Jahre „Bußgeldbescheide“ im Kreis Mettmann als Teil der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß:
Anlage VB-2455 mit Anlage KME-25/01 („Bußgeldbescheid“)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 261)
und nach
Einspruch bei der Generalstaatsanwältin in Düsseldorf mit Einwendungen vom 24.08.2025 gegen Staatsanwaltschaft Wuppertal (Anlage AGM-25/02) und
mit Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025, weil
Solidarität respektiert Grundrechte, die im Kreis Mettmann abhanden gekommen sind.
Deutschland hat uns mit der UMTS-Skandalauktion 2000 zum **Kostenopfer der deutschen Einheit** und nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010-2011

mit Brandmauer gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz
mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand
gemäß Art.20 Abs.4 GG im 85. Lebensjahr!

Anlagen zu Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 22.Okt.2025

Anlage VB-2430+
Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage WU-2503
2.Verzögerungsrüge vom 10.Sept.2025 an Amtsgericht Velbert mit erneuter Zusendung von
Anlage VE-17 (Anlage VE-2502) 2 BvR 1322/25
Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025 gegen Urteil am Amtsgericht Velbert
Urteil10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 02.07.2025
(eingegangen am 11.07.2025): **Anlage VB-2453**
Politisch motivierte Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und dann nach Niederschlagung von zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag dem Kostenstau des Sozialstaats ausgeliefert
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage WU-2504 (Nicht-Abhilfe-Beschluss)
Disfunktional im Beschwerdeverfahren mit verfassungswidrigem Beschluss des Amtsgerichts Velbert 10 C 234/24 vom 11.09.2025
(eingegangen am 25.09.2025) nach Mitteilung durch das Landgericht Wuppertal 16 T 169/25 vom 02.09.2025 (eingegangen am 11.09.2925) wegen Vorlage beim Amtsgericht Velbert (Anlage WU-2504a):
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig: Es geht hier nicht um bürgerliche Streitigkeiten, sondern um eine Klage mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten vom Chef des Bundeskanzleramtes.

Anlage WU-2505 mit den Anlagen VB-2430, STA-01, STA-02
Eskalation der verfassungswidrigen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Opfer verhöhnenden Missbrauch eines Bescheides durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) mit ständiger Androhung von Freiheitsberaubung (Z5: Verfassungswidriges Übermaß):
Einspruch vom 24.08.2025 mit Einwendungen gegen Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal bei der
Generalstaatsanwältin in Düsseldorf!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/STA25.pdf
Unterzeichner hat Anspruch auf eine aussagefähige Antwort anstatt einer 1-Satz-Minimal-Antwort zu über 70 Seiten der Einwendungen auf einen verfassungswidrigen Bescheid.
Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430+, sieh oben
Anlage STA-01
Enorm verfassungswidrige, Opfer und Alter verhöhnende Androhung der Freiheitsberaubung mit verfassungswidrigem Übermaß gemäß Rechtsbehelfsbelehrung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft:
Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 19.08.2025
(eingegangen am 22.08.2025, Termin:29.08.2025)
Geschäfts-Nr. 523 Js 814/22 OWi V, Beschluss des Amtsgericht Velbert Aktenzeichen 26 OWi 84/22)
nach Klage vom 03.Okt.2024 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert)

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren

gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin
Stand des Verfahrens10 C 234/24: Sofortige Beschwerde an Landgericht Wuppertal mit Schriftsatz vom 15.Aug.2025
nach mehreren Verfassungsbeschwerden, nach sofortigen Beschwerden und Rechtsmittel der Anhörungsrügen
nach Verzögerungsrüge gegen das Amtsgericht vom **10.März 2025 vom Amtsgericht durch Beschluss vom 23.März 2025** mit Geldbuße von 300 € abgestraft (und hier mit Androhung staatsanwaltlicher Erzwingungshaft)

Anlage STA-02
a) Beschluss vom 25.März 2025 mit Geldbuße von 300 € durch Amtsgericht Velbert (26 OWi 84/22 (523 Js 814/12))
b) Mehrfacher Einspruch vom 27.03.2025 und vom 02.05.2025
(manuelle Beschriftung am 02.05.2025)
26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) Amtsgericht Velbert
Einspruch mit sofortiger Beschwerde und mehrfacher Verfassungsbeschwerde wegen
1) Formfehler der förmlichen Zustellung des Beschlusses ohne Zustelldatum
2) Verfassungswidriges Übermaß: Erneute Freiheitsberaubung als Fortsetzung eines verfassungswidrigen Bußgeldverfahrens 26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) nach mehrfacher Verfassungsbeschwerde zu verfassungswidrigen Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 mit weiterem Beschluss vom 25.März 2025 ohne Zustellungsdatum

Die detaillierten Ausführungen zu dem Schriftsatz mit Kapitel BVERFG-419, zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 81)

Anlage WU-2506
Neuauflage / Reaktivierung der Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Intendanten-Ebene
Persönliches Schreiben vom 24.09.2025 an die
Intendantin des Westdeutschen Rundfunks:
Vernetzte Doku im Internet:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/WDRint25.pdf
Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland einschl. ÖRR (Westdeutschen Rundfunk Köln) am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
Widerspruch zum Festsetzungsbescheid vom 01.09.2025
(eingegangen am 11.09.2025, Beitragsnummer 250 514 940)

Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430+, sieh oben unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit (**Eva-Maria-)Michel-Skandal!**
Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft in Deutschland) wussten Bescheid.

Anlage WU-2507
Gerichte übergreifend: Verfassungswidriges Übermaß (Z5, Amtsgericht Velbert 10 C 234/24**)**
a) **Anlage WU-2505** mit den Anlagen VB-2430, STA-01, STA-02
Eskalation der verfassungswidrigen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Opfer verhöhnenden Missbrauch eines
Bescheides durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Amtsgericht Velbert 10 C 234/24) mit ständiger Androhung von Freiheitsberaubung (Z5: Verfassungswidriges Übermaß):
Einspruch vom 24.08.2025 mit Einwendungen gegen Bescheid der Staatsanwaltschaft Wuppertal bei der
Generalstaatsanwältin in Düsseldorf!

b) **Anlage LSG-25/10: Datenschutz-Skandal des Sozialversicherungsträgers, mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter persönlicher Beteiligung seines Prozessbevollmächtigten,**
und seine Folgen dauern an:
Dieser Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit mehr leistet, sondern nur noch soziale Zerschlagung verfolgt, der unter Missbrauch des SCHUFA-Netzes > Rache mit wirtschaftlicher Zerschlagung erfolgreich durchführt, ist mit aller Kraft zu bekämpfen, um überhaupt überleben zu können:
Aktuell ist es ihm gelungen, die Realisierung einer modernen Photovoltaik/PV-Anlage zu zerschlagen: Umstellung der privaten Energieversorgung mit Solartechnik (kostenneutral auf Mietbasis mit Notfall-Stromversorgung bei Netzausfall, höchst aktuell für Kriegszeiten, und perspektivisch für Energieversorgung von E-Auto): Sie Email-Dokument vom 30.09.2025.
Dies ist nur die „Spitze eines Eisbergs“ für wirtschaftliche Schädigung durch den Sozialversicherungsträger, seine Prozessbevollmächtigte und durch Staatsanwälte mit Hass im SCHUFA-Netz!

c) **Anlage LSG-25/11: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und internationalen Menschenrechten sind enorm verfassungswidrig.**
Mit Kostenfestsetzungsbeschluss der Regierungsoberinspektorin Bretzke vom 13.10.2025 (eingegangen am 15.10.2025) gegen Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ auf Betreiben der Prozessbevollmächtigten (RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen) des
Sozialversicherungsträger.
Sozialgericht, Landessozialgericht, Amtsgericht, Landgericht sind mehrfach aufgefordert worden, dieser verfassungswidrigen Hetze endlich ein Ende zu setzen. Alle Mahnbescheide der Prozessbevollmächtigten wurden beim Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Grundrechte sind zu respektieren. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, dass in solchen Fällen Rechtsmittel der Anhörungsrüge auch nicht respektiert werden.

d) Enormes Justizversagen mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5 der Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland)
d1) **Vorsitzende Richterin am Landgericht Vosswinkel aus alten verfassungswidrigen Strafverfahren der Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (enormes Justiz-Versagen) als verantwortliche Beschwerde-Richterin schwer belastet und daher als Beschwerderichterin per Gesetz ausgeschlossen von der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 Abs.6/7/8 ZPO**
Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen **Richterin am Landgericht Vosswinkel**
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und
zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht
gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
Vernetzte Doku im Internet mit weiterführenden Internet-Links bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 57)

d2) **Verfassungswidriges Übermaß (Z5): Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch ohne Haftbefehl trotz**
Freispruch vom 17.07.2013 durch
Amtsgerichtsdirektor Dr. Thomas Künzel

d3) **Schreiben vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgericht Wuppertal**
wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehl und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskreditierender Rufschädigung!!!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf
Scroll down after link (page 16)
Vorsitzende Richterin am Landgericht ist voll verantwortlich für das enorme Justizversagen am Landgericht Wuppertal, das bis heute andauert seit 2011, mit einer weiteren Freiheitsberaubung, voll verantwortlich für ungeheuerliche Vorgänge
von einem Freispruch bis zu
Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehl und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskreditierender Rufschädigung

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 15.Aug.2025

Anlage VE-17
Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025 gegen Urteil am Amtsgericht Velbert Urteil10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 02.07.2025 (eingegangen am 11.07.2025): **Anlage VB-2453 Politisch motivierte Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit und danach Kostenstau des Sozialstaats**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage VE-18
Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 05.08.2025 (10 C 234/24, eingegangen am 08.08.2025 über Versagung von rechtlichem Gehör, verfassungswidrig gemäß Art.103 Abs.1 GG). Außerdem verfassungswidrig: Rechtsanwendungen von ZPO und GKG ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig). Enormes Justizversagen nach Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011.

Anlage VB-2456 (Anlage in Verfassungsbeschwerde, Anlage VE-17)
Enormes Staatsversagen mit Einzelrichter-Skandal: Zurückweisung der verfassungswidrigen Verfügung eines Richters, der Wahrheit, Recht und Verfassung beugt,
der mit einer Richterlüge die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 (abgeliefert am 16.10.2024) mit Antrag auf Mehrrichter-Verfahren blockiert hat, der soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß nicht erkennen kann (Anlage VB-2453), der mit einem Nicht-Abhilfe-Beschluss eine disfunktionale Beschwerdeinstanz ersetzen will, der Befangenheitsverfahren ohne Antrag und entgegen Beteiligung des Klägers durchführt, der gesetzlichen Richterausschluss nach §41 ZPO Abs. 6./7./8. nicht anerkennen will, der in früheren Rechtszügen der sozialen Zerschlagungen mitgewirkt hat, die jetzt beklagt werden werden müssen, weil soziale Zerschlagungen nur wegen Verweigerung von Schadenersatz in Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag seit 2010 und in mehrfachen Klagen seit 2011 an Verwaltungsgerichten und an ordentlichen Gerichten verursacht sind,
dies bei andauernder Verfassungsbeschwerde, der in der Sache aber weiter „fördern“ will. **Zu fördern** ist eine politisch unabhängige Justiz, die Grundrechte respektiert. Der Beschwerdeführer hat mit über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 nach einem herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen in Deutschland und Europa genügend gefördert, und das gezwungener Maßen **ohne Rechtsanwalt gegen** Nonstop-Gerichtsverfahren (Gerichte, Verfahren, Instanzen und Bundesländer übergreifend), weil er enormes Justizversagen und enormes Staatsversagen **mit Rechtsanwalt nicht** überstanden hätte, so wie sein Bruder am Geburtsort in Bayern, dessen einziger Erbe der Beschwerdeführer ist. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und daher ohne Rechtskraft (verfassungswidrige Verfügung). **Der Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der deutschen Einheit mit anschließend politisch motivierter Zerschlagung einschließlich sozialer Zerschlagungen**, weil er sich mit Forderung auf Rehabilitierung und Schadenersatz dagegen gewehrt hat und sich den Rest seines Lebens dagegen wehrt (Verfassungswidrige Verfügung 10 C 234/34 vom 15.07.2025 in Anlage VB-2456).

Anlage liegt vor:

Anlage WU-12 (an Landgericht Wuppertal)
Fortsetzung der Klage, als Mehrrichter-Verfahren beantragt nach Verfassungsbeschwerde vom 01.Dez.2024 mit Schriftsatz vom 01.Jan.2025.
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 297)